Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Dezember 2016

Impressum

Herausgeber
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion
PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:
30. November 2016

Druck
Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt

Bildnachweis
Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Maurice Weiss (S. 2, 15, 16), Contrastwerkstatt – Fotolia (S. 5), gremlin – iStock (S. 6), Freepik (S. 9), ESB Professional – Shutterstock (S. 12), Friedberg – Fotolia (S. 17), SabirBabayev – iStock (S. 21 oben links), nuwanda – Fotolia (S. 21 oben rechts), Traumbild – Fotolia (S. 21 unten links), CreativeNature_nl – iStock (S. 21 unten rechts)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.

Zertifikat seit 2002
audit berufundfamilie

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.

FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
Paper from responsible sources
FSC® C003425

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Die Antwort auf die Frage „online oder offline?“ fällt bei der Mehrheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger eindeutig aus: Knapp 80 Prozent der Menschen in Deutschland sind mittlerweile online – sei es privat oder bei der Arbeit. Das zeigt der aktuelle D21-Digital-Index. Und die Nutzung der digitalen Technologien wird vielfältiger. Immer mehr Menschen gehen mit immer mehr Geräten ins Internet und nutzen dort immer mehr Angebote und Dienste.

Allerdings macht der Digital-Index auch deutlich: Nur wenige durchdringen die digitalen Technologien bis ins Detail. Und ein immer noch beachtlicher Teil – immerhin ein Fünftel der Bevölkerung – nutzt sie überhaupt nicht. Außerdem wächst bei einigen die Sorge, durch den tiefgreifenden technologischen Wandel, der unsere gesamte Arbeits- und Lebenswelt erfasst hat, abgehängt zu werden. Das kann uns nicht egal sein. Wir wollen die digitale Spaltung verhindern und möchten, dass jeder am digitalen Wandel teilhaben und davon profitieren kann.

Die digitale Bildung wird damit zur wesentlichen Zukunftsaufgabe. Sie vermittelt den Menschen die notwendigen Kompetenzen, um sich selbstbestimmt und souverän in der digitalen Welt zurechtzufinden und um am Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein. Gleichzeitig ist sie auch wesentliche Voraussetzung dafür, dass unsere Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben. Denn Deutschlands wichtigste Rohstoffe sind Wissen und Kompetenzen – übrigens die einzigen Rohstoffe, die sich bei Gebrauch vermehren. Hervorragend ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben unsere Wirtschaft stark gemacht. Diesen Wettbewerbsvorteil müssen wir in die digitale Zeit übertragen und ausbauen.

Daher haben wir die digitale Bildung in den Mittelpunkt des Nationalen IT-Gipfels gestellt, der am 16. und 17. November unter dem Motto „Lernen und Handeln in der digitalen Welt“ in Saarbrücken stattgefunden hat. Auf dem Gipfel ging es auch um die Schulen, die in vielen Fällen nicht ausreichend für den digitalen Wandel gewappnet sind. Das gilt für die allgemeinbildenden Schulen genauso wie für die knapp 9.000 Berufsschulen in Deutschland. Es fehlt in vielen Berufsschulen an WLAN, Software und technischer Ausstattung. Ein Drittel von ihnen ist noch nicht einmal an das Internet angeschlossen! Hier dürfen wir die Länder und Kommunen nicht allein lassen. Der Bund muss sie tatkräftig dabei unterstützen, Infrastruktur und technische Ausstattung der Schulen auf die Höhe der Zeit zu bringen. Ich bin froh darüber, dass Bund und Länder mit ihrer Vereinbarung zur Neuordnung der Finanzbeziehungen hierfür den Weg frei machen werden.

Inhalt

Editorial 2

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen 4

Auf einen Blick 5

Überblick über die wirtschaftliche Lage 10

Zur Diskussion 12

10. Nationaler IT-Gipfel 2016 in Saarbrücken: Aufbruchssignale für digitale Bildung und digitale Transformation 15

Wege zu mehr öffentlichen Investitionen mit einer Infrastrukturgesellschaft – Gutachten gibt Diskussionsanreize 17

II. Wirtschaftliche Lage 23

Internationale Wirtschaftsentwicklung 24

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 26

III. Übersichten und Grafiken 37

1. Gesamtwirtschaft 38
2. Produzierendes Gewerbe 46
3. Privater Konsum 54
4. Außenwirtschaft 56
5. Arbeitsmarkt 58
6. Preise 60
7. Monetäre Entwicklung 64

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse 66

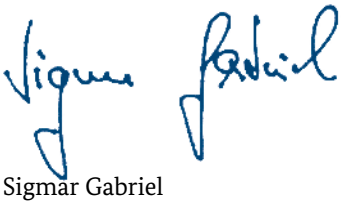
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben 68

Neben einer zeitgemäßen digitalen Infrastruktur kommt es auch darauf an, dass die digitale Bildung in der gesamten Bildungskette verankert wird: von der frühkindlichen Bildung über die allgemeine Schulbildung, die Berufs- und Hochschulausbildung bis hin zur betrieblichen Weiterbildung. Die Entwicklung passender Lerninhalte, deren Einbindung in die Bildungspläne und eine Überarbeitung der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte stehen auf der Agenda. Welche konkreten Maßnahmen das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hierfür vorschlägt, fasst das Positionspapier „Digitale Bildung – Der Schlüssel zu einer Welt im Wandel“ zusammen, das am 15. November veröffentlicht wurde.

Neben einem Bericht zum Nationalen IT-Gipfel berichtet die vorliegende Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ über ein aktuelles Forschungsgutachten, das Möglichkeiten aufzeigt, Rahmenbedingungen für öffentliche Infrastrukturinvestitionen, insbesondere im kommunalen Bereich, zu verbessern. Unter der neuen Rubrik „Zur Diskussion“ bringt die Ausgabe zudem aktuelle wissenschaftliche Ergebnisse in die Diskussion ein, was mehr Wachstum und Beschäftigung schafft: Investitionen oder Steuersenkungen?

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre.

Ihr



Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I.
Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Pilotprojekt „Gründerpatenschaften“ unterstützt die unternehmerische Selbständigkeit von Flüchtlingen

Anfang November 2016 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) den Startschuss für das Pilotprojekt „Gründerpatenschaften“ gegeben. Ziel des Projektes ist es, die unternehmerischen Potenziale von Flüchtlingen zu aktivieren und ihnen die Selbständigkeit als berufliche Perspektive aufzuzeigen. Gleichzeitig soll der Aufbau einer nachhaltigen Zusammenarbeit zwischen Akteuren, die sich für die Integration von Flüchtlingen engagieren, wie öffentlicher Verwaltung, Kammern und Unternehmensverbänden, gefördert werden.

Potenziale für Existenzgründungen unter Migranten hoch

Bereits heute gründen Menschen ausländischer Herkunft etwa jedes fünfte Unternehmen in Deutschland. Entsprechende Rollenvorbilder und eine ausgeprägte Selbständigkeitskultur in den Herkunftsländern sind Treiber einer höheren Gründungsneigung bei Migrantinnen und Migranten im Vergleich zu Deutschen. Auch unter den jüngst angekommenen Flüchtlingen sind viele, die bereits in ihrem Heimatland selbständig waren und dies gern fortsetzen würden. Die Selbständigkeit kann daher für geflüchtete Personen ein geeigneter Weg zur Integration in den Arbeitsmarkt sein.

„Gründerpaten“ unterstützen den Gründungsprozess

Aufgrund sprachlicher Barrieren sowie fehlender Kenntnisse der hiesigen Abläufe und Strukturen stehen gründungswillige geflüchtete Personen jedoch vor besonderen Herausforderungen, wenn es um den Aufbau eines eigenen Unternehmens in Deutschland geht. Damit diese Faktoren sie nicht von einer Existenzgründung oder der Übernahme eines Unternehmens abhalten, benötigen Flüchtlinge gezielte Unterstützung bzw. Begleitung im Gründungsprozess.

Erfahrene Unternehmerinnen und Unternehmer können hier einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie ihr Wissen weitergeben, Netzwerke eröffnen und als persönlicher Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Mit dem Pilotprojekt möchte das BMWi sie als „Gründerpaten“ für Flüchtlinge gewinnen, die an der Umsetzung ihrer Ideen arbeiten und Unterstützung bei der Gestaltung ihrer Selbständigkeit benötigen.

Die „Gründerpatenschaften“ können unterschiedlich ausgestaltet werden: Hospitationen und Mentoring sind ebenso möglich wie Team-/Tandemgründungen oder eine Unternehmensnachfolge. Bei der Umsetzung des Projektes soll eng mit bereits etablierten Netzwerken und regionalen Akteuren zusammengearbeitet werden, um eine hohe Reichweite zu erzielen und Doppelstrukturen zu vermeiden. Dies gilt zum Beispiel bei der Ansprache von Flüchtlingen und „Gründerpaten“ sowie in Bezug auf begleitende Informations- und Beratungsangebote.

Projektstart im Frühjahr 2017

Interessierte Organisationen können sich bis zum 7. Dezember 2016 um die Durchführung des Pilotprojektes bewerben.[1] Nach erfolgreicher Auswahl ist der Projektstart im Frühjahr 2017 geplant. Projektende ist Ende 2018. Durchführungsort für das Pilotprojekt ist die Region Berlin-Brandenburg. Auf Basis der Projektergebnisse werden im Anschluss Handlungsempfehlungen für eine bundesweite Umsetzung abgeleitet.

Das Pilotprojekt ist Teil der Initiative „Die Neue Gründerzeit“ des BMWi zur Stärkung der Gründungskultur und Gründungsbereitschaft.[2]

Kontakt: Theresa Reintjes
Referat: Unternehmensgründung, Finanzierungs- und Förderberatung

Zukunftsperspektiven der europäischen chemischen Industrie – die „7+7“-Initiative auf Brüsseler Parkett

Unter der Überschrift „Safeguarding the future of the Chemical Industry” hatte die „7+7“-Initiative am 14. November 2016 interessierte Kreise in die Ständige Vertretung der Niederlande in Brüssel geladen, um gemeinsam Zukunftsperspektiven der europäischen chemischen Industrie zu diskutieren und mögliche Handlungsfelder zu identifizieren. Dabei ging es insbesondere darum, Lösungsansätze zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Chemieindustrie in Europa zu erarbeiten.

1 Die entsprechende Förderbekanntmachung finden Sie hier: www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/F/foerderbekanntmachung-gruenderpatenschaften,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf

2 Alle Informationen zur Initiative finden Sie unter: www.bmwi.de/DE/Themen/Mittelstand/Gruendungen-und-Unternehmensnachfolge/die-neue-gruenderzeit.html

Wer sind die „7+7“?

Die „7+7“-Inititiative wurde 2013 als Think Tank, Motivator und konkreter Ideengeber für Politik und Industrie ins Leben gerufen. Sie besteht aus sieben europäischen Chemieverbänden und sieben Wirtschaftsministerien aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden und Spanien. Für Deutschland bringen sich der Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aktiv in dieses Gremium ein.

Worauf liegt der Fokus bei „7+7“?

Ziel der „7+7“-Initiative ist, sich vereint für eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen chemischen Industrie einzusetzen. Die Gruppe trifft sich etwa zweimal jährlich, um auf der Basis eines gemeinsam entwickelten „Vision Papers“ Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten auf Industrie- und Politikseite zu diskutieren. Sie beschäftigt sich mit aktuellen Themen wie beispielsweise europäischen Gesetzesvorhaben, den Auswirkungen der Globalisierung auf die europäische chemische Industrie sowie zukünftigen Marktchancen. Dies sind Bereiche, die für die weitere Entwicklung und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemiebranche von großer Bedeutung sind.

Die „7+7“-Konferenz am 14. November 2016 in Brüssel

Wesentliches Ziel der „7+7“-Konferenz am 14. November 2016 war es, die von der „7+7“-Gruppe identifizierten Zukunftsthemen der chemischen Industrie vorzustellen und bereits erste, konkrete Empfehlungen für mögliche industriepolitische Schlussfolgerungen des Wettbewerbsfähigkeitsrates unter maltesischer EU-Ratspräsidentschaft anzuregen. Schwerpunkte waren die Themen Energiepolitik, bezahlbare Energiekosten für energieintensive Industrien, CO_2-Reduzierung, Emissionshandel, Steigerung der Innovationstätigkeit in Europa und die Europäische Chemikalienregulierung.

Die von der „7+7“-Initiative vorgestellten Empfehlungen zu den Handlungsfeldern Energie, Innovation und Chemikalienregulierung wurden intensiv diskutiert und die Initiative von allen Beteiligten als konstruktive Dialogplattform zwischen Politik und Industrie begrüßt. Die Gruppe fordert insbesondere, die Rolle der chemischen Industrie in Europa durch eine vereinfachte und planbarere Ausgestaltung des europäischen Chemikalienrechts aufzuwerten. Dies würde, darin waren sich alle Beteiligten einig, zu größerer Planungssicherheit für Unternehmen und zur Steigerung von Investitionen führen und damit die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Die dazu notwendigen Maßnahmen und Instrumente sollen in der weiteren Arbeit der Gruppe ermittelt werden.

Die Mit-Initiatorenschaft der Niederlande, die bis Mitte 2017 zusammen mit der Slowakei und Malta die Dreier-Präsidentschaft im Ministerrat der Europäischen Union innehaben, verspricht, dass die Inhalte in das kommende Jahr weitergetragen werden.

Mit dieser Konferenz hat sich die Initiative erstmals vor breitem Publikum auf dem Brüsseler Parkett vorgestellt und dabei deutlich gemacht, dass sie sich als Dialogplattform aktiv in industriepolitische Prozesse auf europäischer Ebene einbringen will. Die Konferenz ist auf großes Interesse gestoßen: Neben Repräsentanten der Europäischen Kommission, des Europäischen Rates und der Mitgliedstaaten war auch die Chemieindustrie stark vertreten. Das Fazit der Konferenz lautet: „Wir machen in diesem Format weiter.“

Kontakt: Brigitte Irsfeld
Referat: Chemische und Pharmazeutische Industrie

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Dezember 2016	
02.12.	TTE-Rat (Telekommunikation)
05.12	TTE-Rat (Energie) und Eurogruppe
06.12.	ECOFIN; Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Oktober)
07.12.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Oktober)
12.12.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
15./16.12.	Europäischer Rat
Ende Dezember 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Januar 2017	
06.01.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (November)
09.01.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (November)
12.01.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
23./24.01.	Eurogruppe und ECOFIN
Ende Januar 2017	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Februar 2017	
06.02.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Dezember)
07.02.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember)
13.02.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
20.02.	Wettbewerbsfähigkeitsrat (Binnenmarkt und Industrie)
20./21.02.	Eurogruppe und ECOFIN
27.02.	TTE-Rat (Energie)
Ende Februar 2017	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html

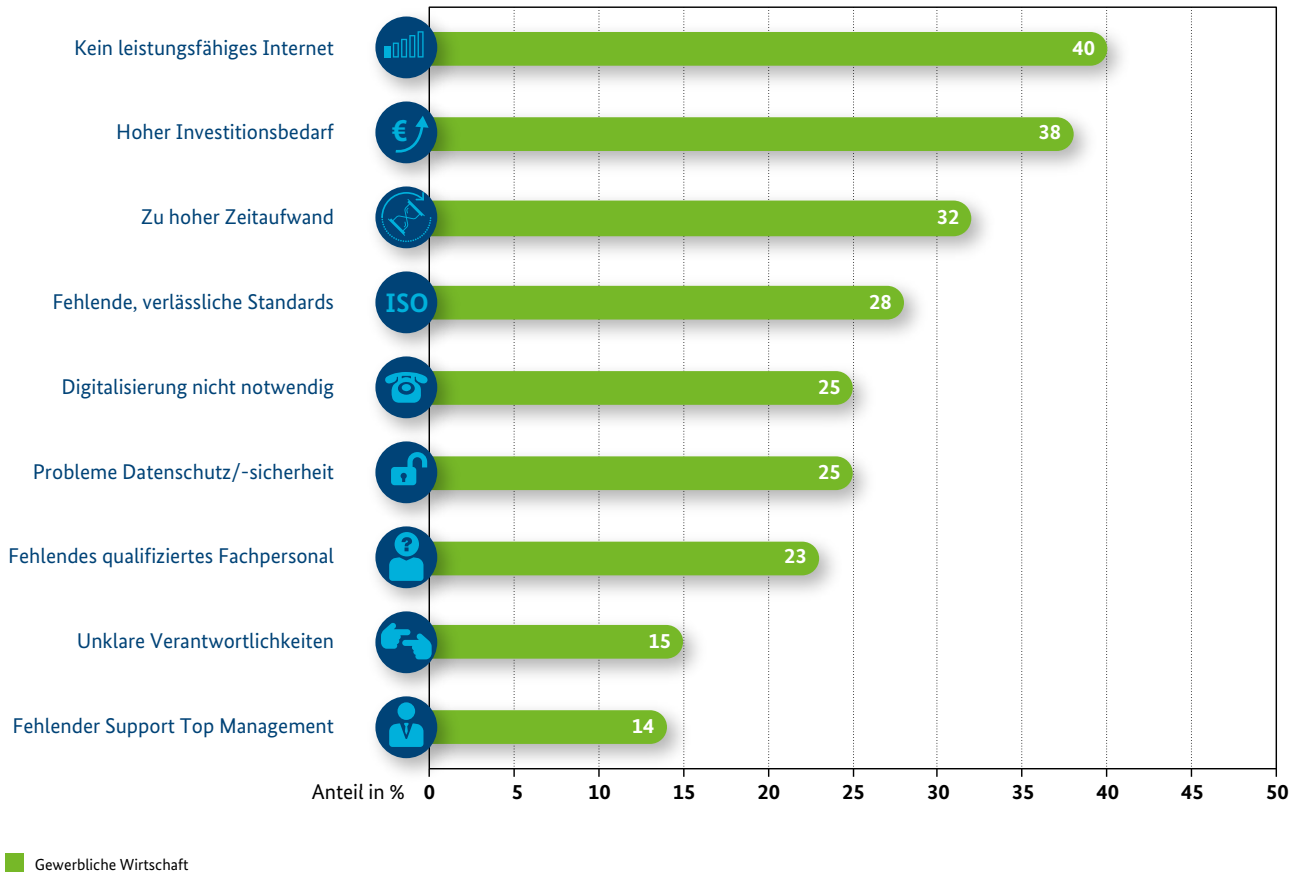
Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:
www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html

Grafik des Monats

Die Digitalisierung ...

... schreitet nach dem aktuellen Monitoring-Report Wirtschaft DIGITAL gut voran. Die Umfragen unter Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft zeigen aber, dass noch eine Reihe von Hemmnissen die erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung in vielen Unternehmen verzögert. So werden beispielsweise kein leistungsfähiges Internet, die Themen Datenschutz und -sicherheit, fehlendes Fachpersonal oder verlässliche Standards benannt. Dies bestätigt uns darin, dass wir mit der Digitalen Strategie 2025 richtig liegen. Wir haben uns zum Beispiel das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2025 ein Gigabit-Glasfasernetz aufzubauen, die Datensicherheit zu stärken, Datensouveränität zu entwickeln und die Standardisierung im Bereich Industrie 4.0 voranzubringen. Ein wichtiges Themenfeld ist auch die digitale Bildung, die in diesem Jahr ein Schwerpunkt des Nationalen IT-Gipfels in Saarbrücken war.

Digitalisierungshemmnisse für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft



* Erläuterung: Repräsentative Unternehmensbefragung von TNS Infratest: „Digitalisierung in der deutschen Wirtschaft 2016“, n = 924. Jeweils nur Nennungen zur Kategorie „Trifft voll und ganz zu“/ „Trifft eher zu“ auf die Frage: „Wo sehen Sie momentan die Hinderungsgründe für die erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung in Ihrem Unternehmen?“; Angaben in Prozent.

Quelle: Monitoring-Report Wirtschaft DIGITAL 2016

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Die gesamtwirtschaftliche Leistung nahm im dritten Quartal langsamer zu als im ersten Halbjahr.
- Das weltwirtschaftliche Umfeld ist weiterhin schwierig, scheint sich aber allmählich etwas aufzuhellen.
- Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich trotz schwacher Ergebnisse im September im dritten Quartal stabilisiert. Die Indikatoren deuten auf eine gewisse Belebung in den kommenden Monaten hin.
- Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist weiterhin hoch. Vom Arbeitsmarkt gehen zuverlässige positive Impulse auf den privaten Konsum aus.

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs.[1] Im dritten Quartal fiel ihr Wachstumstempo angesichts der zögerlichen Entwicklung der Weltwirtschaft etwas geringer aus als im starken ersten und soliden zweiten Quartal. Die gesamtwirtschaftliche Leistung erhöhte sich preis- und saisonbereinigt um 0,2 %.[2] Dies entsprach den Annahmen der Herbstprojektion vom Oktober dieses Jahres. Impulse kamen im dritten Quartal insbesondere von der staatlichen und privaten Konsumnachfrage sowie den Bauinvestitionen. Die Investitionen in Ausrüstungen und die Nettoexporte dämpften das Wachstum. Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich im dritten Quartal zumindest stabilisiert. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt fiel allerdings zuletzt verhaltener aus. Dies dürfte mit einer etwas langsameren, aber weiterhin expansiven Gangart im Dienstleistungsbereich einhergehen. Für die kommenden Monate zeichnet sich aber bereits wieder eine gewisse Belebung der Wirtschaft ab. Wichtige binnenwirtschaftliche Auftriebskräfte sind weiterhin wirksam und die Aussichten für den Außenhandel verbessern sich allmählich. Auch die Stimmung in der Wirtschaft hat sich gemessen am ifo Konjunkturtest nach dem Einbruch im August zum zweiten Mal in Folge deutlich aufgehellt.

Nach der Brexit-Entscheidung und der US-Wahl bleibt das weltwirtschaftliche Umfeld zwar von Unwägbarkeiten geprägt, bedeutende wirtschaftliche Beeinträchtigungen für die deutsche Wirtschaft sind hieraus aus heutiger Sicht aber erst einmal nicht zu erwarten. Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich insgesamt eher etwas verbessert. Die weltweite Industrieproduktion wurde in den Sommermonaten gesteigert, was vor allem auf eine leicht anziehende Dynamik in den Schwellenländern zurückzuführen ist. In den Vereinigten Staaten hat die Konjunktur im dritten Quartal mit einem annualisierten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,9 % an Dynamik gewonnen. Das BIP in der EU-28 ist im dritten Quartal um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Dabei konnte das BIP im Vereinigten Königreich recht deutlich um 0,5 % zulegen. Das Wachstum der Weltwirtschaft wird, aufgrund des schwachen ersten Halbjahrs, in diesem Jahr etwas geringer ausfallen als im vergangenen Jahr. Der Internationale Währungsfonds geht gemäß seiner Prognose vom Oktober von einem Anstieg des globalen BIP von 3,1 % in diesem Jahr aus. Im nächsten Jahr dürfte das globale Wachstum leicht auf 3,4 % anziehen. Die Abwärtsrisiken und Unsicherheiten im außenwirtschaftlichen Umfeld bleiben allerdings hoch.

Die Exportentwicklung war in den Sommermonaten sehr volatil. Nach dem Anstieg im August sind die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen im September im Vormonatsvergleich saisonbereinigt um 2,1 % gesunken.[3] Im dritten Quartal insgesamt haben die Ausfuhren nahezu stagniert (+0,2 %). Bei einem nominalen Rückgang um saisonbereinigt 0,6 % im September sind die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen im dritten Quartal demgegenüber deutlich angestiegen (+1,2 %). Damit ergab sich im dritten Quartal ein positiver Saldo des Warenhandels in Höhe von saisonbereinigt 61,7 Mrd. Euro, das waren 3 Mrd. Euro weniger als im zweiten Quartal. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels war auch bei realer Betrachtung im dritten Quartal negativ. Die Indikatoren deuten auf eine moderate Belebung der Exporte hin. Die Bestellungen der Industrie aus dem Ausland haben im dritten Quartal spürbar um 2,4 % zugenommen. Auch die aktuellen Wachstumserwartungen für die deutschen Absatzmärkte sprechen für eine leichte Besserung im Außenhandel.

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. November 2016 vorlagen.
2 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zum Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2016 vom 15. November 2016.
3 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

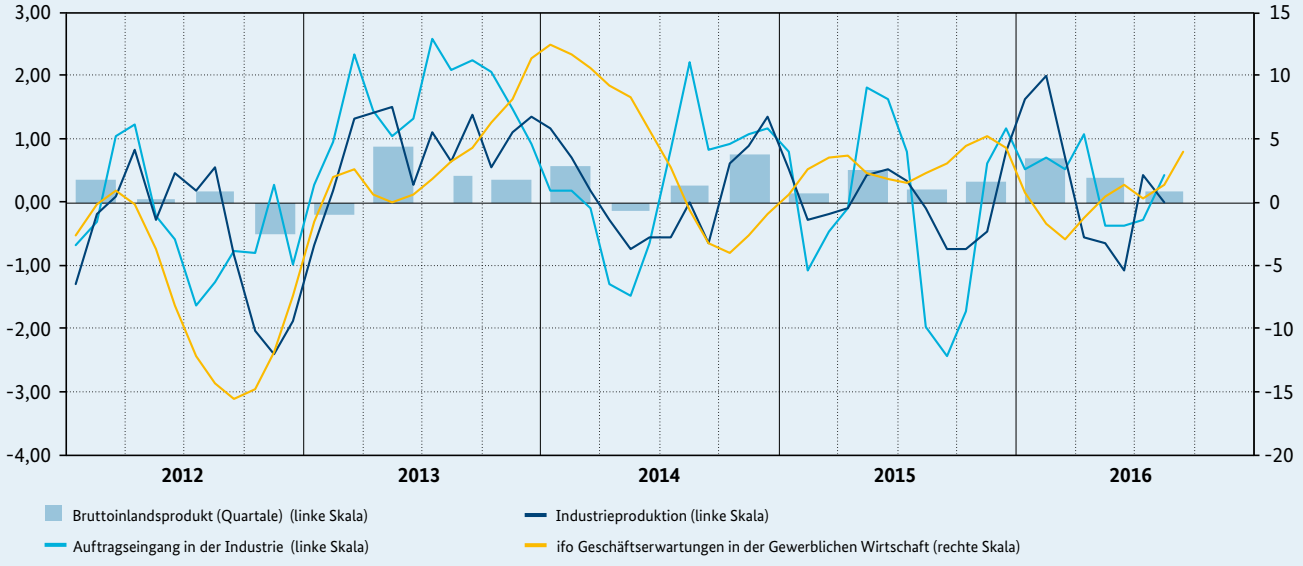
Die Industrieproduktion entwickelte sich zuletzt sehr unstetig. Nach einem starken Anstieg im Vormonat gingen im September sowohl die Industrieproduktion (-1,7 %) als auch die Umsätze (-1,3 %) wieder zurück. Insbesondere das Ergebnis der Investitionsgüterproduzenten fiel schwächer aus als im August. Die Schwankungen gehen nicht zuletzt auf Brückentageeffekte und die untypische Konstellation der (Werks-)Ferien zurück, die nicht vollständig von den üblichen Saisonbereinigungsverfahren erfasst werden. Insgesamt scheint sich die Lage in der Industrie aber stabilisiert zu haben. So konnte im dritten Quartal das Produktionsniveau des Vorquartals zumindest gehalten werden (0,0 %). Der Anstieg der Auftragseingänge (drittes Quartal +0,5 %) sowie die Aufhellung der Stimmungsindikatoren lassen eine allmähliche Belebung der Industriekonjunktur erwarten. Die Bauproduktion ging im September um 1,5 % zurück, hat sich im dritten Quartal insgesamt aber positiv entwickelt (+0,9 %). Dies dürfte sich trotz leicht rückläufiger Auftragseingänge so fortsetzen. Die Stimmung in der Baubranche befindet sich auf einem Allzeithoch.

Der private Konsum bleibt weiterhin wichtiger Pfeiler der konjunkturellen Entwicklung und trug auch im dritten Quartal zum Wachstum bei. Allerdings können die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) nicht an die dynamische Entwicklung im Vorjahr anknüpfen. Mit dem Rückgang im September (-1,5 %) haben sie im dritten Quartal das Niveau des Vorquartals nur wenig gesteigert (+0,2 %). Die Umsätze im Kfz-Handel, die allerdings auch gewerbliche Käufe einschließen, haben sich im dritten Quartal insgesamt positiv entwickelt. Die Stimmung im Einzelhandel hatte sich zuletzt wieder aufgehellt und liegt weiterhin über ihrem langjährigen Durchschnitt.

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt setzt sich fort. Die Erwerbstätigkeit ist in diesem Jahr nahezu kontinuierlich gestiegen, wenn auch nach der aktuellen Datenrevision vor allem in den Sommermonaten nicht mehr ganz so dynamisch wie zuvor ausgewiesen. Der Aufwärtstrend bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung war im Juni und Juli unterbrochen, setzte sich aber im August gedämpft wieder fort. Die Erwerbstätigkeit lag im September bei 43,8 Mio. Personen und damit 0,9 % höher als vor einem Jahr. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank im Oktober saisonbereinigt um 13.000 Personen. Sie liegt nach den Ursprungszahlen bei 2,54 Mio. Personen. Gebremst wird ihr Abbau durch den nunmehr stärkeren Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt. Auf diesen wird mit einer deutlichen Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen reagiert. Die Nachfrage nach Arbeitskräften befindet sich weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Vom Arbeitsmarkt dürften daher auch weiterhin positive Impulse für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgehen.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quelle: StBA, BBk, ifo Institut

Zur Diskussion

Öffentliche Investitionen oder Steuersenkungen: Was bringt mehr Wachstum und Beschäftigung?

Eine aktuelle Modellsimulation vergleicht die gesamtwirtschaftlichen Effekte von höheren öffentlichen Investitionen mit den Effekten einer dauerhaften Senkung von Einkommen- und Verbrauchsteuern. Sie zeigt: Höhere Investitionen steigern das Wirtschaftswachstum stärker als Steuersenkungen im gleichen Umfang. Auch die Beschäftigungseffekte der Investitionen sind – im Vergleich zur Senkung von Verbrauchsteuern – höher. Diese Ergebnisse, die mit dem QUEST-Modell der EU-Kommission berechnet wurden, stehen in Einklang mit der einschlägigen Forschungsliteratur. Demnach vergrößern öffentliche Investitionen den Kapitalstock, steigern die Produktivität und bewirken mittel- bis längerfristig ein höheres Potenzialwachstum.

Bereits im September 2016 hatte das vom BMWi in Auftrag gegebene Forschungsgutachten „Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Effekte ausgewählter Infrastruktur- und Bildungsinvestitionen in Deutschland“ auf Basis von Modellsimulationen die gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Renditen öffentlicher Investitionen untersucht.[1] Das Gutachten hatte gezeigt: Gezielte Investitionen in die Verkehrs- bzw. digitale Infrastruktur, in Hochschulen, in Ganztagsschulen sowie in die Ganztagsbetreuung in Kitas sorgen für mehr Wachstum und Beschäftigung und rentieren sich mittelfristig auch für die Staatskasse.

Nicht betrachtet wurde in der Studie allerdings, welche gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen es zur Folge hätte, wenn anstelle zusätzlicher Investitionen die Einkommen- und Verbrauchsteuern im gleichen Umfang gesenkt würden. Diese Fragestellung wurde nun mit dem makroökonomischen Gleichgewichtsmodell (DSGE-Modell) der EU-Kommission (sog. QUEST-Modell, s. Kasten) untersucht.

1 Das Gutachten ist auf der BMWi-Website unter www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=781222.html abrufbar. Eine Zusammenfassung findet sich in Ausgabe 9/2016 der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“.

Das QUEST-Modell

Das *Quarterly European Simulation Tool* (QUEST) ist ein von der EU-Kommission (Ratto et al. 2009)[2] entwickeltes, bayesianisch geschätztes, dynamisches, stochastisches allgemeines Gleichgewichtsmodell (DSGE-Modell). Es handelt sich dabei um ein mikrofundiertes, neukeynesianisches Modell, in dem sich private Haushalte unter den gegebenen Rahmenbedingungen bezüglich ihrer Arbeit-Freizeit-Entscheidung nutzenoptimierend verhalten. Unternehmen unterliegen einem monopolistischen Wettbewerb (begrenzte Preissetzungsspielräume aufgrund von Produktdifferenzierung) und optimieren ihren Gewinn in Abhängigkeit des Arbeitsangebots und der Reallöhne auf Basis einer CES-Produktionsfunktion. Die Geldpolitik („Taylor-Regel") und die Finanzpolitik („Verschuldungsregel") sind endogen.

Das QUEST-Modell existiert in unterschiedlichen Modifikationen und für unterschiedliche Länder (einzelne EU-Mitgliedstaaten, EU, Eurozone). In der hier verwendeten Modellversion handelt es sich um ein für Deutschland kalibriertes 3-Länder-Modell (Deutschland, Eurozone und Rest der Welt), das speziell zur Simulation von Politikmaßnahmen kalibriert wurde (Varga et al. 2013)[3]. Die Modellspezifikationen umfassen endogenen technischen Fortschritt, drei Arten von Beschäftigten (niedrig-, mittel- und hochqualifizierte), zwei Haushaltstypen (liquiditätsrestringierte, sog. „nicht-ricardianische" Haushalte, und nicht-liquiditätsrestringierte) sowie zwei Produktionssektoren (Vorleistungsgüter- und Endproduktproduzenten), die hinsichtlich ihrer F&E-Intensitäten unterschiedlich spezifiziert sind.

Verglichen wurden folgende drei – dauerhaft implementierte – Maßnahmen, die beim Staat zu zusätzlichen Ausgaben bzw. zu Mindereinnahmen in einer Größenordnung von jeweils rund ⅓ Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) führen würden:

1. Erhöhung öffentlicher Investitionen um rund 10 Milliarden Euro pro Jahr,

2. Reduktion des Einkommensteuersatzes um rund ½ Prozentpunkt,

3. Reduktion des Umsatzsteuersatzes um rund ¾ Prozentpunkte.

Das QUEST-Modell wurde zusätzlich dahingehend modifiziert, dass die Geld- und Fiskalpolitik kurzfristig nicht auf die expansiven Impulse reagiert bzw. diese konterkariert. Hierdurch sollen die „reinen" Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Maßnahmen dargestellt werden.[4] Ferner ist bei den öffentlichen Investitionen unterstellt, dass geeignete Projekte und ausreichende Planungskapazitäten vorhanden sind. Andernfalls würde sich die Wirkung öffentlicher Investitionen auf das BIP deutlich verzögern.

Die Ergebnisse der Simulationen werden in Tabelle 1 zusammengefasst. Die Schätzergebnisse für die Effekte von öffentlichen Investitionen auf das BIP und die Beschäftigung decken sich weitgehend mit den Resultaten des oben genannten BMWi-Forschungsgutachtens (Tabelle 3.1, S. 18). Nur für die lange Frist liegen die Ergebnisse etwas niedriger, da die endogenen Produktivitätseffekte von öffentlichen Infrastrukturinvestitionen (Multifaktorproduktivität) im QUEST-Modell geringer angesetzt werden.

Tabelle 1

Veränderungen ggü. Basisszenario	Öffentliche Investitionen			Einkommensteuersenkung			Verbrauchsteuersenkung		
Effekt nach:	1 Jahr	5 Jahren	10 Jahren	1 Jahr	5 Jahren	10 Jahren	1 Jahr	5 Jahren	10 Jahren
Reales BIP (in Prozent)	+0,21	+0,28	+0,50	+0,08	+0,14	+0,14	+0,05	+0,05	+0,04
Beschäftigung (in Prozent)	+0,17	+0,08	+0,08	+0,08	+0,18	+0,18	+0,05	+0,06	+0,06
Beschäftigung (in Tsd.)	+75	+36	+36	+37	+79	+79	+22	+27	+26

2 Ratto, M., W. Roeger, and J. in 't Veld (2009): „QUEST III: An Estimated Open-Economy DSGE Model of the Euro Area with Fiscal and Monetary Policy", Economic Modelling, 26(1), 222-33, http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication12918_en.pdf.

3 Vgl. Varga, J., W. Roeger, J. in 't Veld (2013): „Growth Effects of Structural Reforms in Southern Europe: The case of Greece, Italy, Spain and Portugal", European Commission Economic Papers 511, December 2013.

4 Die Taylor-Regel für die Zinsreaktion der Zentralbank wird für ein Jahr und die öffentliche Schuldenregel (Ziel des Haushaltsausgleichs) für 25 Jahre ausgeschaltet. Eine dauerhafte Aussetzung ist allerdings nicht möglich, da dann die Stabilität der Schätzung (Modellkonvergenz) nicht mehr gewährleistet wäre.

Tabelle 2: Bandbreite von Fiskalmultiplikatoren für den Euro-Raum/die EU in unterschiedlichen Makromodellen*

	BIP-Multiplikator	
	Variabler Nominalzins	Konstanter Nominalzins
Erhöhung von Staatsausgaben		
Staatlicher Konsum	0,7 – 0,8	1,1 – 1,7
Staatliche Investitionen	0,8 – 1,1	1,1 – 1,6
Transfers an private Haushalte	0,0 – 0,2	0,1 – 0,5
Transfers an nicht-ricardianische Haushalte	0,1 – 0,6	0,6 – 1,2
Reduzierung von Steuern		
Lohnsteuern	0,1 – 0,3	0,0 – 0,8
Verbrauchsteuern	0,2 – 0,3	0,4 – 1,0
Kapitalertragsteuern	0,1	0,1 – 0,2

* Berechnet als Zweijahresdurchschnitt der relativen Abweichung des realen Bruttoinlandsprodukts vom Basisszenario. Verwendet wurden die folgenden Modelle: QUEST III der EU, GIMF des IWF, NAWM der EZB und Small Fiscal Model der OECD.

Quelle: Coenen, G. et al. (2010): „Effects of Fiscal Stimulus in Structural Models", IMF Working Paper 10/73, www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2010/wp1073.pdf

Die Effekte von Einkommensteuersenkungen auf das BIP fallen im Vergleich zu den Effekten öffentlicher Investitionen über den gesamten Zeitraum deutlich geringer aus. Allerdings sind die Beschäftigungseffekte mittel- bis langfristig etwa doppelt so hoch, da die höheren Löhne nach Steuern die Opportunitätskosten der Freizeit erhöhen und das Arbeitsangebot vergrößern.

Deutlich geringer fallen die Wachstums- und Beschäftigungseffekte von Verbrauchsteuersenkungen aus. Die kurzfristigen Nachfrageeffekte infolge höherer Konsumausgaben sind nicht ausreichend, um dauerhaft ein deutlich höheres Wachstum zu ermöglichen.

Fiskalische Renditen können im Rahmen des QUEST-Modells nicht valide abgeschätzt werden. In der Tendenz dürften die positiven Rückwirkungen auf die öffentlichen Haushalte bei öffentlichen Investitionen jedoch höher sein, da bei diesen das BIP – als Basis für Steuern und Sozialabgaben – am stärksten steigt.

Die dargestellten Simulationsergebnisse, die auf empirisch geschätzten Modellparametern und Verhaltensgleichungen von Haushalten und Unternehmen beruhen, decken sich mit den einschlägigen Fiskalmultiplikatoren in der Modellliteratur. In fast allen gängigen makroökonomischen Gleichgewichtsmodellen, die von EZB, IWF und OECD genutzt werden, weisen – empirisch abgeleitet – staatliche Investitionen mit einem BIP-Multiplikator von nahe eins oder darüber deutlich höhere Wachstumseffekte auf als staatliche Transfers oder Steuersenkungen (s. Tabelle 2).

Generell zeigt sich, dass ausgabenseitige Maßnahmen größere Wachstumseffekte bewirken als Steuersenkungen – wobei die Umsetzung von Ausgabenerhöhungen allerdings tendenziell mit größeren Wirkungsverzögerungen einhergeht, als steuerliche Maßnahmen es tun. Vor allem öffentliche Infrastrukturinvestitionen wirken über eine Erhöhung des Kapitalstocks positiv auf das Wachstumspotenzial und erzeugen damit vor allem mittel- bis langfristig positive Wachstums- und Produktivitätseffekte.

Die Forschungsliteratur zeigt außerdem, dass die Effekte von Steuersenkungen bzw. Transfers erheblich vom Verhalten der Haushalte abhängen. Sie haben vor allem dann stimulierende Wirkungen, wenn sie an liquiditäts- oder kreditbeschränkte (sogenannte nicht-ricardianische) Haushalte gehen, die ein höheres Einkommen unmittelbar und vollständig ausgeben.[5] Je nach Modellspezifikation (Anteil an nicht-ricardianischen Haushalten) kann eine Senkung der Verbrauchsteuern wirksamer sein als eine Reduzierung der Einkommensteuer oder der Kapitalertragsteuern.

Kontakt: Christoph Menzel
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

5 Das sind Haushalte, die ihre optimalen Entscheidungen nur deshalb nicht realisieren können, weil sie nicht in der Lage sind, sich zu verschulden, obwohl sie die Schulden später (im langfristigen Durchschnitt) zurückzahlen könnten.

10. Nationaler IT-Gipfel 2016 in Saarbrücken: Aufbruchssignale für digitale Bildung und digitale Transformation

Am 16. und 17. November trafen auf Einladung von Bundeswirtschaftsminister Gabriel rund 1.100 hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zum 10. Nationalen IT-Gipfel in der Congresshalle Saarbrücken zusammen. Unter dem Motto „Lernen und Handeln in der digitalen Welt" diskutierten hochrangige Mitglieder des umfangreichen Gipfel-Netzwerks auf der Grundlage der Ergebnisse der Gipfel-Plattformen und -Foren zentrale Herausforderungen der Digitalisierung für Wirtschaft und Beschäftigung, neueste Entwicklungen bei digitalen Netzen, Mobilität, digitalem Staat und IT-Sicherheit.

Neben Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel nahmen auch Arbeitsministerin Andrea Nahles, Forschungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka, Innenminister Dr. Thomas de Maizière, Verkehrsminister Alexander Dobrindt, die Staatsministerin für Kultur und Medien Prof. Monika Grütters sowie die Ministerpräsidentin des Saarlands Annegret Kramp-Karrenbauer an dem diesjährigen Spitzentreffen teil. Zum ersten Mal in der Geschichte des IT-Gipfels sprach mit Sundar Pichai, CEO von Google Inc., einer der international führenden IT-Manager aus dem Silicon Valley über Chancen der Digitalisierung.

Erstmals in der Gipfel-Geschichte hatte Bundeswirtschaftsminister Gabriel das Gipfel-Jahr 2016 unter ein Schwerpunktthema gestellt: Die Förderung der digitalen Bildung sollte das Thema sein, das die Gipfel-Plattformen in diesem Jahr zur Entwicklung konkreter Projekte anregen sollte.

Wichtiges Ergebnis war der Mini-Computer „Calliope mini", der Schülerinnen und Schüler bereits ab der dritten Klasse an digitale Technologien und das Programmieren heranführen soll. SmartSchool – das digitale Lernlabor – bot auf dem IT-Gipfel die Gelegenheit, Möglichkeiten für vernetztes Lernen und die innovative Modellierung und Lösung von Alltagsproblemen zu erkunden. Schülerinnen und Schüler demonstrierten z. B. die Programmierung eines Verkehrsleitsystems, das die Verkehrssicherheit im Umkreis ihrer Schule erhöhen soll.

Bundeswirtschaftsminister Gabriel betonte, dass neben der digitalen Bildung in der Schule auch die Lernorte Betrieb, überbetriebliche Berufsbildungsstätten und Berufsschule als Schaltstellen für die digitale Wissensvermittlung gestärkt werden müssten. Als Praxisbeispiel für den Lernort Betrieb stellte er das Projekt APPsist vor, das individuelle Industrie 4.0-Qualifizierung direkt im (laufenden) Betrieb ermöglicht. Zu den wichtigen Aktivitäten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur Unterstützung der digitalen Transformation der Wirtschaft zählen die Stärkung der Investitionsförderung von innovativen Start-ups, neue Förderprogramme für neue Technologien (Smart Service Welt II) und die Einrichtung der Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren, deren elftes kürzlich in Chemnitz eröffnet wurde.

Auf dem letztjährigen IT-Gipfel hatte bitkom-Präsident Thorsten Dirks bei Bundeswirtschaftsminister Gabriel für digitale Ökosysteme geworben, in denen Start-ups, Wissenschaft, Mittelstand und Industrie miteinander kooperieren und einander dadurch stärken (sog. Digital Hubs). Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat diese Anregung aufgegriffen und im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Digital Hub Initiative ins Leben gerufen, für die beim IT-Gipfel der Startschuss fiel: Unter der Dachmarke de.hub werden die größten deutschen Hubs mit internationaler Strahlkraft vereint. Die ersten fünf Hubs – Berlin, Hamburg, München, Frankfurt und Dortmund – stehen fest, fünf bis sieben weitere sollen folgen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird eine Hub-Agency einrichten, die sich um die gezielte überregionale Vernetzung dieser Hubs kümmert. Zudem wird eine kreative Werbekampagne im Ausland entwickelt, um internationale Start-ups, Gründer, Investoren und Fachkräfte für Deutschland zu gewinnen. Analog dem Silicon Valley sollen diese Hubs Innovationssprünge befördern, Start-ups und etablierte Wirtschaft voneinander profitieren.

In der „Saarbrücker Erklärung“ verständigten sich die Gipfelteilnehmer auf mehr Investitionen, mehr Zusammenarbeit und mehr Kreativität, wenn es darum geht, die digitale Bildung in Deutschland voranzubringen. Digitale Bildung sei der Schlüssel für technologische Innovation, für Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sowie für Wachstum, Wohlstand und die gesellschaftliche Teilhabe aller.

Dem Gipfeltag selbst ging ein sehr umfangreiches ganztägiges Auftaktprogramm am Vortag voraus: In vier parallelen Strängen stellten die Gipfel-Plattformen und Foren in Form von Konferenzen, Panels und Präsentationen ihre Arbeitsergebnisse vor.

Gastland Saarland

Das diesjährige Gastland Saarland lud im Rahmen des Gipfels zu acht Bustouren ein, die das breite Spektrum und die Vielfalt der saarländischen IT- und Informatiklandschaft repräsentierten. HotSpots zeigten spannende Projekte und gaben Einblick in den IT-Standort Saarland – in Unternehmen, am Gründer-Campus Saar, in universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und in das Handwerk. Im Rahmen einer Vortages-Konferenz wurden unter dem Titel „Digitale Bildung für alle!“ zentrale Fragen des digitalen Lehrens und Lernens entlang der lebenslangen Bildungskette diskutiert.

Ausführliche Informationen zum gesamten Programm des diesjährigen IT-Gipfels und allen aktuellen Projekten und Initiativen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie finden Sie unter www.de.digital.

Kontakt: Dr. Ulrike Engels
Referat: Digitale Agenda, Digitale Wirtschaft, Nationaler IT-Gipfel

Wege zu mehr öffentlichen Investitionen mit einer Infrastrukturgesellschaft – Gutachten gibt Diskussionsanreize

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat eine weitere Empfehlung der Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ aufgegriffen: Es hat prüfen lassen, wie die Rahmenbedingungen verbessert werden können, um mehr öffentliche Infrastrukturinvestitionen, insbesondere im kommunalen Bereich, zu ermöglichen. Der Schlussbericht des Forschungsauftrages leistet einen wichtigen Beitrag zum weiteren Diskussionsprozess.

Investitionsschwäche insbesondere auf kommunaler Ebene

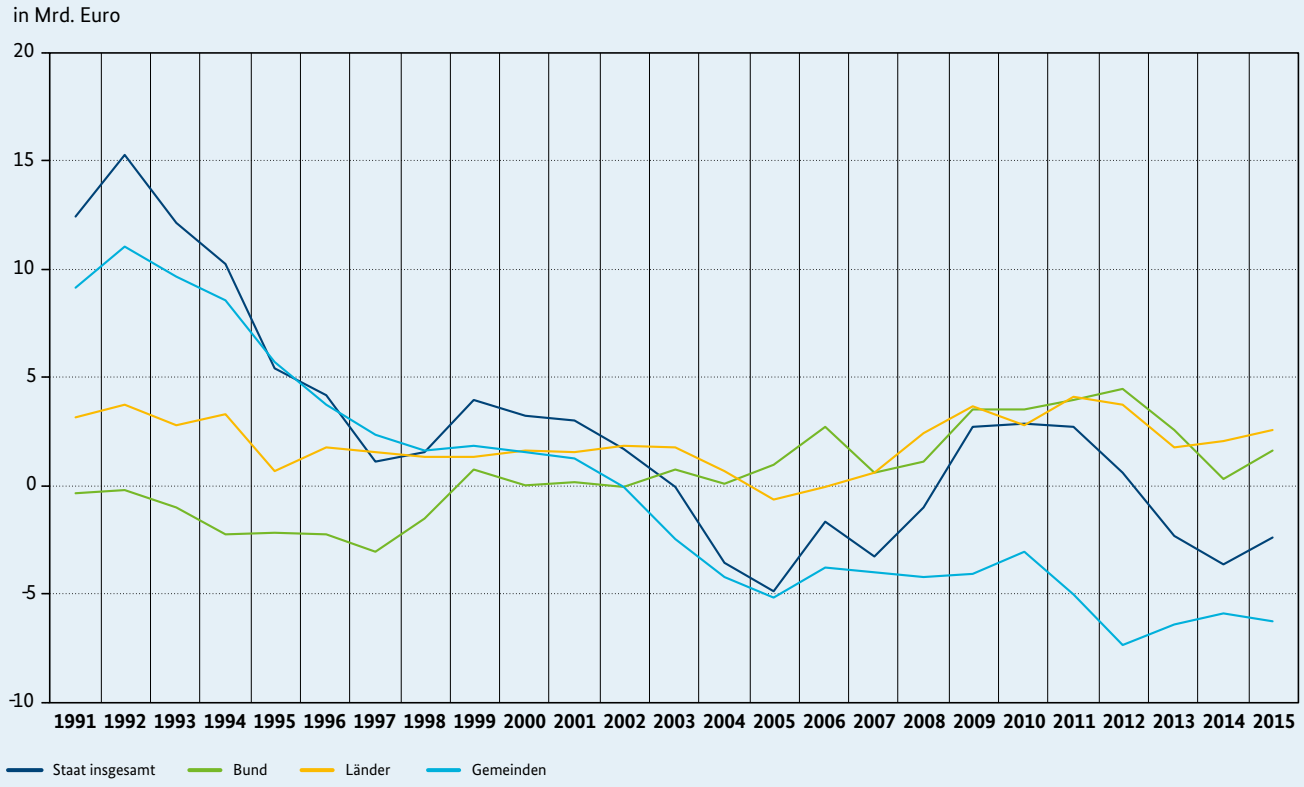
Eine moderne öffentliche Infrastruktur ist die Voraussetzung für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und für die langfristige Sicherung von Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in Deutschland.

Die öffentliche und private Investitionstätigkeit in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren nur sehr schwach entwickelt. Insbesondere auf kommunaler Ebene wird ein hoher Investitionsbedarf ausgemacht. Als grober Anhaltspunkt kann das KfW-Kommunalpanel dienen. Es basiert auf Umfragen unter Kämmereien von Landkreisen, Städten und Gemeinden und beziffert den Investitionsrückstand von deutschen Kommunen im Jahr 2016 auf 136 Milliarden Euro.[1]

Eine Ursache für die Investitionsschwäche auf kommunaler Ebene liegt insbesondere in der schwachen Finanzausstattung. In vielen Kommunen haben sich die Ausgabeprioritäten in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Richtung der Sozialausgaben und zulasten öffentlicher Investitionen verschoben. Sinkende Einnahmen und demografische Veränderungen (z. B. Alterung, Abwanderung) verschärfen dabei die finanzielle Lage. Angesichts eines enger gewordenen Finanzierungsspielraums ist viel qualifiziertes Personal abgebaut worden, so dass die Baubehörden unter Kapazitätsengpässen leiden. Daher ist nicht nur finanzielle, sondern auch administrative Unterstützung der Kommunen bei der Planung und Initiierung öffentlicher Infrastrukturvorhaben erforderlich.

1 KfW-Kommunalpanel 2016 vom Juni 2016

Abbildung 1: Nettoanlageinvestitionen der Gebietskörperschaften



Quelle: Statistisches Bundesamt

Mangelnde Effizienz bei kommunalen Investitionsausgaben

Die von Bundesminister Sigmar Gabriel im August 2014 eingesetzte Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ hat in ihrem Abschlussbericht als zusätzliches Problem die mangelnde Effizienz kommunaler Investitionsausgaben ausgemacht.[2] Dies beginnt häufig damit, dass nicht hinreichend geprüft wird, welche alternativen Umsetzungsvarianten für ein Investitionsprojekt bestehen und welche davon die beste bzw. wirtschaftlichste ist. Eine Befragung des BMWi von 1.023 kommunalen Finanzverantwortlichen in ganz Deutschland hat ergeben, dass nur in sechs Prozent der Kommunen „immer“ und in 33 Prozent der Kommunen „im Regelfall“ detaillierte Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchgeführt werden.[3]

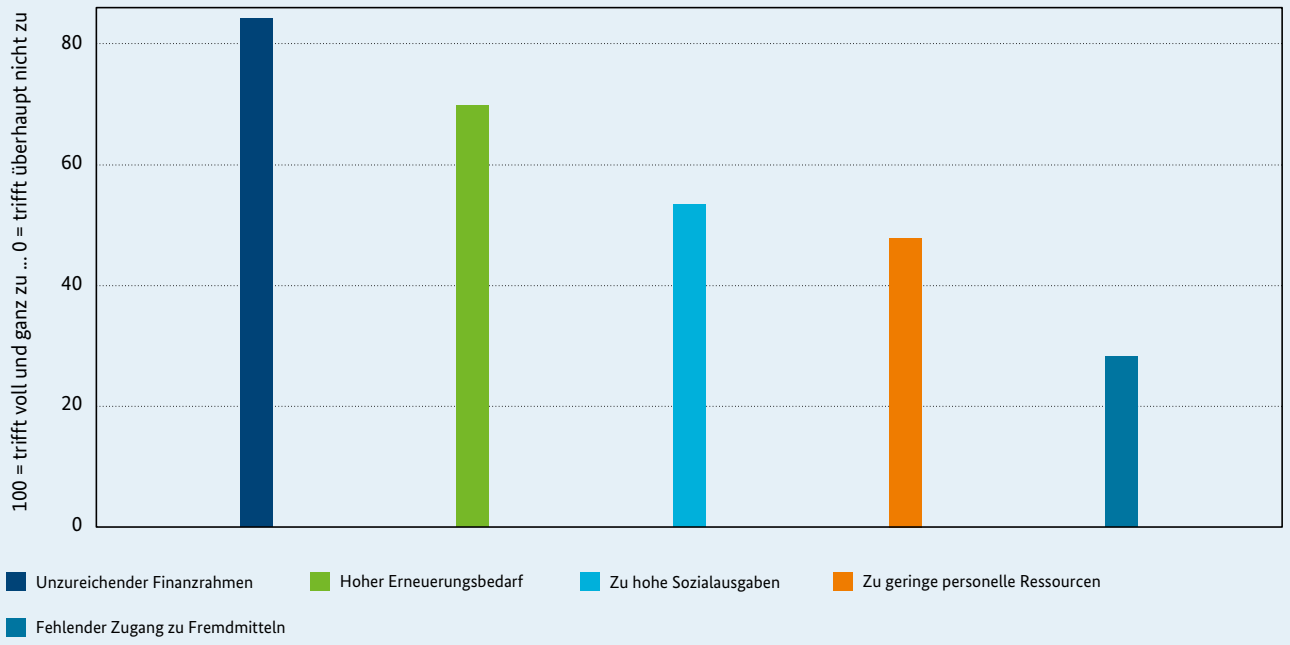
Gerade in kleineren Kommunen fehlen häufig die personellen Kapazitäten zur Prüfung alternativer und wirtschaftlicher Beschaffungs- und Finanzierungsformen.

Die BMWi-Kommunalbefragung zeigt auch, dass Kosten- und Zeitüberschreitungen ein häufiges Problem bei der Durchführung von Projekten sind. Dieses Kosten- und Terminrisiko tragen öffentliche Auftraggeber in der Regel dann, wenn Investitionsprojekte „konventionell“ durchgeführt werden. Das bedeutet, dass Planung, Bau und Betrieb durch die Kommune ausgeschrieben oder selbst erbracht werden. Die Finanzierung erfolgt in diesen Fällen aus Eigenmitteln, über Bankkredite oder über die Ausgabe von Anleihen. Auch das Qualitätsrisiko verbleibt in diesem Fall bei der Kommune, was sie insgesamt vor große finanzielle Herausforderungen stellen kann.

2 Der Bericht der Expertenkommission ist abrufbar unter: www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=702188.html

3 Weitere Informationen zur Online-Befragung zum Thema „Kommunale Investitionen“ und zur Investitionsstrategie sind abrufbar unter: www.bmwi.de/DE/Themen/Wirtschaft/investitionsstrategie,did=666568.html

Abbildung 2: Ursachen für den Investitionsrückstand auf kommunaler Ebene



Quelle: BMWi-Kommunalbefragung 2015

Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP), bei denen Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb aus einer Hand durchgeführt werden, und welche oftmals als Alternative zur konventionellen Beschaffung genannt werden, können für bestimmte Vorhaben Wirtschaftlichkeitsvorteile bieten. Sie sind jedoch gerade für kleinere Kommunen häufig keine wirkliche Option, da sie oft mit komplexen Vertragsverhandlungen und einem entsprechend hohen administrativen Aufwand verbunden sind. Zudem hat die Erfahrung gezeigt, dass die Risikoübertragung auf den privaten Investor nicht immer vollständig gelingt und damit ganz oder teilweise auf die Kommune zurückfällt. Gerade Kommunen, die wenig Erfahrung mit ÖPP haben, sehen sich im Verhandlungsprozess gegenüber den privaten Investoren benachteiligt und vermissen einen fairen Interessenausgleich. Hinzu kommt die mangelnde Akzeptanz von ÖPP in der Politik und bei der Bevölkerung.

Schlussfolgerung und Empfehlung der Expertenkommission

Infolge der oben beschriebenen Problemanalyse hat die Expertenkommission in ihrem Abschlussbericht empfohlen, neue Beschaffungs- und Finanzierungsstrukturen zu prüfen, die die Nachteile von konventioneller Beschaffung und von ÖPP adressieren und eine echte Alternative zu den derzeit bestehenden Strukturen bieten.[4] Das BMWi hat diese Empfehlung aufgegriffen und einen entsprechenden Forschungsauftrag vergeben. Der Auftrag an die Gutachter war es, ein marktfähiges Beschaffungs- und Finanzierungsmodell zu entwickeln, das gerade auch für kleinere kommunale Investitionsprojekte Vorteile bietet. Ein zentrales Merkmal sollte eine echte Risikoübertragung von der öffentlichen Hand auf den privaten Investor sein. Zudem sollte die öffentliche Hand eine stärkere Rolle in der Modellkonstruktion erhalten, um Informationsasymmetrien und Interessenkonflikte zu vermeiden. Als weiteres wichtiges Element für eine neue Beschaffungs- und Finanzierungsform wurde die administrative und finanzielle Entlastung der Kommunen bei einer Projektfinanzierung identifiziert: So sollte das Modell eine Möglichkeit bieten, kleinere Projekte kommunenübergreifend zu bündeln, so dass Skaleneffekte realisiert und Kosten gesenkt werden können. Gleichzeitig sollten Beschaffungsvorgänge standardisiert und die Transaktionskosten für die öffentliche Hand verringert werden können.

4 „Stärkung von Investitionen in Deutschland: Bericht der Expertenkommission im Auftrag des BMWi“, S. 44; abrufbar unter: www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=702188.html

Ein Vorschlag für eine neue Form zur Finanzierung öffentlicher Infrastrukturvorhaben unter Einbindung einer staatlichen Vermittlungsplattform

Der Forschungsauftrag ist mittlerweile abgeschlossen und der entsprechende Schlussbericht „Rechtliche und institutionelle Voraussetzungen zur Einführung neuer Formen zur privaten Finanzierung öffentlicher Infrastrukturvorhaben unter Einbindung einer staatlichen Infrastrukturgesellschaft“ wurde veröffentlicht.[5] Darin kommen die Gutachter zu dem Ergebnis, dass eine neue Art der Beschaffung und Finanzierung kommunaler Investitionen innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens grundsätzlich möglich ist und dass sich dabei eine Vielzahl von konkreten Ausgestaltungsvarianten abbilden lässt.

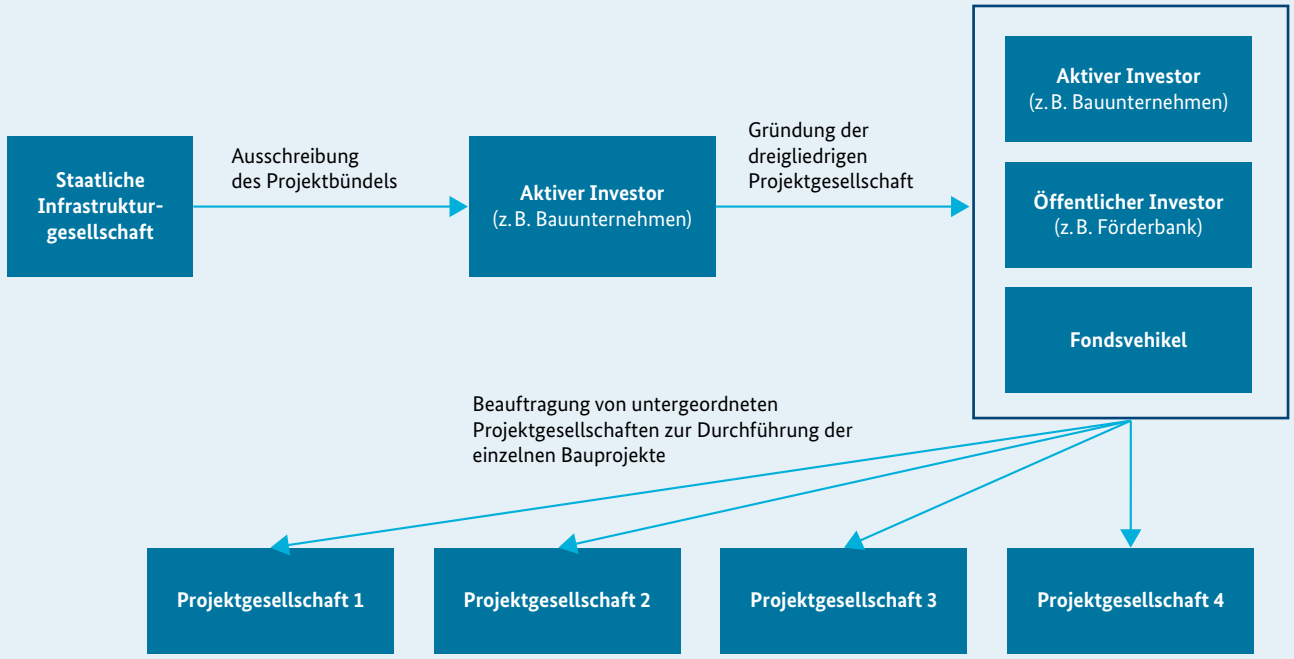
Die Gutachter basieren ihre Forschungsarbeit auf den Erfahrungen, die im EU-Ausland mit der Finanzierung kleinerer kommunaler Investitionsprojekte gemacht wurden. Ein kurzer Überblick zeigt, dass auch in anderen europäischen Ländern staatliche Unterstützung erforderlich war, um private Finanzierungsmodelle bei Infrastrukturinvestitionen zu etablieren. Insbesondere die Erfahrungen in Großbritannien und Frankreich machen deutlich, dass bei ausreichender Standardisierung der Projekte und Vertragswerke ein echter Risikoübertrag von der öffentlichen Stelle auf die privaten Investoren möglich ist.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Auftragsbeschreibung haben die Gutachter eine Beschaffungs- und Finanzierungsstruktur entwickelt, die aus mehreren Elementen besteht: Das erste Element bildet eine staatliche Infrastrukturgesellschaft, die die Funktion einer Vermittlungsplattform übernimmt. Das zweite Element bildet eine dreigliedrige „übergeordnete“ Projektgesellschaft, die aus privaten Investoren und einem öffentlichen Investor besteht. Das dritte Element bilden so genannte untergeordnete Projektgesellschaften.

Staatliche Infrastrukturgesellschaft

Die staatliche Infrastrukturgesellschaft nimmt in dem von den Gutachtern entwickelten Modell eine wichtige Rolle ein: Sie hat zum einen die Funktion, standardisierte Vertragswerke und Ausschreibungsverfahren zu entwickeln und damit insbesondere kleinere Kommunen bei der Planung

Abbildung 3: Aufbau des von den Gutachtern entwickelten Beschaffungs- und Finanzierungsmodells



Quelle: BMWi

5 Der Schlussbericht ist abrufbar unter: www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/P-R/pwc-gutachten-lang,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf

und Initiierung von Investitionsprojekten zu unterstützen und Kapazitätsengpässen vor Ort entgegenzuwirken. Kommunen, die dieses Angebot in Anspruch nehmen, würden auch finanziell durch geringere Transaktionskosten entlastet werden.

Die staatliche Infrastrukturgesellschaft hat zum anderen die Aufgabe, gleichartige Investitionsprojekte verschiedener Kommunen zu bündeln und gemeinsam auszuschreiben. Die Ausschreibung eines größeren Projektbündels hat für die Kommunen den Vorteil, dass mehr private Investoren adressiert werden können, als dies bei der Einzelausschreibung kleiner Einzelprojekte der Fall wäre. Durch die Projektbündelung können Skaleneffekte erzielt und entsprechend Kosten gesenkt werden.

Die staatliche Infrastrukturgesellschaft agiert zudem als zentrale Vermittlerin zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und den privaten Investoren und genießt das Vertrauen beider Seiten. Damit sollen die Informationsasymmetrien zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer adressiert und ein fairer Interessenausgleich gewährleistet werden.

Als für einen solchen Bündelungs- und Standardisierungsprozess geeignetes Investitionsvorhaben nennen die Gutachter zum Beispiel die Errichtung von Schulen und Kindergärten, Flüchtlingsunterkünften und einfachen Wohnungen sowie die Sanierung von kommunalen Straßenbrücken.

Dreigliedrige Projektgesellschaft aus aktivem Investor und passiven Investoren

In dem von den Gutachtern vorgeschlagenen Verfahren schreibt die staatliche Infrastrukturgesellschaft das Bündel aus kommunalen Infrastrukturprojekten europaweit aus. Die Ausschreibung enthält die Anforderung, dass der Bieter nicht nur das Eigenkapital zur Finanzierung der Investitionsobjekte einbringt, sondern zugleich sein Know-how sowie Management- und Steuerungskompetenzen zur Verfügung stellt. Damit soll gewährleistet werden, dass Bau und Betrieb der Infrastrukturprojekte qualitativ hochwertig ablaufen und eine wirksame Risikoübernahme durch den privaten Investor erfolgt. Dieser Investor übernimmt damit eine aktive Rolle im Beschaffungs- und Finanzierungsprozess und wird daher als „aktiver Investor“ bezeichnet. Die Funktion des aktiven Investors sollten entsprechend spezialisierte Investoren übernehmen; die Gutachter schlagen für diese Aufgabe zum Beispiel einen Bauunternehmer vor.

Zudem enthält die Ausschreibung die Anforderung an den aktiven Investor, eine dreigliedrige Projektgesellschaft zu gründen („übergeordnete Projektgesellschaft“), an der neben ihm außerdem die öffentliche Hand und zahlreiche passive Investoren über ein Fondsvehikel beteiligt sind. Auch sie beteiligen sich mit Eigenkapital an der Beschaffungs- und Finanzierungsstruktur. Mit der Beteiligung der öffentlichen Hand sollen die Interessen der öffentlichen Stellen und deren Einfluss im Beschaffungs- und Finanzierungsprozess wirksamer durchgesetzt werden können, als dies bei herkömmlichen Projektfinanzierungen heute der Fall ist.

Außerdem soll damit ein weiterer Vertrauensfaktor auf der Investorenseite eingebracht werden. Die Gutachter nennen hier beispielhaft eine staatliche Förderbank als öffentlichen Co-Investor.

Das Fondsvehikel ist als regulierter „Alternative Investment Fund“ (AIF) gemäß Kapitalanlagegesetzbuch ausgestaltet. Mit der damit verbundenen Beaufsichtigung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht soll signalisiert werden, dass Anlegerschutzregelungen eingehalten werden. Dies dürfte insbesondere bei institutionellen Anlegern die Marktchancen des Fonds erhöhen. Über diesen AIF sollen sich insbesondere auch kleinere institutionelle Investoren an der Finanzierung beteiligen können, ohne eine unmittelbare Projektsteuerung wie der aktive Investor zu übernehmen (zum Beispiel Pensionskassen oder Versorgungswerke).

Untergeordnete Projektgesellschaften

Nachdem die übergeordnete Projektgesellschaft gegründet wurde, werden mit der tatsächlichen Ausführung der einzelnen Bau- und Betriebsprojekte einzelne kleine untergeordnete Projektgesellschaften beauftragt. Sie unterliegen der Kontrolle der übergeordneten Projektgesellschaft. Diese kleineren projektspezifischen Gesellschaften werden vor Ort angesiedelt, können mittelständische Unternehmen aus der Region beauftragen und stehen in direktem Kontakt mit der beauftragenden Kommune.

Bei der Umsetzung der vorgeschlagenen Beschaffungs- und Finanzierungskonstruktion sind zahlreiche rechtliche und institutionelle Bedingungen zu beachten, insbesondere im Bereich des Vergaberechts. Die Gutachter sehen hier jedoch keinen gesetzlichen Anpassungsbedarf.

Der Diskussionsprozess wird fortgesetzt

Der Schlussbericht des Forschungsauftrages zeigt, dass eine neue Form zur Beteiligung privater Investoren an öffentlichen Infrastrukturinvestitionen im derzeit bestehenden Rechtsrahmen möglich ist. Das vorgeschlagene Modell und seine Elemente adressieren dabei die Nachteile der derzeit gängigen Beschaffungs- und Finanzierungsvarianten: Erstens werden der öffentlichen Hand mehr Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten gegeben, als dies bei bisherigen ÖPP in der Regel der Fall ist. Damit können Informationsasymmetrien und Interessenkonflikte vermieden und mehr Vertrauen in ein Finanzierungsmodell mit privater Beteiligung gewonnen werden. Zweitens trägt die staatliche Infrastrukturgesellschaft durch die Standardisierung von Projekten und Vertragswerken und durch die Projektbündelung zu einer Senkung der Transaktionskosten im Vergleich zu gängigen strukturierten Finanzierungsformen bei. Und drittens bringt der so genannte aktive Investor sein Know-how aktiv in den Beschaffungs- und Finanzierungsprozess ein. Er übernimmt die Risiken und soll eine qualitativ hochwertige, termin- und kostengerechte Auftragserledigung gewährleisten.

Die Gutachter haben im Erarbeitungsprozess Experteninterviews mit Vertreterinnen und Vertretern von Kommunen und aus der Finanzwirtschaft geführt und erörtert, welche Anforderungen die verschiedenen Akteure an ein neues Beschaffungs- und Finanzierungsmodell stellen. Zudem wurde vor der Fertigstellung des Gutachtens ein Expertenworkshop mit den betroffenen Stakeholdern durchgeführt, in dessen Rahmen die Gutachter erste Ergebnisse ihrer Forschungsarbeit skizziert und zur Diskussion gestellt haben. Auch das BMWi hat im Zusammenhang mit dieser Forschungsarbeit viele Gespräche mit den betroffenen Akteuren geführt.

In allen Diskussionen und Gesprächen wurde die von der Expertenkommission angestoßene Diskussion über alternative Beschaffungs- und Finanzierungswege zur Mobilisierung kommunaler Infrastrukturinvestitionen begrüßt. Insbesondere die im Modellvorschlag enthaltene staatliche Infrastrukturgesellschaft wurde als das zentrale Element angesehen, auf das sich mögliche erste Umsetzungsschritte fokussieren sollten. Gleichzeitig wurde klar, dass die Komplexität des Modells insgesamt verringert und die Aufgaben- und Verantwortungsbereiche der einzelnen Akteure noch klarer voneinander abgegrenzt werden sollten.

Vor diesem Hintergrund kommt es nun darauf an, dass die Akteure auf der öffentlichen und auf der privaten Seite den Diskussionsprozess fortsetzen und gemeinsam überlegen, ob und welche Bausteine des vorgeschlagenen Modells – gegebenenfalls auch als Pilotprojekt – perspektivisch aufgegriffen werden könnten. Das BMWi wird diesen Diskussionsprozess weiter eng begleiten.

Kontakt: Dr. Martin Meurers und Antje Hansen
Referat: Finanzpolitik, konjunkturpolitische Koordinierung

II.
Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

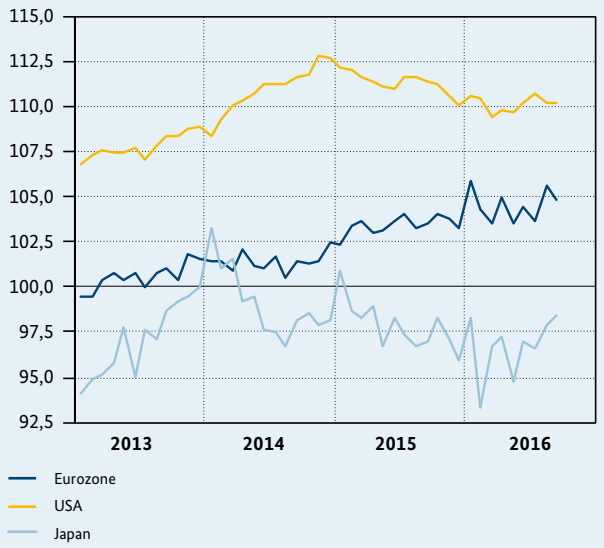
Weltwirtschaft: Verhaltene Aufwärtsdynamik.

Die Weltwirtschaft zeigt sich in diesem Jahr wenig dynamisch.[1] Im nächsten Jahr wird eine leichte Beschleunigung des Wachstums erwartet. Der IWF geht von einem globalen Wachstum von 3,1 % für dieses Jahr und von 3,4 % für das Jahr 2017 aus.

In den Vereinigten Staaten hat sich die Konjunktur im dritten Quartal belebt, wobei die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung nach den Wahlen hoch ist. In der EU hat sich das moderate Wachstum fortgesetzt. Dabei haben sich die Einschätzungen der konjunkturellen Perspektiven im Vereinigten Königreich nach der überraschend guten Entwicklung aufgehellt. Auch in Japan konnte das BIP im dritten Quartal positiv überraschen. In den Schwellenländern, insbesondere in Brasilien und Russland, verbessert sich die Lage. Chinas Wirtschaft wächst weiter auf hohem Niveau mit sich abschwächenden Wachstumsraten.

Nach den positiven Daten der BIP-Entwicklung für das dritte Quartal deuten auch die globalen Frühindikatoren auf eine gesteigerte Dynamik hin. Die weltweite Industrieproduktion hat im August leicht zugenommen. Der globale Einkaufsmanager-Index von Markit ist im Oktober recht deutlich gestiegen und auch das vom ifo Institut ermittelte Weltwirtschaftsklima für das vierte Quartal hat sich wieder erholt.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

USA: Konjunkturelle Belebung.

Die Wirtschaft in den USA scheint sich allmählich zu beleben, wenngleich das Wachstum für dieses Jahr insgesamt moderat ausfallen dürfte. Nach drei Quartalen mit eher geringen Wachstumsraten war das amerikanische BIP im dritten Quartal um 0,7 % höher als im Vorquartal. Wichtigste Stütze für diese Expansion waren neben den privaten Konsumausgaben auch verstärkt die Exporte.

Die Industrieproduktion ist im September gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert (+0,1 %) geblieben. Insgesamt stagniert die amerikanische Industrieproduktion seit dem Winter des Vorjahres. Am aktuellen Rand deutet sich jedoch eine leichte Erholung an. Die Auftragseingänge sind im September den dritten Monat in Folge gestiegen. Sowohl der Markit-Einkaufsmanager-Index als auch der nationale Einkaufsmanager-Index des Institute for Supply Management (ISM) haben sich im Oktober aufgehellt.

Auch vom Arbeitsmarkt kommen gute Nachrichten. Der Anstieg in der Anzahl der Beschäftigten setzt sich auch im Oktober fort und die Arbeitslosigkeit bleibt auf einem sehr niedrigen Niveau. Dies dürfte den privaten Konsum, die wichtigste Wachstumsstütze in den Vereinigten Staaten, weiter befördern. Bankvolkswirte erwarten im Mittel eine Zunahme des BIP von 1,5 % in diesem Jahr und 2,1 % im kommenden Jahr.

Japan: Leichte Besserungstendenzen.

In Japan ist das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal etwas überraschend um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Insbesondere die Exporte haben die Wirtschaftsentwicklung getragen. Im ersten Halbjahr konnte Japan immerhin ein moderates Wachstum verzeichnen.

Die Industrieproduktion hat sich im September erholt. Dennoch stagniert die Industrieproduktion seit Herbst

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. November 2016 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt
Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2015 Q3	2015 Q4	2016 Q1	2016 Q2	2016 Q3
Euroraum	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3
USA	0,5	0,2	0,2	0,4	0,7
Japan	0,4	-0,4	0,5	0,2	0,5

Arbeitslosenquote
Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

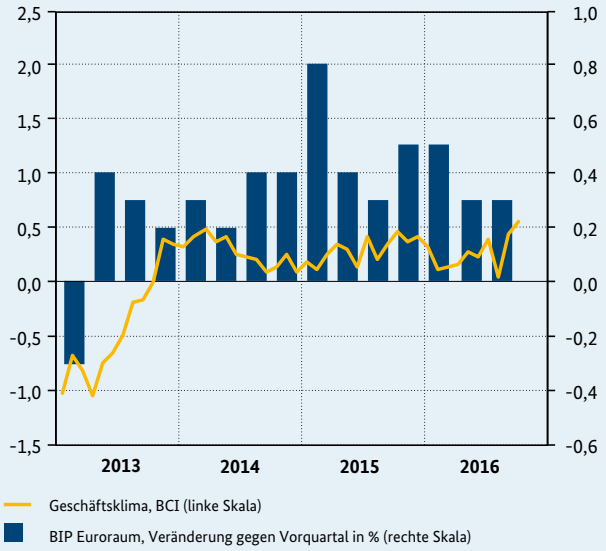
	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Euroraum	10,1	10,0	10,0	10,0	-
USA	4,9	4,9	4,9	5,0	4,9
Japan	3,1	3,0	3,1	3,0	-

Verbraucherpreise
Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Euroraum	0,1	0,2	0,2	0,4	0,5
USA	1,0	0,8	1,1	1,5	-
Japan	-0,3	-0,5	-0,5	-0,5	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Euroraum: BIP und Geschäftsklima
(saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Europäische Kommission

2014. Die Frühindikatoren für die Industrie zeichnen nunmehr aber ein positiveres Bild: So ist z. B. der Markit-Einkaufsmanager-Index für das Verarbeitende Gewerbe im Oktober gestiegen und konnte sich von seinem Tief im Sommer dieses Jahres deutlich erholen. Auch die preisbereinigten Exporte setzten im August ihren Aufwärtstrend fort. Die Internationalen Bankvolkswirte erwarten für das laufende Jahr ein Wirtschaftswachstum von 0,6 % und für das Jahr 2017 ein etwas höheres Wachstum von 0,9 %.

Euroraum und EU: Solide wirtschaftliche Entwicklung.

Die Wirtschaftsleistung der Europäischen Union ist im dritten Quartal um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Im Euroraum war die wirtschaftliche Dynamik mit 0,3 % etwas schwächer. Im dritten Quartal konnten alle Länder eine Zunahme der Wirtschaftsleistung verzeichnen. Wobei das Wachstum in Portugal (+0,8 %), Spanien (+0,7 %), den Niederlanden (+0,7 %) und dem Vereinigten Königreich (+0,5 %) besonders ausgeprägt war. Auch für Griechenland wurden +0,5 % ausgewiesen. Unterdurchschnittlich fiel demgegenüber das Wachstum in Deutschland (+0,2 %), Frankreich (+0,2 %) und Italien (+0,3 %) aus. Trotz des anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs sinkt die Arbeitslosigkeit im Euroraum nur langsam und lag im September mit 10 % weiter auf hohem Niveau.

Der Aufschwung dürfte sich fortsetzen. Hierfür sprechen unter anderem auch die aktuellen Stimmungsindikatoren. Der Economic Business Climate Indicator der Europäischen Kommission konnte sich im Oktober deutlich verbessern und der Einkaufsmanager-Index von Markit verharrt weiter deutlich über der Wachstumsschwelle. Insgesamt gehen internationale Prognostiker von einem Wachstum des Euroraums von 1,5 % für das laufende Jahr aus. Aufgrund des Brexits erwarten die Analysten für das kommende Jahr ein etwas geringeres Wachstum von 1,3 %.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die Wirtschaft befindet sich im Aufschwung, expandiert aber im dritten Quartal langsamer als im starken ersten Halbjahr.

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs.[2] Im dritten Quartal fiel das Wachstumstempo der deutschen Wirtschaft angesichts der zögerlichen Entwicklung der Weltwirtschaft etwas geringer aus als im starken ersten und soliden zweiten Quartal. Die gesamtwirtschaftliche Leistung erhöhte sich preis- und saisonbereinigt um 0,2 %.[3] Dies entsprach den Annahmen der Herbstprojektion vom Oktober dieses Jahres. Impulse kamen im dritten Quartal insbesondere von der staatlichen und privaten Konsumnachfrage sowie den Bauinvestitionen. Die Investitionen in Ausrüstungen und die Nettoexporte dämpften das Wachstum. Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich im dritten Quartal zumindest stabilisiert. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt fiel allerdings zuletzt verhaltener aus. Dies dürfte mit einer etwas langsameren, aber weiterhin expansiven Gangart im Dienstleistungsbereich einhergehen. Für die kommenden Monate zeichnet sich aber bereits wieder eine gewisse Belebung der Wirtschaft ab. Wichtige binnenwirtschaftliche Auftriebskräfte sind weiterhin wirksam und die Aussichten für den Außenhandel verbessern sich allmählich. Auch die Stimmung in der Wirtschaft hat sich gemessen am ifo Konjunkturtest nach dem Einbruch im August zum zweiten Mal in Folge deutlich aufgehellt.

2. Produzierendes Gewerbe

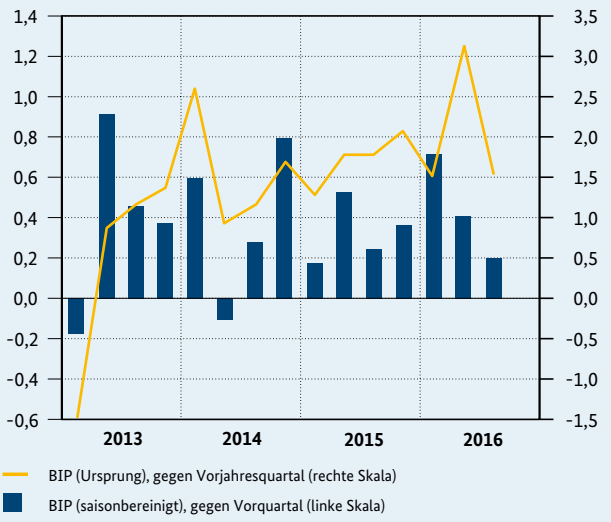
Die Industrieproduktion bleibt im dritten Quartal stabil.

Die Perspektiven bessern sich, das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe steigt auf ein Zweijahreshoch.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist im September um 1,8 % gesunken. Dennoch hat sie sich im dritten Quartal insgesamt stabilisiert. Zudem gibt es angesichts der positiven Entwicklung der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe und der Stimmungsindikatoren Aussicht auf eine leichte Belebung.

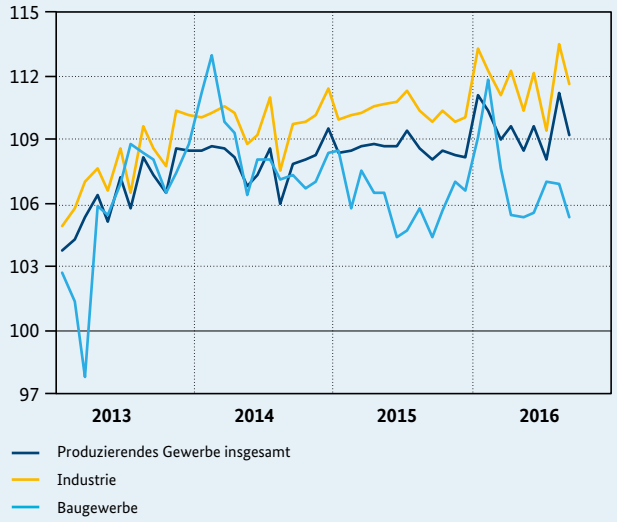
Nach einer relativ starken Ausweitung im August ist die Industrieproduktion im September um 1,7 % gesunken. Insbesondere die Produktion von Investitionsgütern fiel

Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Quelle: StBA

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. November 2016 vorlagen.

3 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zum Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2016 vom 15. November 2016.

geringer aus als im Vormonat (-2,4 %). Ebenfalls rückläufig war die Produktion von Vorleistungen (-0,5 %) und Konsumgütern (-1,9 %). Auffällig waren stärkere Rückgänge in den Wirtschaftsbereichen der Metall-, Kfz- und Pharmaindustrie.

Trotz des Rückgangs der Industrieproduktion im September scheint sich die Lage der Industrie insgesamt zu stabilisieren. So konnte das Produktionsniveau des Vorquartals im dritten Quartal gehalten werden. Schwankungen innerhalb des dritten Quartals gingen nicht zuletzt auf die etwas ungewöhnliche Konstellation der diesjährigen Sommerferien sowie der Werksferien zurück.

Industrie

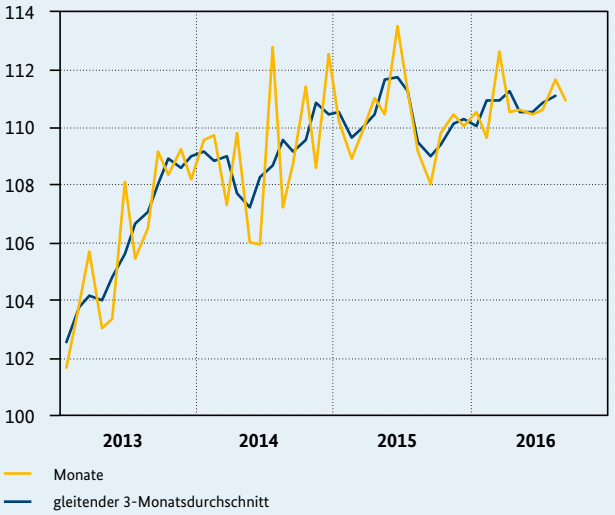
Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sept.
Produktion					
Insgesamt	-0,6	0,0	-2,4	3,7	-1,7
Vorleistungsgüter	-0,7	-0,2	-0,8	2,1	-0,5
Investitionsgüter	-0,8	0,3	-4,0	5,5	-2,4
Konsumgüter	0,2	-0,2	-1,9	2,4	-1,9
Umsätze					
Insgesamt	-0,5	-0,2	-1,6	4,3	-1,3
Inland	-1,3	-0,8	-2,4	3,4	-0,9
Ausland	0,2	0,3	-1,0	5,2	-1,7
Auftragseingänge					
Insgesamt	-0,4	0,5	0,2	0,9	-0,6
Inland	1,0	-2,1	-3,2	2,4	-1,1
Ausland	-1,4	2,4	2,8	-0,2	-0,3
Vorleistungsgüter	1,6	0,2	0,5	1,6	0,5
Investitionsgüter	-1,4	1,0	0,6	0,3	-1,6
Konsumgüter	-2,2	-2,3	-4,1	3,0	0,5

Quellen: StBA, BBk

Die Industrieumsätze entwickelten sich weniger stabil. Nach einer kräftigen Zunahme im August sind die Umsätze im September gesunken (-1,3 %). Auch in der Quartalsbetrachtung blieben die Industrieumsätze leicht rückläufig. Dabei entwickelten sich die Umsätze im Inland im dritten Quartal nochmals schwächer (-0,8 %), während die Auslandsumsätze weiter leicht zulegten (+0,3 %). Sinkende Umsatzzahlen zeigen sich insbesondere im Bereich der inländischen Umsätze für Investitionsgüter (-1,7 %), die einen gewissen Rückschluss auf die Entwicklung der Anlageinvestitionen im dritten Quartal zulassen.

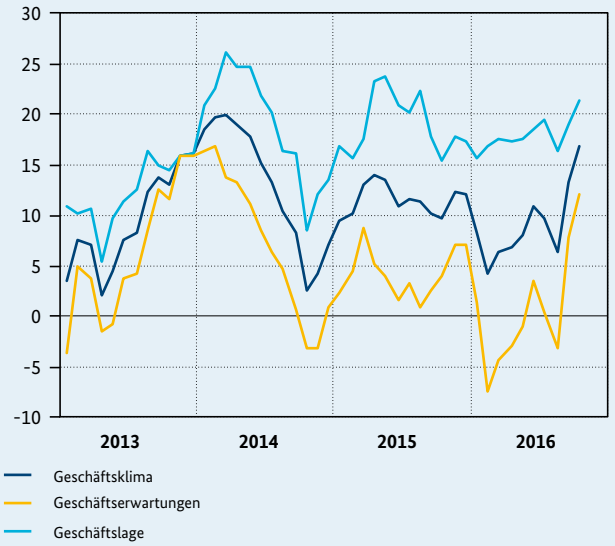
Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Bei den Bestellungen zeichnet sich demgegenüber eine Besserung ab. Die Auftragseingänge in der Industrie nahmen im September zwar um 0,6 % ab, im Vormonat waren sie aber um 0,9 % angestiegen. Bleiben die Großaufträge unberücksichtigt, die für die kurzfristige Produktionsentwicklung weniger bedeutsam sind, konnten die Auftragseingänge auch im September gesteigert werden (+1,0 %).

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



Quelle: ifo Institut

Ein positives Bild ergibt sich insbesondere bei der aussagekräftigeren Quartalsbetrachtung. Die industriellen Auftragseingänge nahmen im dritten Quartal wieder zu (+0,5 %), insbesondere im Bereich der Investitionsgüter (+1,0 %). Der ausschlaggebende Impuls für die Industrieunternehmen kam aus einer zunehmenden Auslandsnachfrage. Während die Auftragseingänge aus dem Inland im dritten Quartal rückläufig (-2,1 %) waren, stiegen die Auftragseingänge aus dem Euroraum im dritten Quartal um 2,2 % und die Bestellungen aus dem Nicht-Euroraum um 2,6 %.

Hierzu passt die Aufhellung der Stimmungsindikatoren. Das ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe stieg im Oktober auf einen Zweijahreshöchstwert. Deutlich verbessert haben sich sowohl die Einschätzungen zur aktuellen Situation als auch die Erwartungen.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

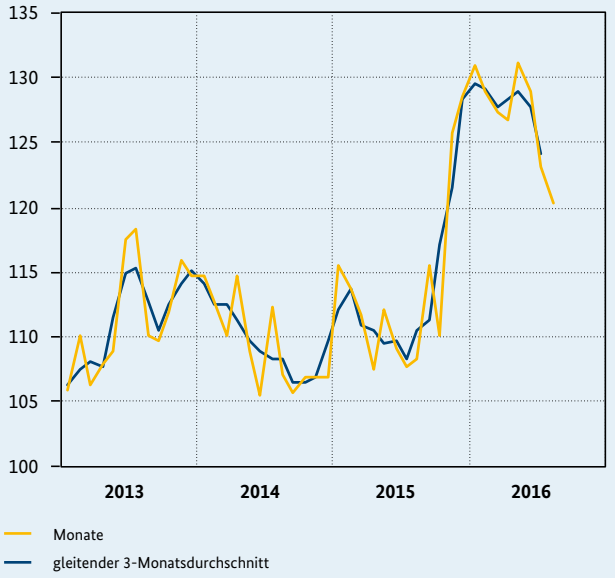
Produktion					
	Q2	**Q3**	**Juli**	**Aug.**	**Sept.**
Insgesamt	-3,7	0,9	1,4	-0,1	-1,5
Bauhauptgewerbe	-5,3	2,1	1,1	1,0	-1,1
Ausbaugewerbe	-2,0	-0,3	1,7	-1,3	-1,9
Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe					
	Q1	**Q2**	**Juni**	**Juli**	**Aug.**
Insgesamt	6,3	-0,1	-1,8	-4,6	-2,2
Hochbau	4,7	6,1	-4,3	-4,1	-4,7
Wohnungsbau*	13,2	-0,6	1,2	-10,7	2,7
Gewerblicher*	-1,5	15,9	-8,1	-0,1	-10,8
Öffentlicher*	1,0	-5,9	-8,1	3,6	-2,0
Tiefbau	8,2	-6,8	1,7	-5,1	0,9
Straßenbau*	25,2	-12,1	5,7	0,0	-5,7
Gewerblicher*	-1,1	-0,8	-1,6	-7,4	2,3
Öffentlicher*	0,1	-6,6	0,4	-9,2	8,9
Öffentlicher Bau insg.	11,0	-9,1	1,3	-2,6	-0,2

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Die Bauwirtschaft hat sich nach einem relativ starken Rückgang im zweiten Quartal wieder leicht erholt. Die Bauproduktion ging im September zwar um 1,5 % zurück, liegt aber im dritten Quartal um 0,9 % über dem Vorquartal. Der Rückgang der Bauproduktion im September war ursächlich vor allem im schwachen Produktionsergebnis für das Ausbaugewerbe begründet, das in der Regel revisionsanfällig ist.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Aber auch die Produktion im Bauhauptgewerbe, das die Bereiche Hoch- und Tiefbau einschließt, ist im September nach einer viermonatigen Ausweitung in Folge gesunken.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben sich im August den dritten Monat in Folge abgeschwächt (August: -2,2 %). Dabei haben sich in der Tendenz die Bauaufträge sowohl der gewerblichen als auch der öffentlichen Auftraggeber abgeschwächt, während sich die Aufträge beim Wohnungsbau seitwärts entwickelten. Insgesamt sind die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe aber weiterhin hoch. Sie liegen im August weiter über dem Durchschnitt des ersten Halbjahres sowie deutlich über dem Niveau des Vorjahres (+10,4 %).

Niedrige Zinsen sowie eine gute Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung stimulieren weiterhin die Stimmung in der Baubranche. Der ifo Geschäftsklima-Index setzt seinen seit Januar 2016 bestehenden Aufwärtstrend fort und erreichte im Oktober ein neues Allzeithoch.

3. Privater Konsum

Die Einzelhandelsumsätze erhöhen sich im dritten Quartal leicht.

Das Geschäftsklima im Einzelhandel bleibt exzellent, die Konsumstimmung der Verbraucher gibt etwas nach.

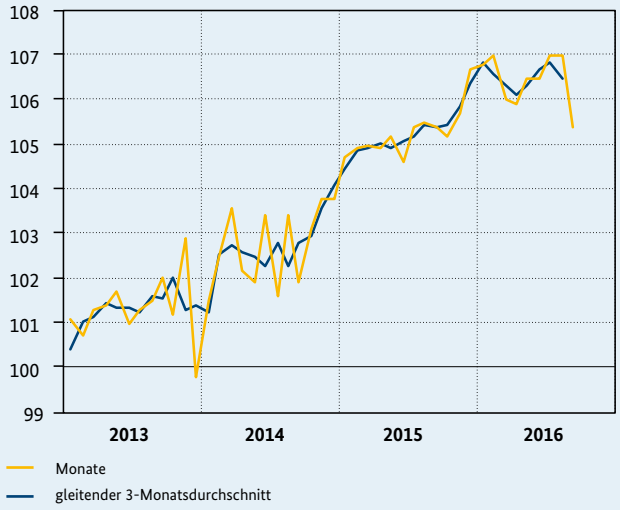
Der private Konsum hat auch im dritten Quartal zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Für das Gesamtjahr 2016 rechnet die Bundesregierung mit einem Anstieg der privaten Konsumausgaben von preisbereinigt 1,7 %.

Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) gingen im September deutlich um 1,5 % zurück und liegen damit wieder auf dem Durchschnittsniveau des Jahres 2015. Im dritten Quartal konnte der Umsatz gegenüber dem Vorquartal nur leicht gesteigert werden (+0,2 %). Schwach lief unter anderem das Geschäft mit Unterhaltungselektronik und Bekleidung. Die Umsätze im Versand- und Internethandel gingen im dritten Quartal um 4,2 % zurück.

Die Umsätze im Kfz-Handel entwickelten sich dagegen zuletzt sehr dynamisch (+3,7 %, Daten liegen erst für den Berichtsmonat August vor) und bewegen sich auf insgesamt sehr hohem Niveau. Auch im Dreimonatsvergleich zeigt sich nun wieder eine positive Tendenz (+1,0 %). Das starke Umsatzwachstum der letzten drei Jahre war im Frühjahr unterbrochen worden. Es bleibt abzuwarten, ob der Kfz-Handel an die alte Dynamik anknüpfen kann. Die Zahl der Kfz-Neuzulassungen hat im dritten Quartal jedenfalls deutlich zugenommen (+4,2 %), startete aber schwach ins vierte Quartal.

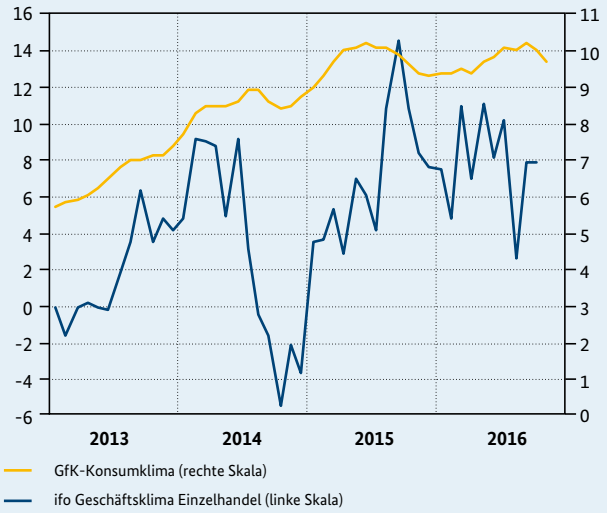
Das vergleichsweise positive Geschäftsklima der Einzelhändler hat sich zuletzt kaum verändert. Im Oktober fiel das ifo Geschäftsklima geringfügig schwächer aus, weil die aktuelle Geschäftslage von den Befragten weniger gut eingeschätzt wurde. Es liegt aber sowohl über dem dritten Quartal als auch mehr als 18 Saldenpunkte über dem langjährigen Durchschnitt. Das GfK-Konsumklima bewegt sich immer noch auf hohem Niveau, hat sich aber in den letzten zwei Monaten etwas verschlechtert. Vor allem die Anschaffungsneigung und die Einkommenserwartungen fielen im Oktober geringer aus.

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK

4. Außenwirtschaft

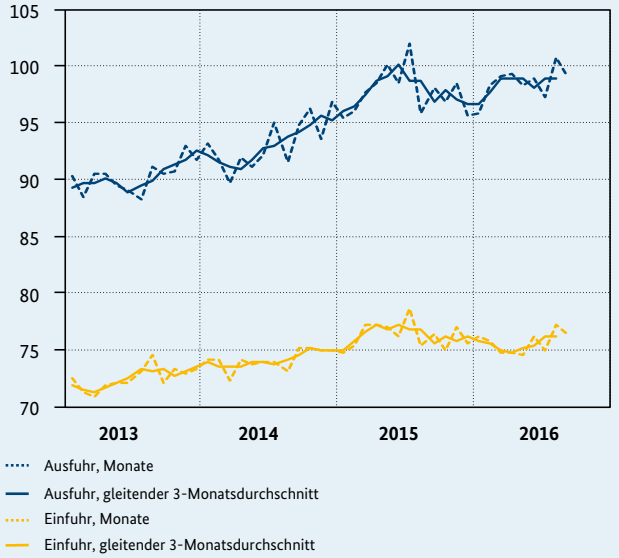
Der Handelsbilanzüberschuss war im dritten Quartal etwas niedriger als im zweiten Quartal.

Es deutet sich eine leichte Besserung der Exportperspektive an.

Im September 2016 wurden aus Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 126,8 Mrd. Euro ausgeführt.[4] Bei saisonbereinigter Betrachtung waren dies 2,1 % weniger als im Vormonat. Im gesamten dritten Quartal sind die Exporte nur leicht um 0,2 % gestiegen. Die Exportpreise haben im dritten Quartal ebenfalls verhalten angezogen, sodass die Exporte real geringfügig gesunken sein dürften. Einem Anstieg der Exporte in Länder der Europäischen Union stand dabei ein Rückgang der Exporte in Drittstaaten gegenüber.

Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen sind im September zwar saisonbereinigt um 0,6 % zurückgegangen, im Quartalsvergleich sind die Importe nach drei rückläufigen Quartalen in Folge aber wieder spürbar gestiegen (+1,2 %). Da die Einfuhrpreise im dritten Quartal aufgrund leicht anziehender Rohölpreise moderat zugenommen haben, dürften die Importe nach realer Rechnung etwas weniger kräftig gestiegen sein.

Warenhandel
(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik BBk

Für das dritte Quartal wurde beim Handel mit Waren und Dienstleistungen insgesamt ein saisonbereinigter Saldo in Höhe von 61,7 Mrd. Euro erreicht, knapp 3,0 Mrd. Euro weniger als im Vorquartal. Der Leistungsbilanzsaldo beziffert sich nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank kumuliert für das laufende Jahr bis September auf 198 Mrd. Euro (Ursprungszahl), rund 17,7 Mrd. Euro mehr als vor einem Jahr.

Außenhandel*

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sept.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik) Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	0,9	0,2	-1,5	3,6	-2,1
Einfuhr	-0,5	1,2	-1,6	2,7	-0,6
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik) Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	2,2	-0,3	-9,8	9,9	0,9
Eurozone	2,5	1,2	-6,0	8,8	2,3
EU Nicht-Eurozone	6,0	1,2	-8,8	11,8	2,2
Drittländer	0,0	-2,3	-13,4	9,8	-1,0
Einfuhr	0,1	-1,2	-6,5	5,2	-1,4
Eurozone	0,7	-1,2	-4,5	4,0	-2,2
EU Nicht-Eurozone	4,6	2,1	-4,7	7,8	3,8
Drittländer	-3,5	-3,1	-10,3	5,1	-3,6

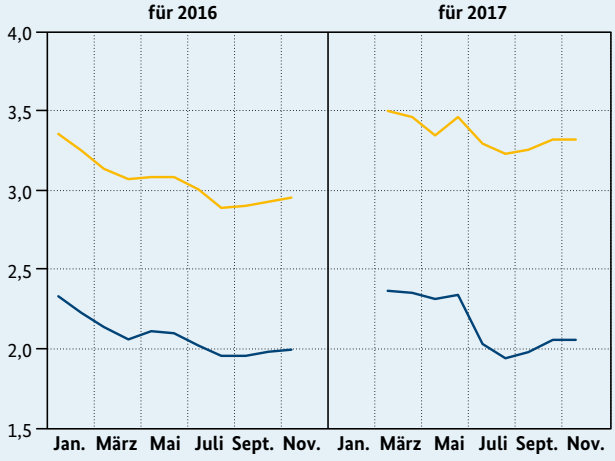
Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft deuten insgesamt auf eine leichte Exportbelebung hin. Die Bestellungen aus dem Ausland sind im September zwar leicht zurückgegangen, im Quartalsvergleich stiegen sie jedoch um 2,4 %. Ebenfalls erhöht haben sich im Oktober die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe. Einen Unsicherheitsfaktor für die zukünftige Exportperspektive Deutschlands stellen jedoch die handelspolitischen Intentionen des zukünftigen US-Präsidenten dar.

4 Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

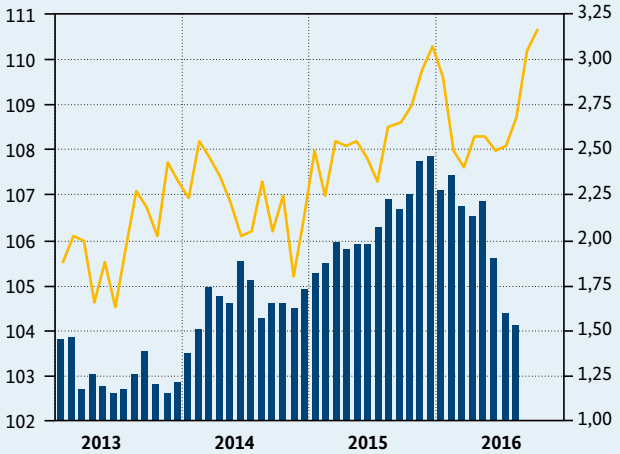
Entwicklung der Erwartungen des jährlichen Wachstums der Weltwirtschaft und der deutschen Absatzmärkte
(Veränderung des realen BIP gg. Vj. in %)



deutsche Absatzmärkte (gewichtet mit Exportanteilen)
Welt (gewichtet mit Purchasing-Power-Parity)

Quelle: Economist Poll of Forecasters, Macrobond, eigene Berechnungen

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Veränderung gegen Vorjahr in %, rechte Skala)
ifo Beschäftigungsbarometer (Index 2005 = 100, linke Skala)

Quellen: BA, ifo Institut

5. Arbeitsmarkt

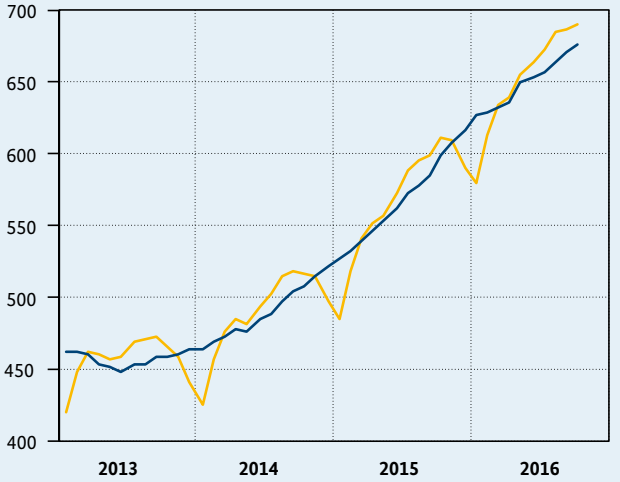
Die Beschäftigung stieg im September auf 43,78 Mio. Erwerbstätige. Ihre Dynamik hat sich leicht abgeschwächt.

Die Arbeitslosigkeit sank im Oktober leicht, unterstützt durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt setzt sich fort. Die Erwerbstätigkeit ist in diesem Jahr kontinuierlich gestiegen, wenn auch nach der aktuellen Datenrevision vor allem in den Sommermonaten nicht mehr so dynamisch wie zuvor ausgewiesen. Ein wesentlicher Grund ist, dass der Aufwärtstrend bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Juni und Juli unterbrochen wurde und sich im August nur gedämpft fortsetzte. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen war im Oktober saisonbereinigt leicht rückläufig. Gebremst wurde der Abbau durch den Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt, der aber vor allem durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgefangen wurde. Dies spiegelt sich in einer höheren Unterbeschäftigung wider. Die Nachfrage nach Arbeitskräften befindet sich weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

Den Frühindikatoren im Oktober zufolge bestehen die guten Aussichten für den Arbeitsmarkt fort. Das ifo Beschäftigungsbarometer stieg auf den zweithöchsten jemals gemessenen Wert. Nahezu alle Branchen suchen Mitarbeiter. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) signalisiert ebenfalls weiterhin sehr gute Beschäftigungsaussichten, wobei der Teilindikator ein wenig nachgab. Der zweite Teilindikator Arbeitslosigkeit verbesserte sich geringfügig und lässt einen moderaten Rückgang der Arbeitslosigkeit erwarten. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) – ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften – erreichte im Oktober einen neuen Rekordwert.

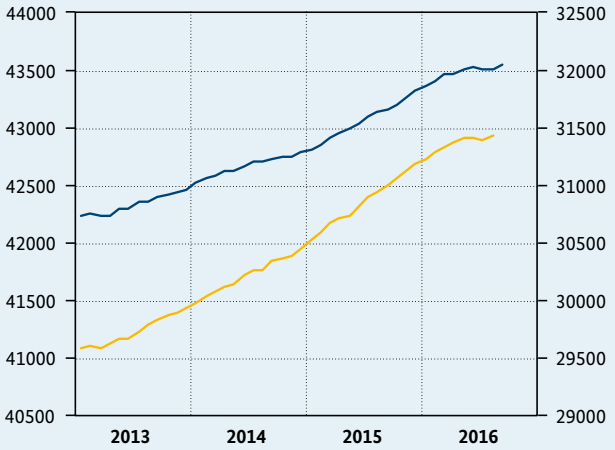
Gemeldete Arbeitsstellen
(in 1000)



Ursprung
saisonbereinigt

Quellen: BA, BBk

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
(in 1000, saisonbereinigt)



Quellen: BA, StBA, BBk

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)					
	Q2	**Q3**	**Aug.**	**Sept.**	**Okt.**
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,674	2,651	2,684	2,608	2,540
gg. Vorjahr in 1.000	-98	-108	-111	-100	-109
gg. Vorperiode in 1.000*	-30	-20	-7	0	-14
Arbeitslosenquote	6,1	6,0	6,1	5,9	5,8
Erwerbstätige (Inland)					
	Q2	**Q3**	**Juli**	**Aug.**	**Sept.**
in Mio.	43,5	43,7	43,6	43,6	43,8
gg. Vorjahr in 1.000	504	388	417	375	371
gg. Vorperiode in 1.000*	88	24	-15	4	29
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte					
	Q1	**Q2**	**Juni**	**Juli**	**Aug.**
in Mio.	31,1	31,3	31,4	31,2	31,5
gg. Vorjahr in 1.000	-226	278	582	490	474
gg. Vorperiode in 1.000*	161	106	-10	-14	34

Quellen: BA, StBA, BBk

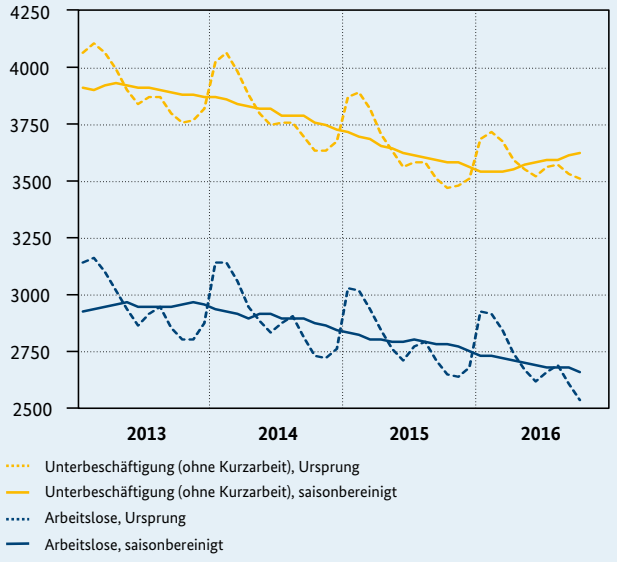
* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die Erwerbstätigkeit ist nach der aktuellen Datenrevision in den Sommermonaten nicht mehr ganz so dynamisch gestiegen wie zuvor ausgewiesen. Im September erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Inland gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt mit 29.000 Personen aber wieder stärker. In Ursprungszahlen stieg sie auf 43,78 Mio. Erwerbstätige. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 0,9 % zu.

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit ist grundsätzlich vor allem auf die in der Tendenz steigende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückzuführen. Der Aufwärtstrend war jedoch im Juni (-10.000) und Juli (-14.000) unterbrochen und setzte sich im August (+34.000) gedämpft fort. Diese Entwicklungen zeigten sich insbesondere in Teilen des Verarbeitenden Gewerbes, dem Handel und bei den Finanzdienstleistern. Da die Frühindikatoren positive Signale senden, dürfte sich der Aufwärtstrend bei der Beschäftigung aber fortsetzen. Nach den Ursprungszahlen lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bei 31,46 Mio. Personen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von 1,5 %.

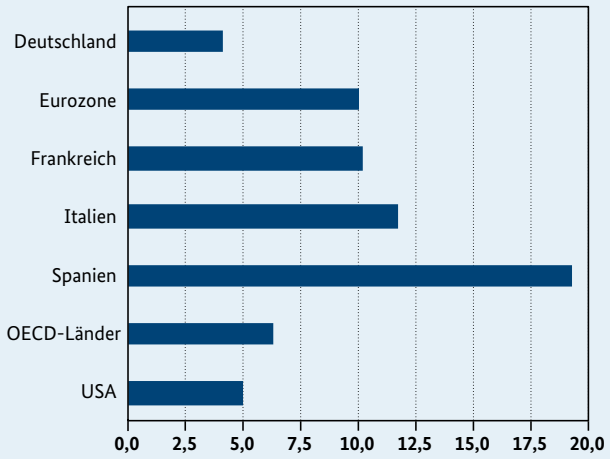
Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im Oktober saisonbereinigt um 13.000 Personen, nach einer unveränderten Arbeitslosigkeit im Vormonat. Ihre Entwicklung wurde im Oktober, wie in den Vormonaten, vom Anstieg entlastender arbeitsmarkpolitischer Maßnahmen unterstützt. Zugenommen haben im Vorjahresvergleich insbesondere Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sowie Integrationskurse beim BAMF, die Flüchtlingen zugute kommen. Nach Ursprungszahlen sank die Arbeitslosigkeit jahreszeitlich bedingt um 68.000 auf 2,54 Mio. Personen. Der Vorjahresstand wurde um 109.000 Personen unterschritten. Die Arbeitslosigkeit von Personen aus den acht wichtigsten nicht-europäischen Asylzugangsländern nahm

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
(in 1000)



Quellen: BA, IAB, BBk

Internationale Erwerbslosenquoten
(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: September 2016)



Quelle: Eurostat

im Oktober gegenüber dem Vorjahr um 106 % auf 171.000 Personen zu. Die Arbeitslosenquote insgesamt sank auf 5,8 %.

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote lag im September erneut bei 4,1 %. Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, belief sich im Oktober auf 3,51 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Unterbeschäftigung um 34.000 Personen an. Auch gegenüber dem Vormonat nahm sie saisonbereinigt zu (+11.000 Personen). Der leichte Anstieg begann im März.

6. Preise

Der Rohölpreis stabilisiert sich auf niedrigem Niveau.

Die Einfuhr-, Erzeuger- und Verbraucherpreise zogen im dritten Quartal 2016 an. Insgesamt bleibt das Preisklima ruhig.

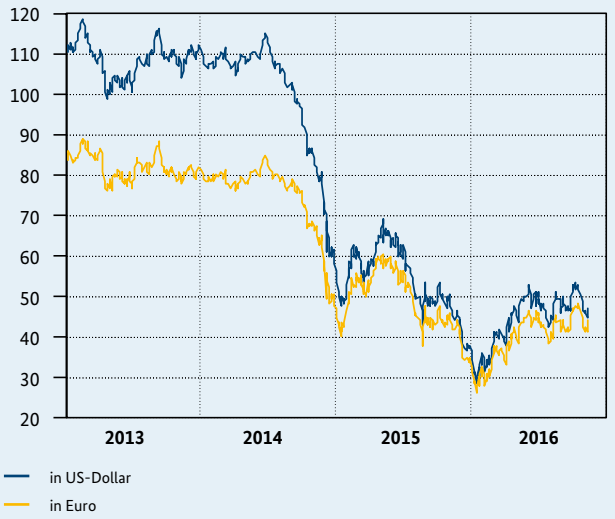
Die Preisentwicklung in Deutschland verläuft sehr gemäßigt, auch wenn die Preise zuletzt im dritten Jahresviertel auf allen Wirtschaftsstufen etwas anzogen. Da die im Vorjahresvergleich dämpfenden Effekte der Energiepreise sukzessive auslaufen, dürfte sich der moderate Anstieg in den kommenden Monaten fortsetzen.

Der Rohölpreis konnte nach einer viermonatigen Erholung im Frühjahr 2016 seinen Aufwärtstrend zur Jahresmitte nicht mehr fortsetzen. Seit Juli 2016 bewegt er sich bei leichten Schwankungen seitwärts. Zuletzt notierte der Rohölpreis mit knapp 45 US-Dollar je Barrel nur geringfügig über Vorjahresniveau (43 US-Dollar). Nach wie vor herrscht ein Überangebot auf dem globalen Ölmarkt, aufgrund einer deutlich gestiegenen OPEC-Produktion sowie einer Ausweitung der Ölproduktion in Russland.

Die Einfuhrpreise stiegen im September gegenüber August geringfügig um 0,1 %. Während sich Strom, Mineralölerzeugnisse und Steinkohle verteuerten, konnten Erdgas und Rohöl im Vergleich zum Vormonat günstiger bezogen werden. Der Vorjahresabstand bei den Einfuhrpreisen ging im September weiter auf -1,8 % zurück. Bleibt die Energie, die sich im Jahresvergleich um 9,6 % verbilligte, außen vor, sanken die Importpreise nur um 0,9 %.

Im Auslandsabsatz hielten die deutschen Exporteure ihre Preise im September im Vergleich zum Vormonat stabil. Binnen Jahresfrist sanken die Ausfuhrpreise mit einer Rate von -0,6 %, vor allem weil die Preise für Energie und Vorleistungsgüter zurückgingen. Im dritten Quartal stiegen die Ausfuhrpreise gegenüber dem Vorquartal um 0,3 %; zum Vorjahresquartal sanken sie um 1,0 %. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) verbesserte sich aus deut-

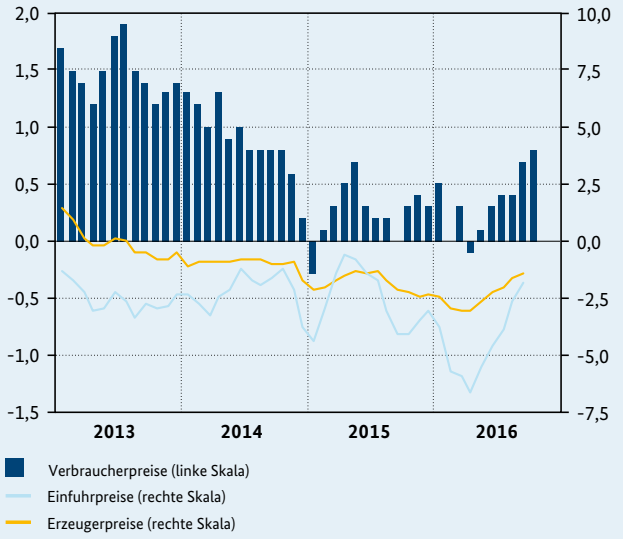
Rohölpreis der Sorte Brent
(je Barrel)



Quelle: Macrobond

scher Sicht im September 2016 mit +1,2 % gegenüber dem Vorjahreswert weiter, jedoch weniger stark als in den Vormonaten. Verantwortlich hierfür ist im Wesentlichen der starke Ölpreisrückgang Ende 2015 und Anfang 2016. Im kommenden Jahr dürfte sich dieser Effekt voraussichtlich umkehren.

Preisentwicklung
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Quelle: StBA

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Sept.	**Okt.**	**Sept.**	**Okt.**
Insgesamt	0,1	0,2	0,7	0,8
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,0	0,1	1,2	1,2
Nahrungsmittel	0,1	0,1	0,4	0,0
Bekleidung und Schuhe	6,3	1,7	-0,4	1,0
Wohnung, Betriebskosten	0,2	0,3	0,2	0,5
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-3,1	-0,6	1,1	0,5
Pauschalreisen	-12,0	-3,4	-0,8	-1,6
Energie	0,7	1,5	-3,6	-1,4
Haushaltsenergie	0,2	1,0	-3,7	-2,3
Gas	-0,3	-0,8	-3,2	-3,9
Heizöl	2,6	11,2	-12,5	-1,4
Kraftstoffe	1,5	2,4	-3,5	0,4
Dienstleistungen	-0,6	-0,1	1,3	1,3
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,2	0,3	-	-

Quellen: StBA, BBk

Im Inland sanken die Erzeugerpreise im September den zweiten Monat in Folge. Sie verbilligten sich in erster Linie aufgrund gesunkener Energiepreise um insgesamt 0,2 %. Auf Jahressicht sanken die Preise für gewerbliche Produkte um 1,4 %, wobei die Produzentenpreise für Konsum- und Investitionsgüter etwas höher waren. Die Preise für Energie (-5,2 %) und Vorleistungsgüter (-1,2 %) ermäßigten sich dagegen. Im dritten Quartal stiegen die Preise zum Vorquartal in allen Hauptgruppen, insgesamt um 0,5 %.

Die Verbraucherpreise erhöhten sich von September auf Oktober um 0,2 %. Der leichte Anstieg im Vergleich zum Vormonat ging vor allem auf saisonbedingte Preiserhöhungen bei Bekleidung und Schuhen zurück. Hier spielte die Umstellung auf die neue Winterkollektion und das Auslaufen von Rabattaktionen im Einzelhandel eine Rolle. Teurer wurden im Oktober außerdem Kraftstoffe und mit Beginn der Heizperiode auch Heizöl. Preissenkungen gab es nach der Haupturlaubszeit bei Pauschalreisen. Die jährliche Teuerungsrate stieg im Oktober auf 0,8 %. Der aktuelle Anstieg ist zugleich der stärkste seit zwei Jahren. Insbesondere Dienstleistungen (z. B. Mieten) erhöhten sich überdurchschnittlich. Weiterhin rückläufig, wenn auch deutlich abgeschwächter als in den Vormonaten, blieben die Energiepreise (-1,4 %). Die Kerninflationsrate verharrte im Oktober unverändert bei 1,2 %.

7. Monetäre Entwicklung

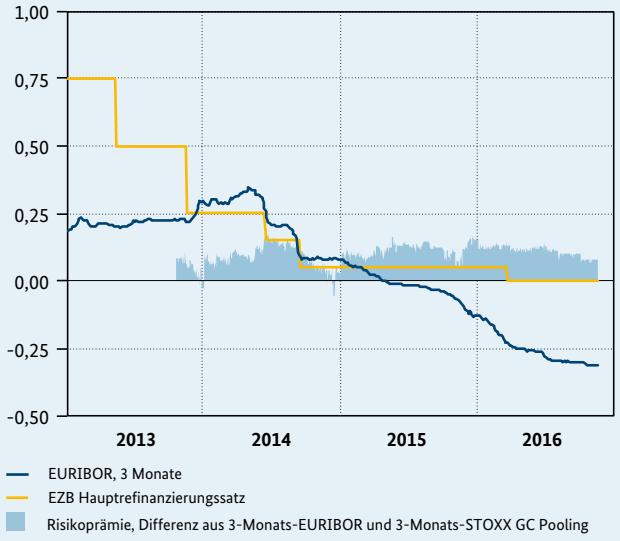
Die Kreditentwicklung im Euroraum erholt sich weiter.

Die Anleihezinsen steigen nach der Wahl in den Vereinigten Staaten.

Die Europäische Zentralbank (EZB) verfolgt weiterhin eine expansive Geldpolitik. Seit Mitte März 2016 liegt der Hauptrefinanzierungssatz unverändert bei 0,0 %. Für die Einlagefazilität fällt seitdem ein Negativzins in Höhe von -0,4 % an.

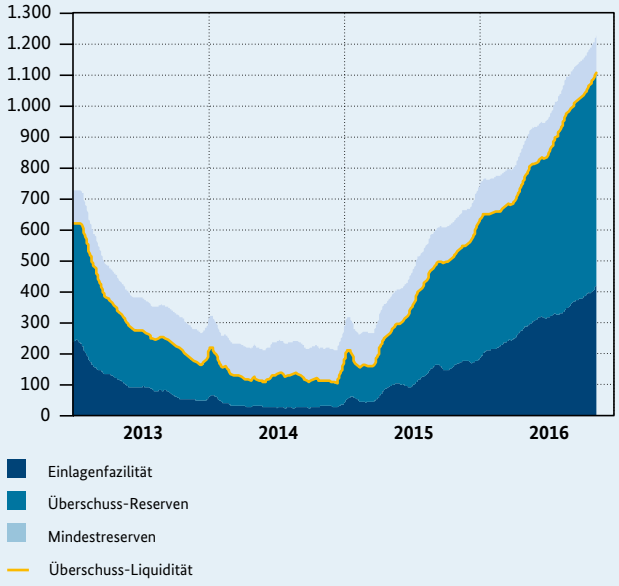
Der besicherte Interbankenzins liegt bei -0,4 %. Der unbesicherte Interbankenzins ist etwas weniger negativ und liegt bei -0,3 %. Zusätzliche Liquidität soll der Markt zudem durch die geldpolitischen Sondermaßnahmen der EZB im Rahmen des Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (EAPP) erhalten, das bislang bis mindestens März 2017 geplant ist. Seit März 2016 beläuft sich das monatliche Volumen des Ankaufprogramms auf 80 Mrd. Euro und wurde somit um monatlich rund 20 Mrd. Euro erhöht.

Geldmarktsätze in der Eurozone
(in %)



Quelle: Macrobond

Liquidität im Eurobankensystem
(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



Quellen: EZB, Macrobond

Die Bilanz der EZB hat sich durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,03 auf 3,53 Billionen Euro Mitte November ausgeweitet. Im Zuge des Ankaufprogramms der EZB steigt die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität weiter an. Während diese im April bei 752 Mrd. Euro lag, beziffert sie sich im Oktober auf 1.074 Mrd. Euro.

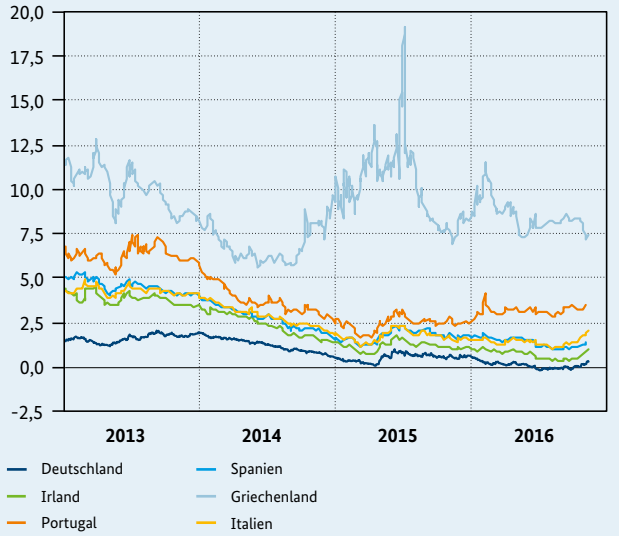
Im Zuge der amerikanischen Präsidentschaftswahl sind an den Finanzmärkten Spekulationen über eine stärker als erwartete Anhebung der Zinsen in den USA aufgekommen.

EZB Bilanzsumme
(in Bio. Euro)

Quellen: EZB, Macrobond

Derzeit liegen die Renditen für zehnjährige deutsche Staatsanleihen bei 0,3 %. Vor einem Monat lag die Rendite noch bei 0 %. Trotz des Anstiegs der Zinsen für deutsche Staatsanleihen bleibt die Zinsdifferenz innerhalb des Euroraums bestehen. Während für französische Staatsanleihen der Zins ebenfalls aktuell nur bei 0,82 % liegt, beträgt die Rendite für zehnjährige portugiesische Anleihen 3,5 %, für spanische

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen
(Tageswerte in %)



Quelle: Macrobond

Anleihen 1,5 % und für italienische 2,1 %. Auch die Zinsen für Unternehmensanleihen sind leicht gestiegen. Aktuell liegen die Unternehmensanleihen mit bester Bonität bei 0,4 %.

Die amerikanische Notenbank hatte im Dezember 2015 zuletzt die Zinsen auf 0,5 % angehoben. Nach der US-Präsidentschaftswahl wurde von den Märkten eine stärkere Zinsanhebung für möglich gehalten. So haben sich die Zinsen für zehnjährige amerikanische Staatsanleihen von 1,8 % auf 2,2 % erhöht.

Der Euro hat nach der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten gegenüber dem US-Dollar deutlich abgewertet und notiert aktuell ca. 2 % unter dem Stand des Vormonats. Auch hier dürfte die Erwartung höherer Zinsen in den Vereinigten Staaten eine Rolle spielen. Die deutliche Abwertung des Pfundes gegenüber dem Euro seit dem Brexit wurde im November teilweise korrigiert, sodass der Euro 4,3 % gegenüber dem Pfund abwertete. Auch der real effektive Wechselkurs Deutschlands wertete im Oktober leicht um 0,2 % ab.

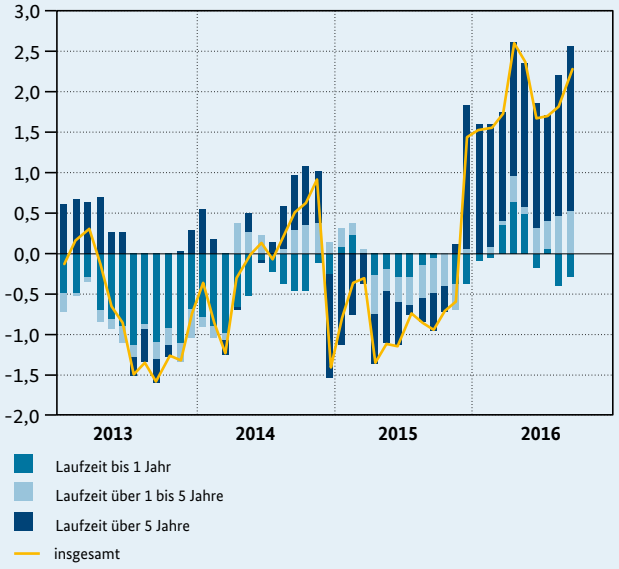
Die Vergabe von Unternehmenskrediten folgt mit zeitlicher Verzögerung dem Wirtschaftswachstum. Nachdem die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften bis November 2014 im Vorjahresvergleich rückläufig war, haben die Bestände seit Dezember wieder zugenommen. Im September 2016 lagen die Buchkredite 2,3 % über dem Niveau des Vorjahres.

Die moderate Steigerung der Buchkredite entspricht den Ergebnissen des Bank Lending Surveys der EZB von Oktober 2016, die den Banken in Deutschland eine geringfügig steigende Kreditnachfrage der Unternehmen sowie eine weitere Senkung der Kreditstandards attestieren.

Die Kreditvergabe an private Haushalte expandiert deutlich dynamischer und nahm im September um 3,0 % gegenüber dem Vorjahr zu. Die wichtigste Triebfeder blieb die Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,8 %), die durch das sehr niedrige Zinsniveau begünstigt wird.

Auch die Kreditvergabe im Euroraum konnte sich weiter erholen. Im September war das Kreditvolumen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften 1,9 % höher als im Vorjahr. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg um 1,8 %. Gemäß dem Bank Lending Survey gehen die Banken im Euroraum auch für das vierte Quartal von einer ansteigenden Kreditnachfrage aus.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland
(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Quelle: BBk

Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums verringerte sich tendenziell weiter. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland haben im Mittel 1,0 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen als deutsche Unternehmen. Anfang 2013 lag dieser Abstand noch bei 2,4 Prozentpunkten.

Der Anstieg der Geldmenge M3 des Euroraums setzt sich auch im August fort. Im Dreimonatsdurchschnitt liegt die Jahresrate für August bei 5,0 %. Der Anstieg geht wie im vorherigen Monat vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist Stand August angesichts des EAPPs der EZB um 8,9 % gestiegen ist. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7 % betragen.

III.
Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung[1]

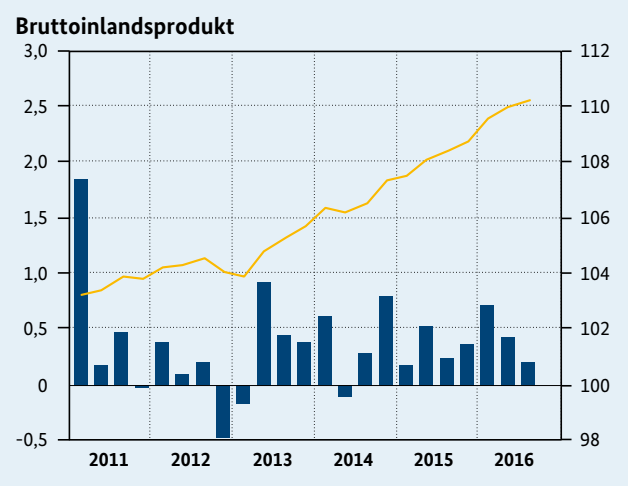
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %[2]										
	2014				2015				2016		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,6	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2
Inländische Verwendung	+ 0,9	+ 0,3	- 0,5	+ 1,0	+ 0,3	0,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	- 0,2	-
Private Konsumausgaben[3]	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	-
Konsumausgaben des Staates	- 0,2	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,6	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,2	- 1,1	- 0,9	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,7	+ 1,7	- 1,5	-
Ausrüstungen	+ 0,6	+ 1,5	- 2,5	+ 2,4	- 0,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,2	- 2,4	-
Bauten	+ 3,2	- 3,5	- 0,2	+ 0,6	+ 0,9	- 1,3	- 0,3	+ 2,0	+ 2,3	- 1,6	-
Sonstige Anlagen	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,4	- 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,7	-
Exporte	- 0,3	+ 0,6	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,6	0,0	- 0,7	+ 1,6	+ 1,2	-
Importe	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,1	+ 2,7	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,3	- 0,1	-
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten[4]											
Inländische Verwendung	+ 0,8	+ 0,3	- 0,5	+ 0,9	+ 0,3	0,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,5	- 0,2	-
Private Konsumausgaben[3]	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	-
Konsumausgaben des Staates	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,4	- 0,2	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3	-
Ausrüstungen	0,0	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	-
Bauten	+ 0,3	- 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	-
Sonstige Anlagen	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Vorratsveränderung[5]	+ 0,3	+ 0,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,1	- 0,5	+ 0,3	+ 0,1	- 0,3	- 0,1	-
Außenbeitrag	- 0,2	- 0,4	+ 0,8	- 0,2	- 0,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,6	+ 0,3	+ 0,6	-

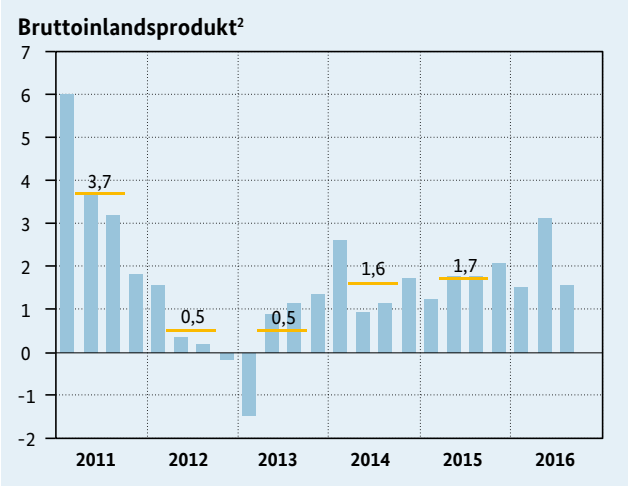
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %[6]										
							2015		2016		
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,5	+ 3,1	+ 1,5
Inländische Verwendung	+ 3,0	+ 2,9	- 0,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,8	-
Private Konsumausgaben[3]	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,4	-
Konsumausgaben des Staates	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,4	+ 3,9	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5,4	+ 7,2	- 0,7	- 1,1	+ 3,4	+ 1,7	+ 1,7	+ 4,1	+ 2,9	+ 4,4	-
Ausrüstungen	+10,9	+ 6,8	- 3,2	- 2,1	+ 5,5	+ 3,7	+ 4,4	+ 6,4	+ 4,0	+ 4,4	-
Bauten	+ 3,2	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 1,9	+ 0,3	+ 0,1	+ 3,1	+ 2,4	+ 5,1	-
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 4,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,7	-
Exporte	+14,5	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,9	+ 4,1	+ 5,2	+ 4,9	+ 3,6	+ 1,6	+ 4,9	-
Importe	+12,9	+ 7,0	- 0,1	+ 3,1	+ 4,0	+ 5,5	+ 6,0	+ 5,0	+ 3,1	+ 4,5	-

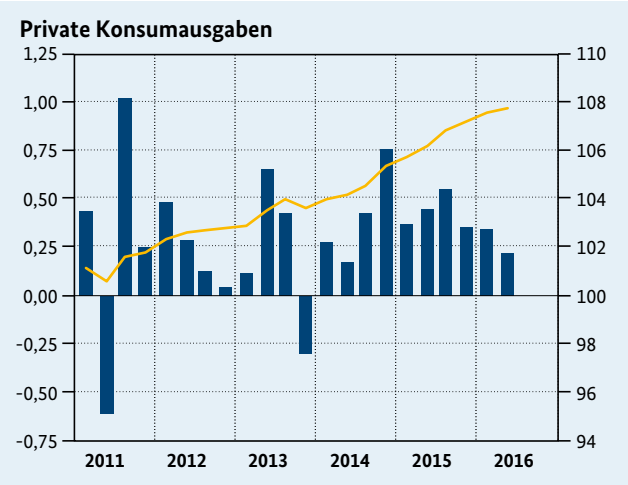
Quelle: Statistisches Bundesamt.

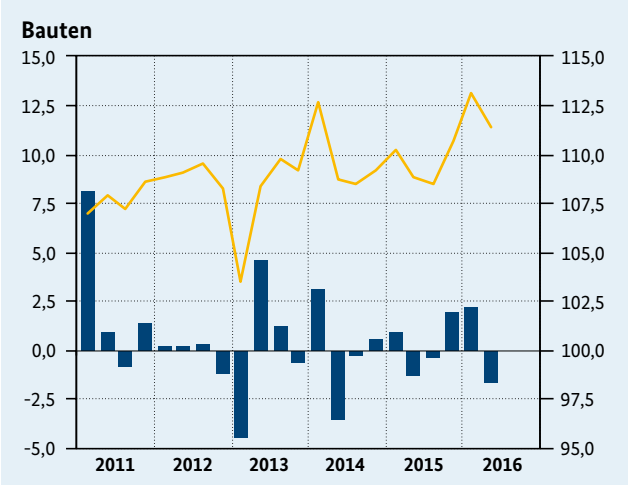
1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

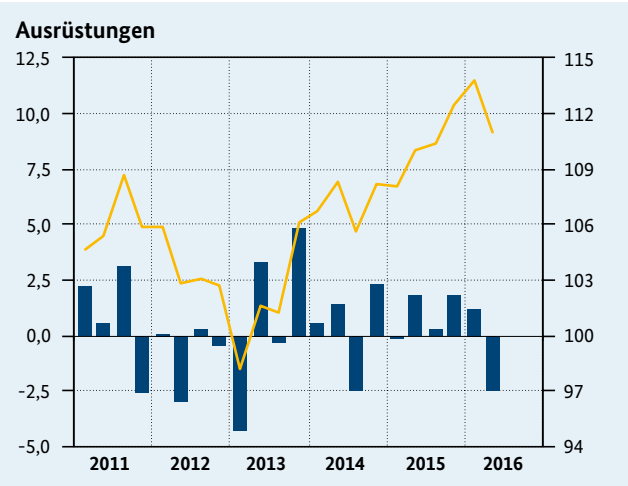
1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten[1]

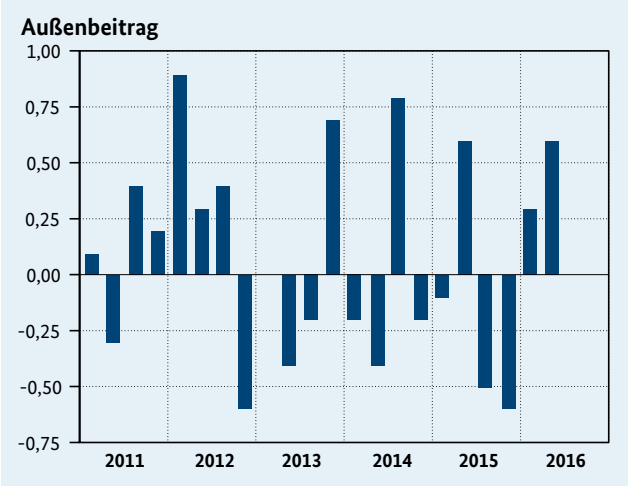












Kettenindex (rechte Skala)
Veränderung gegen Vorquartal in %, Außenbeitrag: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (linke Skala)
Veränderung gegen Vorjahr in %, gelber Balken = Jahresdurchschnitte

Quelle: Statistisches Bundesamt.
1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

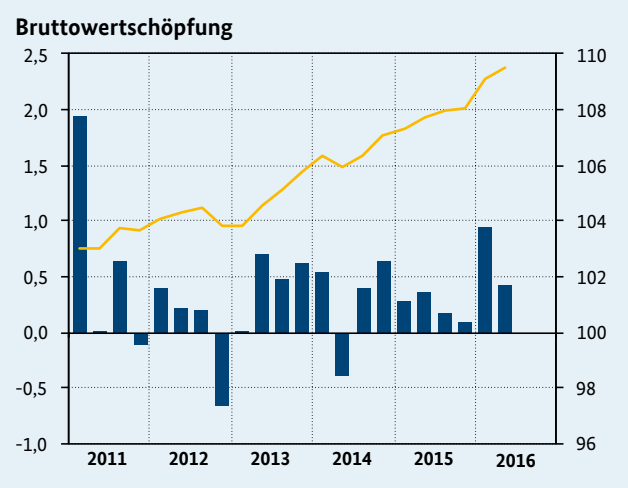
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % [1]										
	2014				2015				2016		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[2]											
Bruttowertschöpfung	+ 0,5	- 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	-
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 3,1	- 0,3	+ 0,4	+ 1,0	- 0,6	+ 0,9	+ 0,3	- 0,5	+ 1,1	- 0,1	-
Baugewerbe	+ 2,1	- 2,9	- 0,6	- 0,7	+ 2,1	- 1,6	- 0,7	+ 1,1	+ 2,6	- 0,6	-
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,6	- 0,3	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 1,2	+ 0,2	-
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 3,0	- 2,4	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,4	- 1,1	+ 3,0	- 0,1	-
Unternehmensdienstleister	+ 1,2	- 0,4	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,9	-
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	- 0,4	0,0	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,5	-

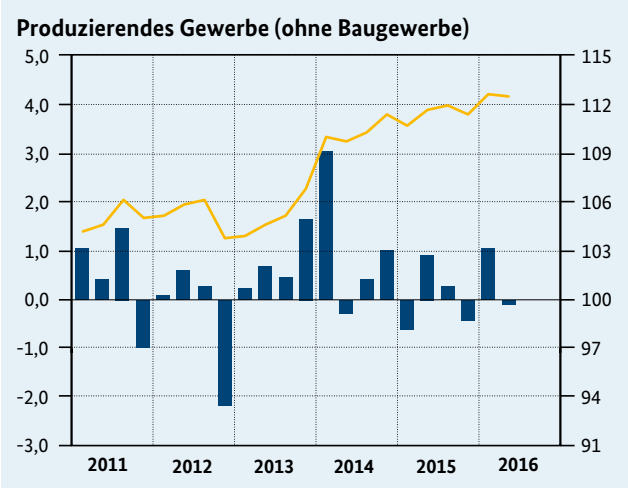
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % [9]										
							2015		2016		
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	-
Private Konsumausgaben	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	-
Kennzahlen											
Erwerbstätige[3]	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,9
Arbeitsvolumen[4]	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 0,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,2	+ 3,3	-
Arbeitsproduktivität[5]	+ 3,8	+ 2,3	- 0,7	- 0,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,9	-
Lohnkosten je Arbeitnehmer[6]	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,9	-
Lohnstückkosten[7]	- 1,1	+ 0,7	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,3	0,0	-
verfügbares Einkommen[8]	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2	+ 2,3	+ 3,0	-
Terms of Trade	- 2,3	- 2,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2	-

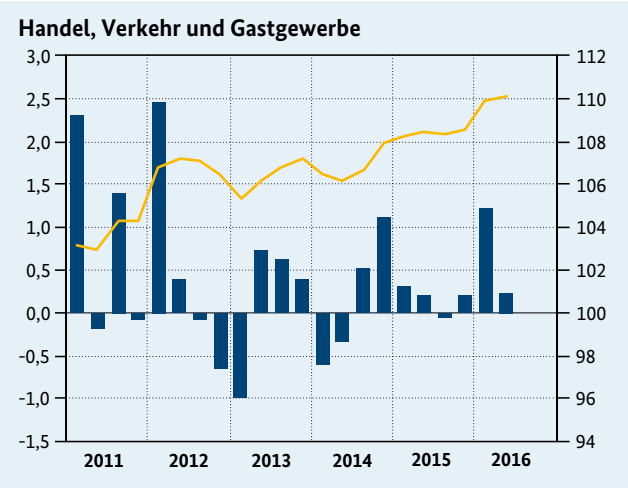
Prognose Bruttoinlandsprodukt[9]		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		**Stand**	**2016**	**2017**
EU	Europäische Kommission	11/2016	+ 1,9	+ 1,5
Bundesregierung	Herbstprojektion	10/2016	+ 1,8	+ 1,4
IWF	Internationaler Währungsfonds	10/2016	(+ 1,7)[a]	(+ 1,4)[a]
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	09/2016	+ 1,9	+ 1,0
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut	09/2016	+ 1,9	+ 1,4
IfW	Institut für Weltwirtschaft	09/2016	+ 1,9	+ 1,7
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	09/2016	+ 1,9	+ 1,4
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	09/2016	+ 1,9	+ 1,2
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	09/2016	+ 1,8	+ 1,5
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	09/2016	+ 1,9	+ 1,4
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	06/2016	+ 1,8	+ 1,6

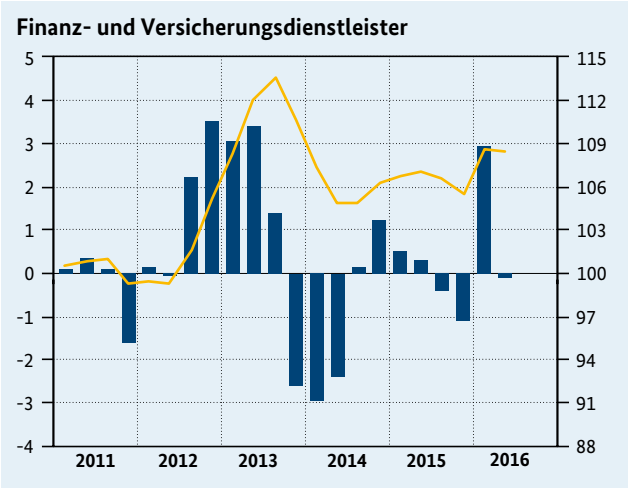
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.
1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern;
3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen;
6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen;
a Kalenderbereinigte Werte.

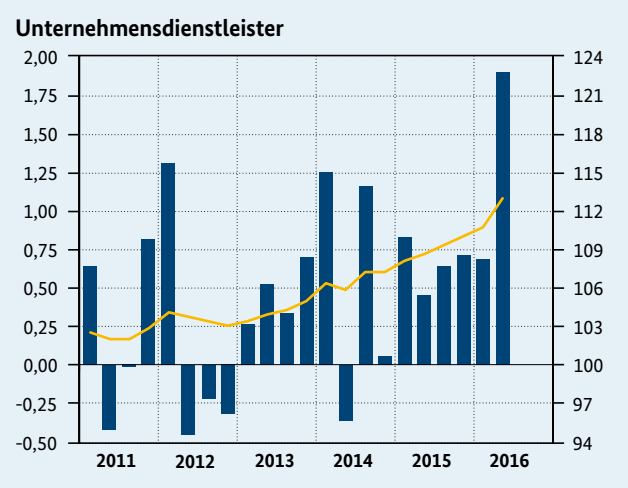
1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[1]

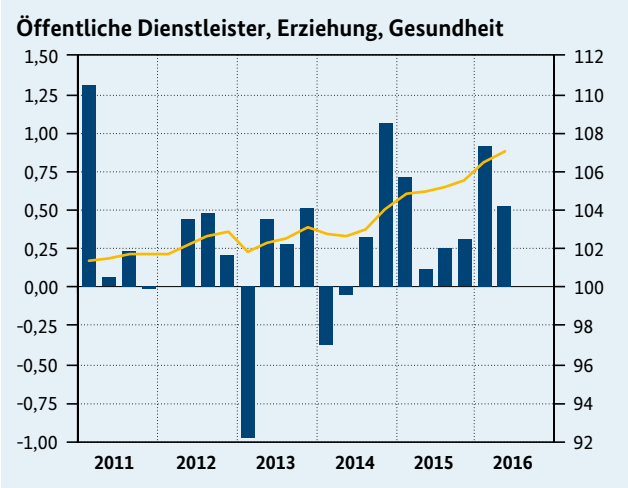










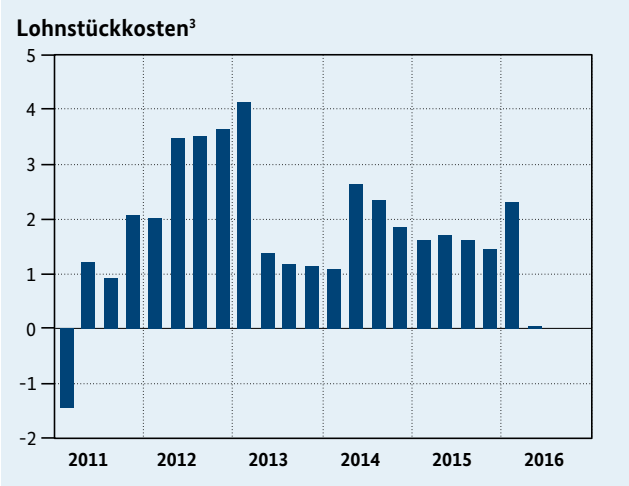


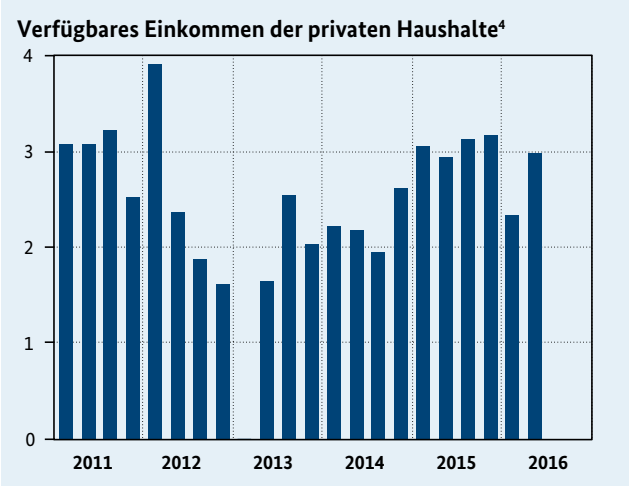
Kettenindex (rechte Skala)
Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

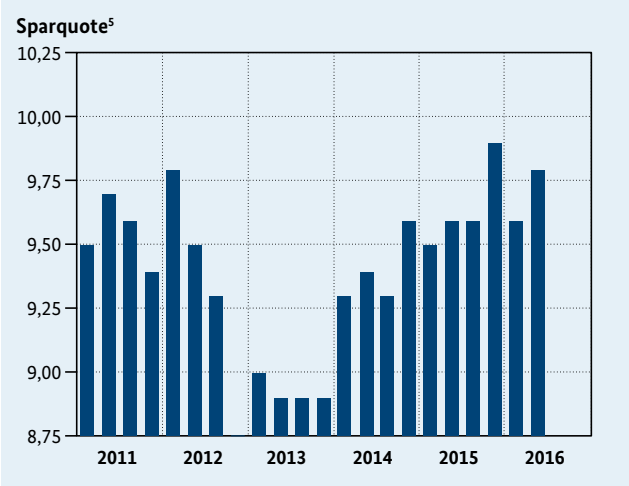
Quelle: Statistisches Bundesamt.

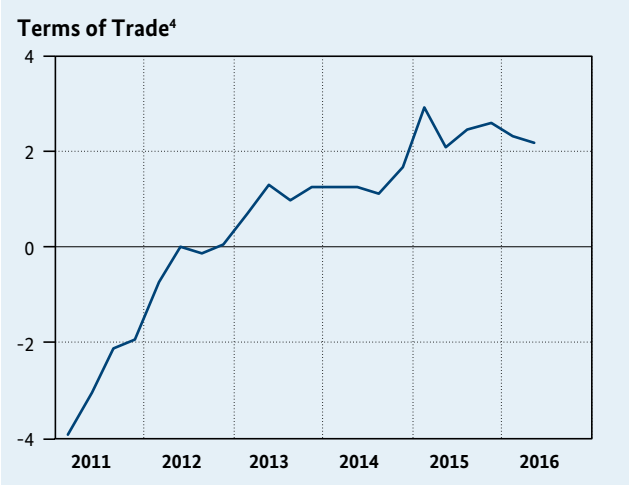
1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

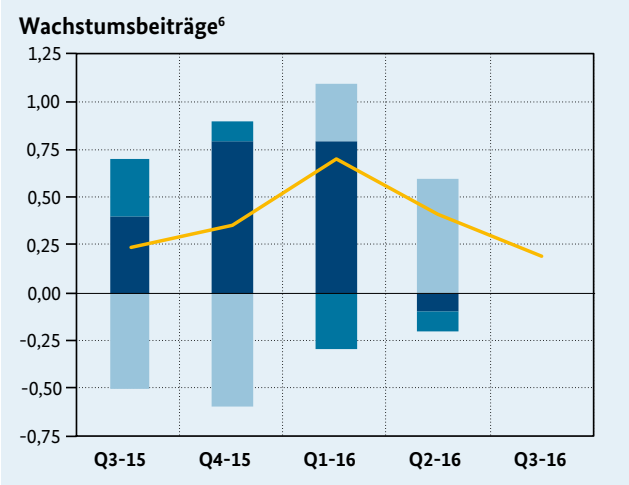
1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen[1]











Veränderung gegen Vorjahr in %

Außenbeitrag
Vorratsveränderungen
Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.
1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;
3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2013	2014				2015				2016		
	2012	2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt [1]	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2
Eurozone (EZ 19)[2]	- 0,9	- 0,3	+ 1,2	+ 2,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3
Europäische Union (EU 28)[3]	- 0,5	+ 0,2	+ 1,6	+ 2,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4
Japan	+ 1,7	+ 1,4	0,0	+ 0,6	- 0,1	+ 1,3	- 2,0	- 0,7	+ 0,6	+ 1,2	- 0,3	+ 0,4	- 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,5
USA	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,0	- 0,3	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7
China	+ 8,1	+ 7,7	+ 7,2	+ 6,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,8
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP[4]															
Deutschland	+ 7,1	+ 6,8	+ 7,4	+ 8,4	+ 7,6	+ 7,1	+ 6,7	+ 8,0	+ 7,7	+ 8,2	+ 8,2	+ 9,1	+ 8,2	+ 9,7	+ 9,1	+ 8,3
Eurozone (EZ 19)[2]	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,5	-
Europäische Union (EU 28)[3]	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,5	-
Japan	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 3,3	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0
USA	- 2,7	- 2,2	- 2,2	- 2,5	- 1,9	- 2,2	- 2,2	- 2,2	- 2,4	- 2,6	- 2,5	- 2,7	- 2,5	- 2,9	- 2,6	-
China	+ 2,5	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4

				2015			2016									
	2013	2014	2015	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Arbeitslosenquoten[5]	in %															
Deutschland	5,2	5,0	4,6	4,5	4,4	4,4	4,4	4,3	4,3	4,3	4,2	4,2	4,2	4,2	4,1	-
Eurozone (EZ 19)[2]	12,0	11,6	10,9	10,6	10,5	10,5	10,4	10,3	10,2	10,1	10,1	10,1	10,0	10,0	10,0	-
Europäische Union (EU 28)[3]	10,9	10,2	9,4	9,1	9,0	9,0	8,9	8,9	8,7	8,7	8,6	8,6	8,6	8,5	8,5	-
Japan	4,0	3,6	3,4	3,2	3,3	3,3	3,2	3,3	3,2	3,2	3,2	3,1	3,0	3,1	3,0	-
USA	7,4	6,2	5,3	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9	5,0	5,0	4,7	4,9	4,9	4,9	5,0	4,9
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	-	-	-	-
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7
Eurozone (EZ 19)[2]	+ 1,4	+ 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5
Europäische Union (EU 28)[3]	+ 1,5	+ 0,6	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	-
Japan	+ 0,3	+ 2,8	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,5	-
USA	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	-
China	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

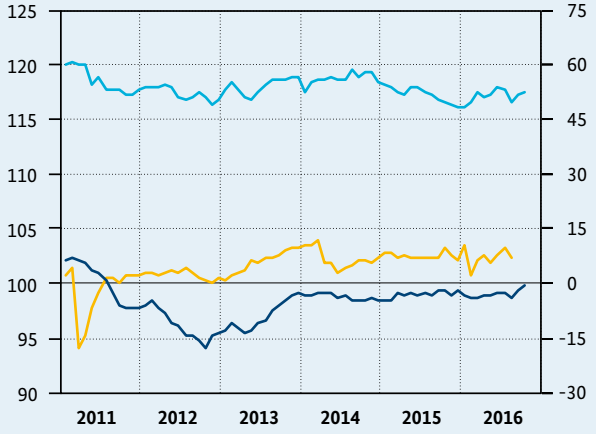
				2015	2016			2016					
	2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Welt													
OECD & major six CLI[1]	100,1	100,2	99,7	99,4	99,4	99,5	99,7	99,6	99,7	99,7	99,8	-	-
CPB Welt Industrieproduktion[2]	109,4	112,8	114,8	115,4	115,6	116,2	-	116,7	116,3	116,8	-	-	-
CPB Welthandel[2]	109,6	112,6	114,7	115,3	115,0	114,1	-	114,7	113,5	115,2	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4837	4642	2852	2429	2037	2311	2235	2385	2156	2195	2286	2251	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie[3]	- 9,0	- 3,8	- 3,1	- 2,4	- 3,8	- 3,4	- 2,9	- 2,8	- 2,6	- 4,3	- 1,8	- 0,6	-
Industrieproduktion[4]	101,5	103,3	105,0	106,1	107,1	106,8	107,3	107,0	106,2	108,4	107,3	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,0	2,0	1,2	1,2	1,0	0,9	0,6	0,8	0,6	0,6	0,6	0,7	-
Konsumentenvertrauen[5]	-18,8	-10,2	- 6,2	- 6,4	- 8,3	- 7,8	- 8,2	- 7,2	- 7,9	- 8,5	- 8,2	- 8,0	-
USA													
Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe[6]	53,8	55,6	51,3	48,6	49,8	51,8	51,2	53,2	52,6	49,4	51,5	51,9	-
Industrieproduktion[7]	101,9	104,9	105,2	104,6	104,1	103,9	104,4	104,2	104,6	104,5	104,2	104,3	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,3	2,5	2,1	2,2	1,9	1,8	1,6	1,6	1,5	1,6	1,6	1,8	-
Konsumentenvertrauen[8]	73,2	86,9	98,0	96,0	96,0	94,8	100,7	97,4	96,7	101,8	103,5	98,6	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index[9]	102,0	102,2	102,5	102,6	102,0	102,4	-	102,6	103,2	102,3	-	-	-
Industrieproduktion[10]	97,0	99,1	97,9	97,1	96,1	96,2	97,6	96,8	96,5	97,8	98,4	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,7	0,5	0,3	0,3	0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	0,0
Konsumentenvertrauen[11]	43,6	39,3	41,3	42,2	41,4	41,2	42,1	41,8	41,3	42,0	43,0	42,3	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie[12]	50,8	50,7	49,9	49,7	49,5	50,1	50,2	50,0	49,9	50,4	50,4	51,2	-
Industrieproduktion[13]	+ 9,7	+ 8,3	+ 6,1	+ 5,9	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,2	+ 6,0	+ 6,3	+ 6,1	+ 6,1	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,9	4,2	3,4	3,0	2,8	2,9	2,8	2,8	-	2,7	2,7	2,7	-
Konsumentenvertrauen[14]	101,2	104,4	105,9	103,9	102,8	101,2	105,7	102,9	106,8	105,6	104,6	-	-

Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
2 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
7 Index 2012 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
9 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

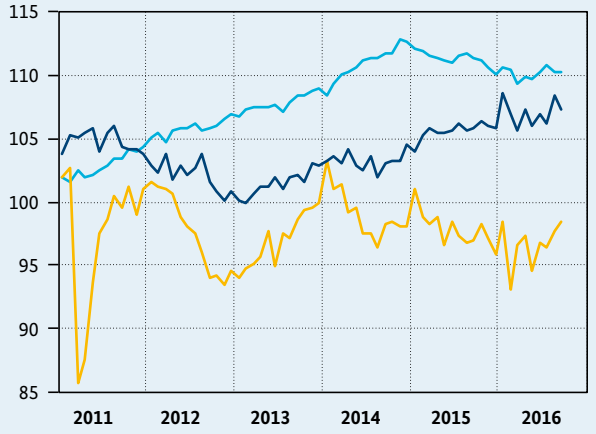
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren

Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe



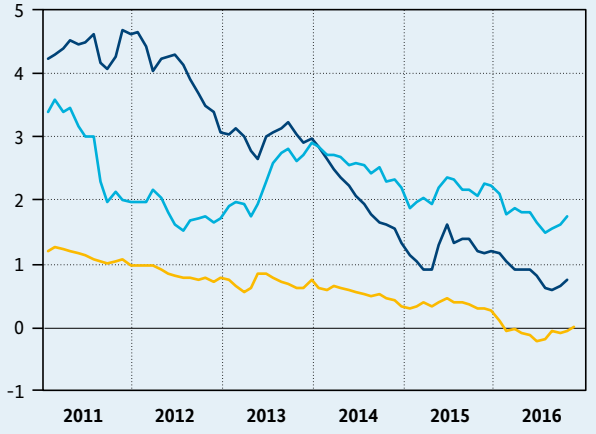
USA-Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala) [1]
Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala) [2]
Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala) [3]

Industrieproduktion



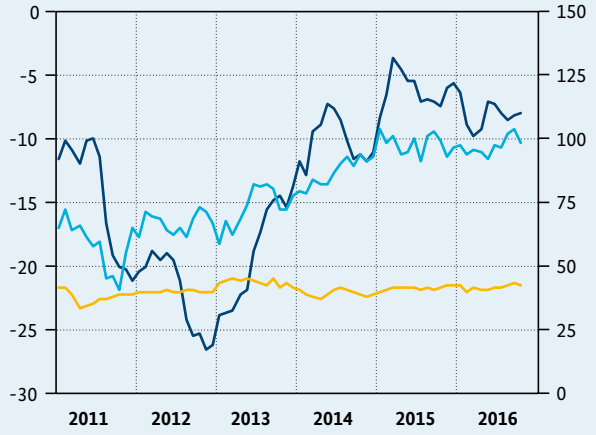
Eurozone [6]
USA [4]
Japan [5]

Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen (in %)



Eurozone
USA
Japan

Konsumklima



Eurozone (linke Skala) [9]
USA (rechte Skala) [7]
Japan (rechte Skala) [8]

Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
2 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

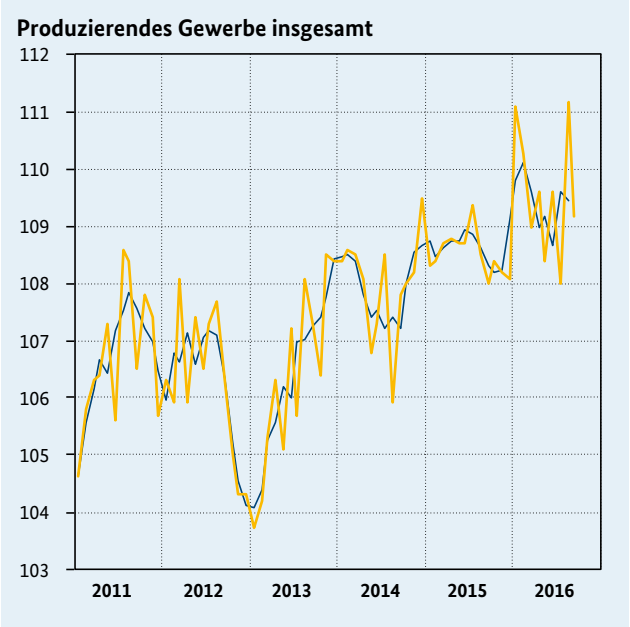
Bundesrepublik Deutschland

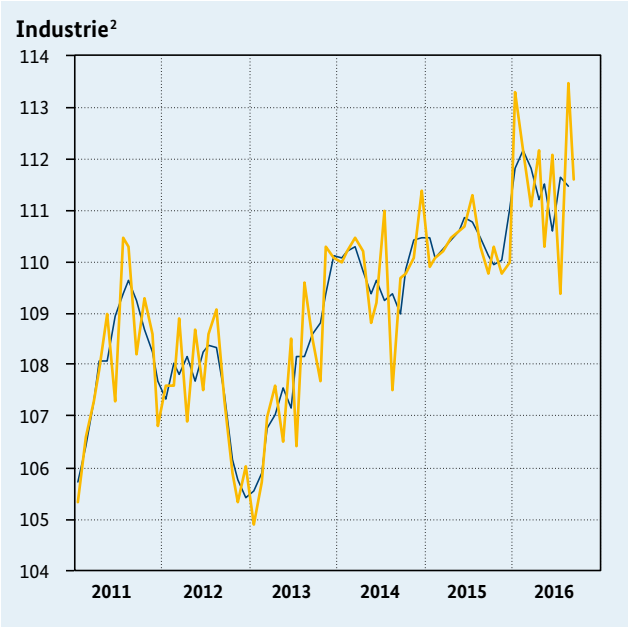
					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Arpil	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Produktion [1]														
Produzierendes Gewerbe	Index	106,4	108,0	108,5	108,2	110,1	109,2	109,5	109,6	108,4	109,6	108,0	111,2	109,2
	gg. Vp. in %	0,1	1,5	0,5	-0,4	1,8	-0,8	0,3	0,6	-1,1	1,1	-1,5	3,0	-1,8
	gg. Vj. in %	0,2	1,4	0,6	-0,3	1,5	0,5	0,7	0,8	-0,3	1,0	-1,3	2,4	1,2
Industrie [2]	Index	107,7	109,9	110,3	110,0	112,2	111,5	111,5	112,2	110,3	112,1	109,4	113,5	111,6
	gg. Vp. in %	0,2	2,0	0,4	-0,5	2,0	-0,6	0,0	1,0	-1,7	1,6	-2,4	3,7	-1,7
	gg. Vj. in %	0,4	1,9	0,5	-0,4	1,8	0,9	0,9	1,6	-0,3	1,5	-1,6	2,7	1,6
Vorleistungsgüter	Index	104,4	106,3	106,2	106,1	107,6	106,9	106,7	107,5	107,0	106,2	105,4	107,6	107,1
	gg. Vp. in %	-0,2	1,8	-0,1	0,2	1,4	-0,7	-0,2	0,6	-0,5	-0,7	-0,8	2,1	-0,5
	gg. Vj. in %	-0,2	1,8	-0,1	-0,3	1,3	0,6	0,6	1,1	0,8	-0,2	-0,5	1,5	0,8
Investitionsgüter	Index	113,9	116,6	117,7	117,5	120,2	119,2	119,5	120,4	116,3	121,0	116,2	122,6	119,6
	gg. Vp. in %	0,5	2,4	0,9	-0,5	2,3	-0,8	0,3	1,7	-3,4	4,0	-4,0	5,5	-2,4
	gg. Vj. in %	0,6	2,3	0,9	-0,2	2,5	1,3	1,1	2,0	-1,7	3,2	-2,6	4,1	2,1
Konsumgüter	Index	100,5	101,9	102,1	101,2	103,4	103,6	103,4	103,1	103,3	104,4	102,4	104,9	102,9
	gg. Vp. in %	0,6	1,4	0,2	-1,2	2,2	0,2	-0,2	0,0	0,2	1,1	-1,9	2,4	-1,9
	gg. Vj. in %	0,7	1,3	0,1	-1,2	1,6	0,8	0,9	1,4	0,7	0,4	-1,4	2,0	2,1
Baugewerbe	Index	105,6	108,5	106,0	106,4	109,5	105,4	106,4	105,4	105,3	105,5	107,0	106,9	105,3
	gg. Vp. in %	-0,4	2,7	-2,3	1,4	2,9	-3,7	0,9	-2,0	-0,1	0,2	1,4	-0,1	-1,5
	gg. Vj. in %	-0,3	2,7	-2,2	-0,8	2,7	-0,2	1,3	-0,9	-0,8	1,0	2,2	1,2	0,8
Bauhauptgewerbe [3]	Index	113,8	119,8	119,0	121,2	122,9	116,4	118,8	115,9	116,3	117,1	118,4	119,6	118,3
	gg. Vp. in %	2,1	5,3	-0,7	3,5	1,4	-5,3	2,1	-3,7	0,3	0,7	1,1	1,0	-1,1
	gg. Vj. in %	2,1	5,3	-0,7	1,5	3,3	-1,0	1,3	-1,7	-1,6	0,2	1,4	2,1	0,4
Ausbaugewerbe	Index	98,2	98,2	94,3	92,9	97,3	95,4	95,1	95,8	95,4	95,0	96,6	95,3	93,5
	gg. Vp. in %	-2,7	0,0	-4,0	-1,0	4,7	-2,0	-0,3	-0,2	-0,4	-0,4	1,7	-1,3	-1,9
	gg. Vj. in %	-2,7	0,1	-4,0	-2,9	2,1	0,8	1,4	0,2	0,1	1,9	2,9	0,0	1,2
Energie [4]	Index	96,4	92,7	97,5	96,0	94,9	95,3	97,2	93,9	97,0	95,0	97,6	98,5	95,4
	gg. Vp. in %	-1,0	-3,8	5,2	-2,8	-1,1	0,4	2,0	-1,1	3,3	-2,1	2,7	0,9	-3,1
	gg. Vj. in %	-1,0	-3,8	5,2	1,1	-2,7	-2,4	-1,7	-4,2	0,4	-3,6	-2,5	0,3	-3,0
Umsätze in der Industrie [1]														
Industrie insgesamt	Index	105,8	108,6	110,3	110,4	111,4	110,8	110,6	111,8	110,7	109,8	108,0	112,6	111,1
	gg. Vp. in %	0,0	2,6	1,6	0,2	0,9	-0,5	-0,2	1,0	-1,0	-0,8	-1,6	4,3	-1,3
	gg. Vj. in %	0,0	2,6	1,5	0,8	1,6	0,1	0,2	1,0	-0,3	-0,4	-2,8	2,2	1,4
Inland	Index	103,2	104,5	105,0	105,2	106,5	105,1	104,3	105,7	104,7	104,8	102,3	105,8	104,8
	gg. Vp. in %	-1,5	1,3	0,5	0,3	1,2	-1,3	-0,8	0,3	-0,9	0,1	-2,4	3,4	-0,9
	gg. Vj. in %	-1,4	1,3	0,5	0,7	1,5	-0,2	-0,6	0,9	-0,6	-0,8	-3,1	1,0	0,5
darunter:	Index	107,6	111,0	113,7	114,9	116,5	114,7	112,7	117,0	112,7	114,4	109,2	115,0	114,0
Investitionsgüter	gg. Vp. in %	-1,7	3,2	2,4	1,5	1,4	-1,5	-1,7	2,3	-3,7	1,5	-4,5	5,3	-0,9
	gg. Vj. in %	-1,6	3,1	2,4	2,1	2,9	0,8	-0,5	4,2	-1,2	-0,4	-4,7	1,9	1,6
Ausland	Index	108,5	113,0	115,8	115,9	116,7	116,9	117,3	118,3	117,2	115,1	114,0	119,9	117,9
	gg. Vp. in %	1,4	4,1	2,5	0,0	0,7	0,2	0,3	1,6	-0,9	-1,8	-1,0	5,2	-1,7
	gg. Vj. in %	1,4	4,1	2,5	0,9	1,7	0,3	0,9	1,2	0,0	-0,1	-2,6	3,4	2,2
darunter: Eurozone	Index	97,1	102,0	106,4	107,8	109,1	109,3	110,7	110,2	109,6	108,2	108,0	112,5	111,5
	gg. Vp. in %	-1,8	5,0	4,3	0,7	1,2	0,2	1,3	0,9	-0,5	-1,3	-0,2	4,2	-0,9
	gg. Vj. in %	-1,7	5,0	4,3	3,9	4,6	2,9	3,2	4,5	3,2	1,0	-0,2	6,5	3,6

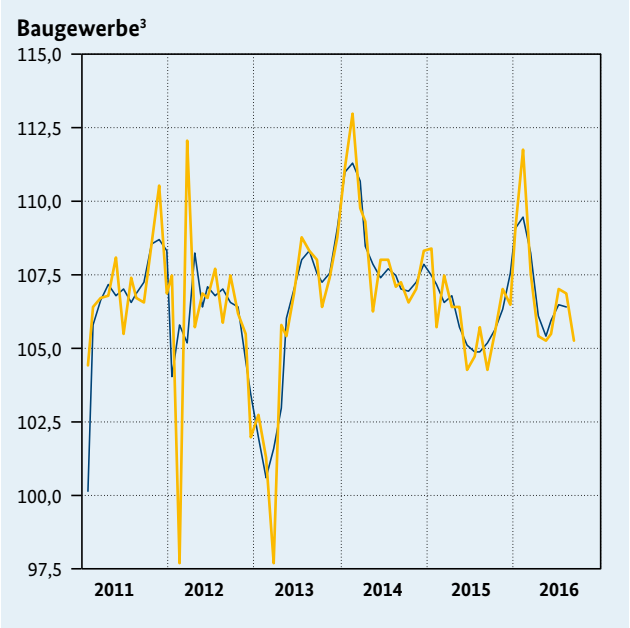
		2013	2014				2015				2016			
Kapazitäts- und Geräteauslastung [5]		4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	83,7	83,9	84,0	83,9	84,1	84,4	84,4	84,3	84,4	85,0	84,4	84,8	85,7

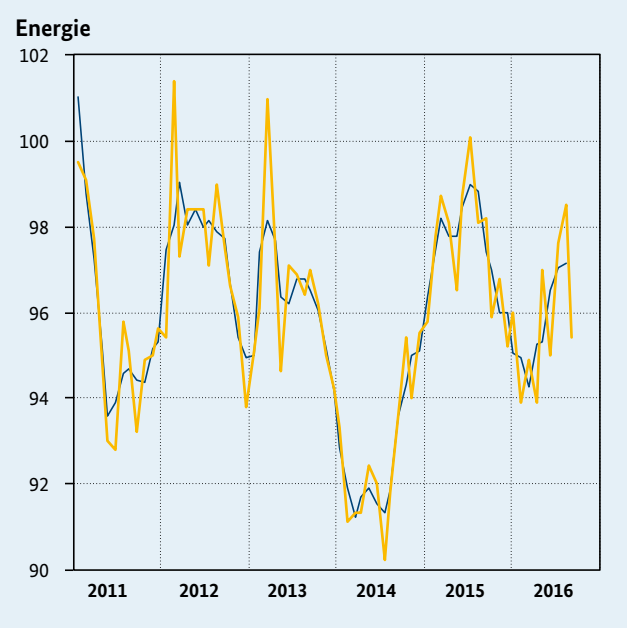
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.
1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion[1]









gleitender 3-Monatsdurchschnitt
Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.
1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;
2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);
3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Auftragseingang [1]														
Industrie insgesamt	Index	106,0	109,1	110,2	110,1	110,9	110,5	111,0	110,5	110,6	110,4	110,6	111,6	110,9
	gg. Vp. in %	2,7	2,9	1,0	0,6	0,7	-0,4	0,5	-1,9	0,1	-0,2	0,2	0,9	-0,6
	gg. Vj. in %	2,8	2,8	1,0	-0,7	1,2	-1,2	1,3	-0,4	0,0	-3,0	-0,6	2,0	2,6
Inland	Index	101,8	103,5	105,3	106,0	104,9	106,0	103,8	107,1	104,9	105,9	102,5	105,0	103,8
	gg. Vp. in %	1,0	1,7	1,7	1,1	-1,0	1,0	-2,1	1,5	-2,1	1,0	-3,2	2,4	-1,1
	gg. Vj. in %	1,0	1,6	1,8	2,1	-1,1	1,5	-1,2	1,9	0,6	2,2	-4,4	1,4	-0,1
Ausland	Index	109,5	113,7	114,2	113,4	115,8	114,2	116,9	113,2	115,3	114,0	117,2	117,0	116,6
	gg. Vp. in %	4,2	3,8	0,4	0,2	2,1	-1,4	2,4	-4,3	1,9	-1,1	2,8	-0,2	-0,3
	gg. Vj. in %	4,3	3,7	0,4	-2,7	2,9	-3,1	3,2	-2,1	-0,4	-6,4	2,3	2,6	4,7
Eurozone	Index	98,9	101,7	105,8	105,6	106,8	109,3	111,7	109,4	113,9	104,5	110,4	115,0	109,8
	gg. Vp. in %	3,5	2,8	4,0	-3,4	1,1	2,3	2,2	2,3	4,1	-8,3	5,6	4,2	-4,5
	gg. Vj. in %	3,8	2,6	3,8	-0,1	5,8	1,6	2,2	2,6	8,0	-4,9	1,1	2,3	3,6
Nicht-Eurozone	Index	116,9	122,1	120,1	118,9	122,0	117,5	120,6	115,8	116,2	120,6	121,9	118,4	121,4
	gg. Vp. in %	4,7	4,4	-1,6	2,6	2,6	-3,7	2,6	-8,3	0,3	3,8	1,1	-2,9	2,5
	gg. Vj. in %	4,6	4,4	-1,6	-4,2	1,3	-5,9	3,8	-4,9	-5,2	-7,2	3,2	2,9	5,3
Vorleistungsgüter	Index	100,1	102,1	101,5	102,7	100,8	102,4	102,6	105,0	101,4	100,9	101,4	103,0	103,5
	gg. Vp. in %	0,4	2,0	-0,6	2,3	-1,9	1,6	0,2	4,3	-3,4	-0,5	0,5	1,6	0,5
	gg. Vj. in %	0,3	2,0	-0,5	0,0	-0,8	1,1	2,1	4,7	0,0	-1,2	0,7	2,9	3,0
Inland	Index	99,3	99,8	99,1	100,0	97,9	99,5	98,2	103,5	97,2	97,7	98,1	98,5	97,9
	gg. Vp. in %	0,4	0,5	-0,7	1,6	-2,1	1,6	-1,3	5,1	-6,1	0,5	0,4	0,4	-0,6
	gg. Vj. in %	0,3	0,5	-0,7	0,9	-1,3	0,7	-0,1	5,4	-2,2	-1,1	0,0	0,1	-0,5
Ausland	Index	101,0	104,7	104,5	105,9	104,3	106,0	107,8	106,8	106,4	104,7	105,2	108,2	110,1
	gg. Vp. in %	0,4	3,7	-0,2	3,1	-1,5	1,6	1,7	3,4	-0,4	-1,6	0,5	2,9	1,8
	gg. Vj. in %	0,3	3,8	-0,2	-1,1	-0,6	1,6	4,7	4,0	2,4	-1,3	1,4	6,2	7,0
Investitionsgüter	Index	110,6	114,3	116,4	115,0	117,7	116,1	117,3	114,2	117,0	117,0	117,7	118,1	116,2
	gg. Vp. in %	4,5	3,3	1,8	-0,9	2,3	-1,4	1,0	-5,6	2,5	0,0	0,6	0,3	-1,6
	gg. Vj. in %	4,6	3,3	1,7	-1,7	2,2	-2,7	0,9	-3,6	-0,1	-4,2	-1,3	1,7	2,5
Inland	Index	104,9	107,8	112,1	112,6	112,6	112,9	110,5	111,5	112,3	115,0	108,1	112,7	110,6
	gg. Vp. in %	1,5	2,8	4,0	0,7	0,0	0,3	-2,1	-1,3	0,7	2,4	-6,0	4,3	-1,9
	gg. Vj. in %	1,5	2,8	4,1	2,9	-0,9	2,4	-1,5	-1,2	2,4	5,9	-7,7	3,5	0,7
Ausland	Index	114,1	118,4	119,0	116,5	120,8	118,0	121,5	115,9	119,9	118,2	123,6	121,4	119,6
	gg. Vp. in %	6,3	3,8	0,5	-1,9	3,7	-2,3	3,0	-7,9	3,5	-1,4	4,6	-1,8	-1,5
	gg. Vj. in %	6,4	3,6	0,5	-4,2	4,2	-5,5	2,4	-5,0	-1,5	-9,1	2,8	0,6	3,5
Konsumgüter	Index	103,5	107,3	109,7	111,8	113,6	111,1	108,5	111,2	111,3	110,7	106,2	109,4	110,0
	gg. Vp. in %	1,7	3,7	2,2	4,0	1,6	-2,2	-2,3	-1,2	0,1	-0,5	-4,1	3,0	0,5
	gg. Vj. in %	1,7	3,7	2,1	4,1	4,5	0,3	0,7	0,8	0,8	-0,6	-1,5	2,5	1,4
Inland	Index	97,8	99,4	101,5	101,6	101,6	103,3	96,8	102,7	107,0	100,1	95,1	97,6	97,8
	gg. Vp. in %	0,8	1,6	2,1	0,6	0,0	1,7	-6,3	0,2	4,2	-6,4	-5,0	2,6	0,2
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	2,1	2,2	0,2	1,6	-4,2	2,2	4,6	-1,9	-6,2	-3,5	-2,9
Ausland	Index	108,3	114,0	116,8	120,5	124,0	117,7	118,5	118,4	115,0	119,8	115,7	119,4	120,4
	gg. Vp. in %	2,2	5,3	2,5	6,5	2,9	-5,1	0,7	-2,2	-2,9	4,2	-3,4	3,2	0,8
	gg. Vj. in %	2,2	5,3	2,4	5,4	7,9	-0,6	4,7	-0,3	-2,0	0,4	2,0	7,4	4,7
Industrie ohne Großaufträge [2]	Index	105,0	108,4	109,9	110,2	110,7	109,8	110,7	109,1	109,5	110,7	109,3	110,9	112,0
	gg. Vp. in %	1,4	3,2	1,4	1,5	0,5	-0,8	0,8	-1,4	0,4	1,1	-1,3	1,5	1,0
	gg. Vj. in %	1,5	3,2	1,4	-0,3	1,1	-1,2	1,8	-1,6	-1,1	-1,0	-0,6	2,6	3,4

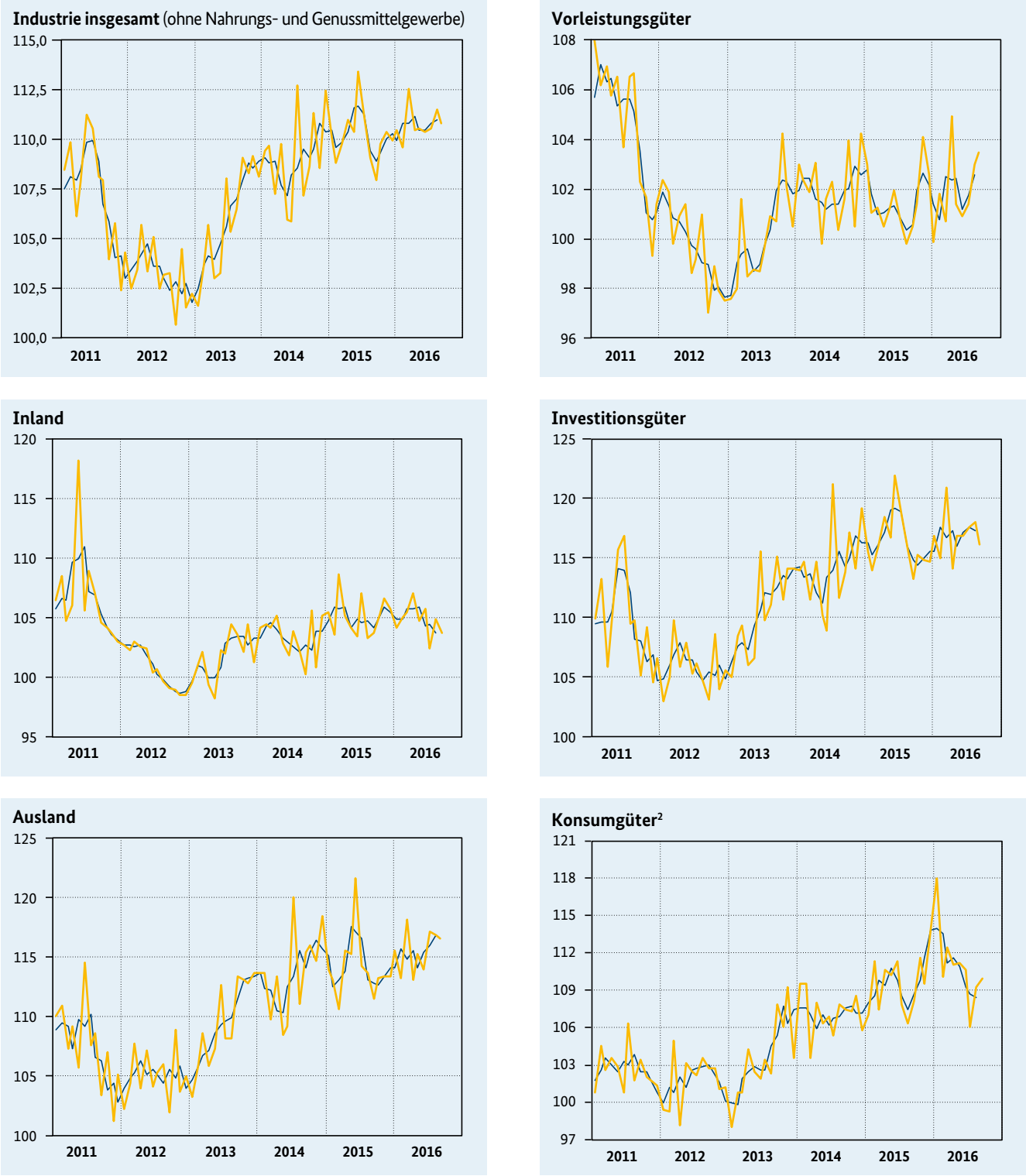
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie[1]

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X–12–ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

					2015		2016		2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Auftragseingang [1]														
Bauhauptgewerbe	Index	111,3	109,3	113,7	110,4	121,5	129,1	129,0	127,4	126,7	131,3	129,0	123,1	120,4
	gg. Vp. in %	2,2	-1,8	4,0	0,8	10,1	6,3	-0,1	-1,2	-0,5	3,6	-1,8	-4,6	-2,2
	gg. Vj. in %	2,1	-1,9	3,8	1,7	13,2	14,0	17,7	14,7	17,9	16,9	18,3	14,1	10,4
Hochbau	Index	118,0	117,4	121,8	120,9	128,2	134,2	142,4	133,6	134,4	149,7	143,2	137,3	130,9
	gg. Vp. in %	2,3	-0,5	3,7	2,8	6,0	4,7	6,1	0,5	0,6	11,4	-4,3	-4,1	-4,7
	gg. Vj. in %	2,4	-0,9	3,8	5,9	8,6	11,6	21,1	11,0	15,4	25,3	22,3	15,5	12,0
Wohnungsbau	Index	131,0	134,9	149,9	156,1	152,6	172,8	171,8	177,7	159,6	176,8	179,0	159,8	164,1
	gg. Vp. in %	4,0	3,0	11,1	9,2	-2,2	13,2	-0,6	6,7	-10,2	10,8	1,2	-10,7	2,7
	gg. Vj. in %	4,3	2,5	11,4	27,8	7,9	17,1	20,2	18,3	12,7	22,6	25,4	3,7	14,5
Hochbau ohne Wohnungsbau	Index	111,6	108,7	107,8	103,5	116,2	115,1	127,9	111,8	121,9	136,3	125,4	126,1	114,5
	gg. Vp. in %	1,5	-2,6	-0,8	-1,5	12,3	-0,9	11,1	-3,9	9,0	11,8	-8,0	0,6	-9,2
	gg. Vj. in %	1,4	-3,0	-0,8	-6,0	9,0	7,8	21,7	6,0	17,3	27,2	20,4	24,7	10,4
Tiefbau	Index	104,7	101,3	105,7	99,9	114,7	124,1	115,6	121,2	119,0	112,9	114,8	108,9	109,9
	gg. Vp. in %	2,1	-3,2	4,3	-1,5	14,8	8,2	-6,8	-3,1	-1,8	-5,1	1,7	-5,1	0,9
	gg. Vj. in %	1,9	-3,0	3,7	-2,9	19,6	16,6	14,1	18,5	20,8	7,9	13,7	12,8	8,6
Straßenbau	Index	103,6	99,2	101,2	100,8	102,8	128,7	113,1	111,8	116,3	108,4	114,6	114,6	108,1
	gg. Vp. in %	5,0	-4,2	2,0	2,3	2,0	25,2	-12,1	-17,8	4,0	-6,8	5,7	0,0	-5,7
	gg. Vj. in %	3,6	-3,4	1,3	2,4	7,0	22,6	14,7	13,2	20,9	7,4	15,9	20,9	2,5
Tiefbau ohne Straßenbau	Index	105,3	102,5	108,4	99,4	122,0	121,3	117,1	126,9	120,7	115,7	114,9	105,5	111,0
	gg. Vp. in %	0,4	-2,7	5,8	-3,6	22,7	-0,6	-3,5	7,1	-4,9	-4,1	-0,7	-8,2	5,2
	gg. Vj. in %	0,9	-2,7	5,0	-6,4	25,6	13,6	13,7	21,5	20,7	8,2	12,3	7,2	13,1
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)	Index	114,2	112,9	112,7	107,4	120,9	119,3	130,2	120,9	126,9	135,8	127,9	124,4	116,6
	gg. Vp. in %	1,2	-1,1	-0,2	-2,6	12,6	-1,3	9,1	4,6	5,0	7,0	-5,8	-2,7	-6,3
	gg. Vj. in %	1,2	-1,4	-0,3	-6,0	10,2	6,8	18,2	9,0	18,0	17,9	18,6	17,9	9,2
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)	Index	100,5	95,4	100,3	95,2	109,6	121,7	110,6	113,9	113,3	108,5	109,9	107,0	106,8
	gg. Vp. in %	2,4	-5,1	5,1	0,0	15,1	11,0	-9,1	-10,8	-0,5	-4,2	1,3	-2,6	-0,2
	gg. Vj. in %	2,2	-4,7	4,1	-2,3	21,2	20,4	15,9	18,6	20,9	13,0	13,9	17,0	9,5
Baugenehmigungen (Neubau) [2]														
Hochbau (veranschlagte Kosten)	Mio. €	76490	78378	83667	22345	22875	22101	25466	8232	8515	8073	8878	7976	8345
	gg. Vj. in %	8,7	2,5	6,7	6,4	18,3	23,0	24,4	15,0	27,7	23,8	21,8	5,4	13,2
Wohngebäude	Mio. €	43680	46466	51206	13826	14001	13636	15393	4966	5076	4894	5423	4996	4958
	gg. Vj. in %	11,2	6,4	10,2	10,5	22,4	27,4	21,5	20,7	24,3	19,7	20,5	3,8	9,8
Nichtwohngebäude	Mio. €	32809	31913	32461	8519	8874	8465	10073	3267	3438	3179	3456	2980	3387
	gg. Vj. in %	5,4	-2,7	1,7	0,2	12,5	16,5	29,1	7,3	33,2	30,6	24,0	8,2	18,6
gewerbliche Auftraggeber	Mio. €	23624	24145	24355	6504	6717	6321	7558	2384	2582	2436	2541	2086	2572
	gg. Vj. in %	0,4	2,2	0,9	-0,3	14,5	24,3	25,0	6,3	28,4	26,2	20,6	-3,6	24,2
öffentliche Auftraggeber	Mio. €	9185	7768	8106	2015	2157	2144	2515	882	857	743	915	894	815
	gg. Vj. in %	20,9	-15,4	4,3	2,0	6,9	-1,6	43,3	10,2	50,1	47,2	34,6	51,6	3,8
Wohngebäude (Rauminhalt) [3]	Mio. m³	137	141	150	40,6	40,1	39,7	44,3	14,4	14,8	14,0	15,4	13,9	14,0
	gg. Vj. in %	8,5	2,8	6,7	7,7	17,6	24,6	17,7	16,5	22,4	15,6	15,3	-2,8	5,9
	gg. Vp. in %	8,8	3,1	6,0	4,4	7,7	8,5	-6,0	-2,8	-0,8	-6,0	4,9	-9,6	0,9

					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
ifo Konjunkturtest [4]														
Kapazitäts- und Geräteauslastung	Salden	71,8	73,8	73,3	78,0	64,7	76,1	80,9	76,8	79,0	80,6	81,2	80,8	80,5
witterungsbedingte Baubehinderungen	Salden	28,4	8,6	13,8	3,3	35,0	14,0	5,0	10,0	9,0	7,0	5,0	3,0	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

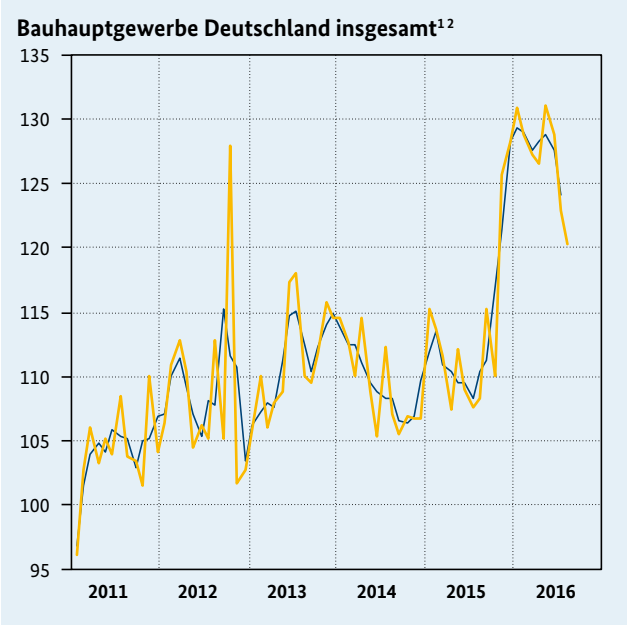
2 Ursprungszahlen;

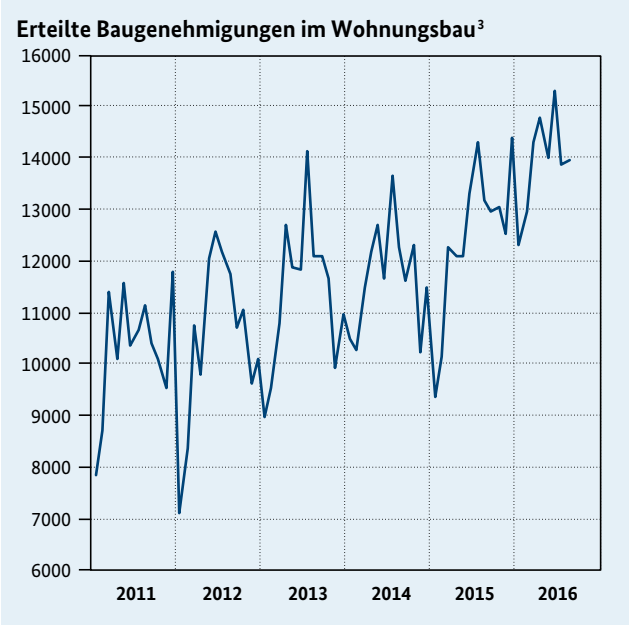
3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;

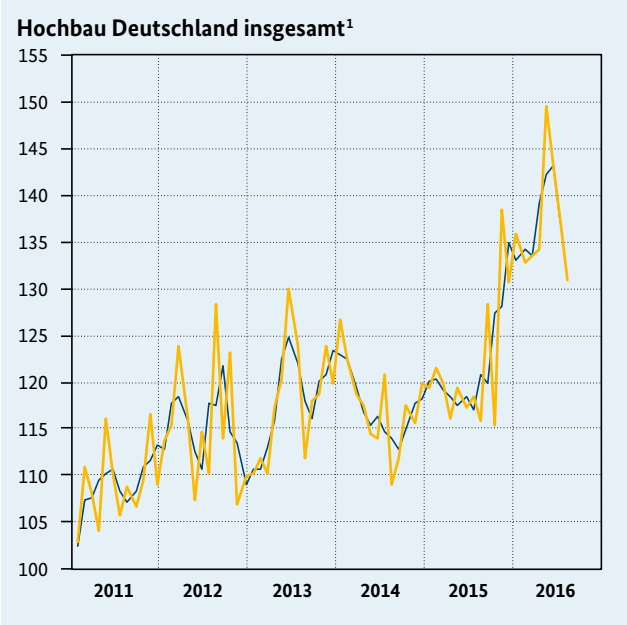
4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

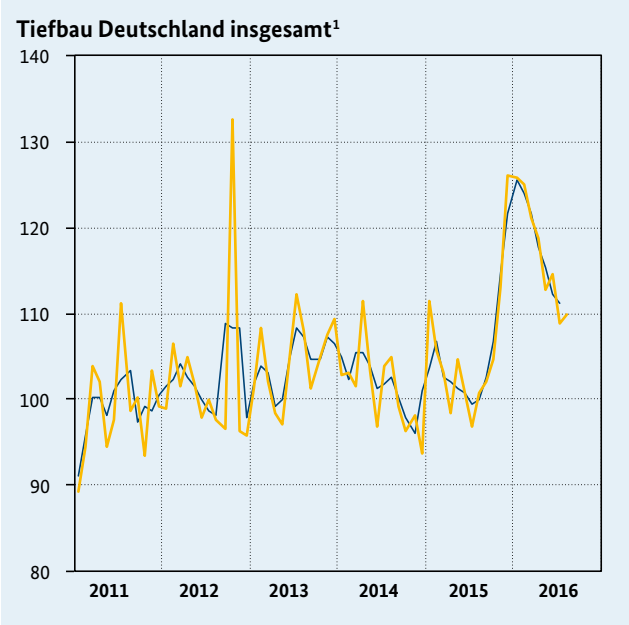
2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland









gleitender 3-Monatsdurchschnitt
Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.
1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;
2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;
3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
ifo Konjunkturtest [1]														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	6,3	9,1	9,2	10,1	6,7	8,6	9,0	10,4	9,5	5,7	11,9	13,8	-
Geschäftslage	Salden	9,3	13,4	15,5	15,0	15,4	16,9	17,0	18,0	18,3	14,7	18,1	18,7	-
Geschäftserwartungen	Salden	3,4	4,2	3,2	5,3	-1,7	0,5	1,4	3,0	1,2	-2,9	5,9	9,1	-
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	9,2	12,9	11,5	11,3	6,2	8,5	9,8	10,8	9,7	6,4	13,3	16,7	-
Geschäftslage	Salden	12,3	18,9	19,0	16,8	16,6	17,7	18,2	18,4	19,3	16,4	18,9	21,4	-
Geschäftserwartungen	Salden	6,2	7,1	4,2	6,0	-3,6	-0,3	1,7	3,4	0,4	-3,2	7,8	12,1	-
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,0	13,5	12,4	10,6	6,6	8,4	11,5	12,2	12,6	8,0	14,0	18,2	-
Geschäftslage	Salden	7,8	20,2	18,1	16,8	16,6	18,4	17,9	21,6	20,3	14,1	19,3	21,3	-
Geschäftserwartungen	Salden	8,1	7,0	6,9	4,6	-2,9	-1,1	5,4	3,2	5,1	2,1	8,9	15,1	-
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	10,4	15,1	10,6	11,4	4,3	8,7	7,0	8,7	5,2	4,5	11,4	15,1	-
Geschäftslage	Salden	14,8	20,5	18,6	15,4	15,2	18,8	17,4	17,4	18,5	16,2	17,4	22,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	6,1	9,9	3,0	7,4	-6,0	-0,9	-2,8	0,4	-7,4	-6,6	5,5	7,7	-
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,7	7,7	9,7	11,0	8,5	7,5	9,4	9,6	7,7	6,1	14,3	13,7	-
Geschäftslage	Salden	16,3	14,5	19,4	18,7	18,2	16,4	16,8	16,0	14,8	15,8	19,9	17,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,4	1,1	0,4	3,6	-0,7	-1,1	2,2	3,4	0,8	-3,1	8,9	10,2	-
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-1,2	-3,1	-2,8	0,8	-0,1	3,1	6,8	4,8	5,5	5,7	9,3	10,2	-
Geschäftslage	Salden	0,1	-3,3	-4,3	-0,9	3,4	8,3	11,4	11,2	10,1	9,8	14,4	12,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,4	-2,9	-1,4	2,5	-3,4	-2,0	2,3	-1,3	1,0	1,6	4,4	7,9	-
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	16,8	22,7	28,6	33,8	27,7	27,4	29,9	27,9	27,5	30,0	32,3	32,1	-
Geschäftslage	Salden	23,0	32,5	38,9	43,1	39,6	41,0	38,1	42,2	36,1	38,3	40,0	39,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	10,8	13,3	18,8	24,8	16,4	14,5	22,0	14,3	19,2	22,0	24,7	24,9	-
ZEW-Konjunkturerwartungen [2]														
konjunkturelle Lage	Salden	16,9	40,0	57,0	54,9	54,2	51,8	54,2	54,5	49,8	57,6	55,1	59,5	58,8
Konjunkturerwartungen	Salden	44,7	29,6	31,5	9,5	5,2	12,3	-1,9	19,2	-6,8	0,5	0,5	6,2	13,8

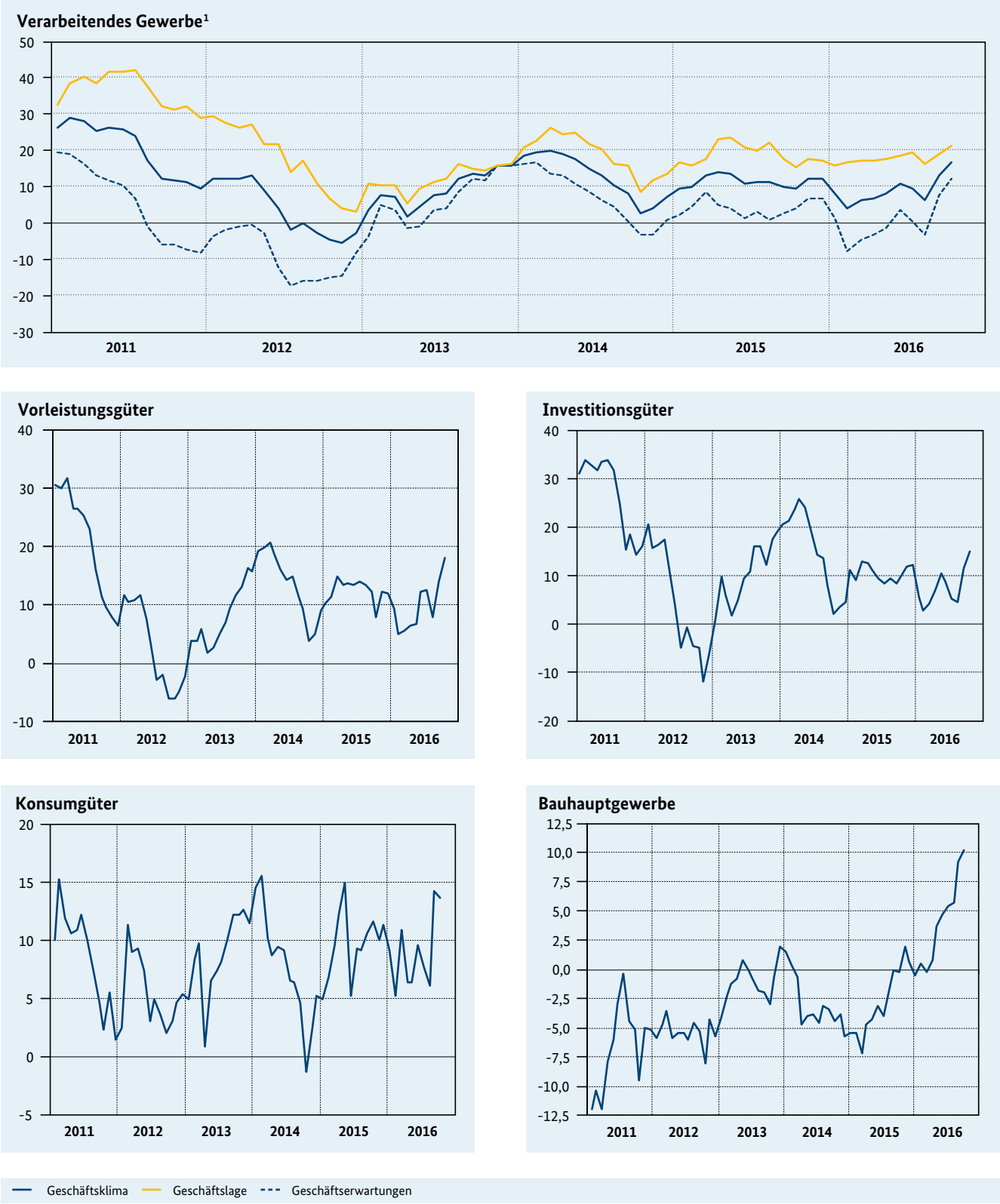
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas[1]

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

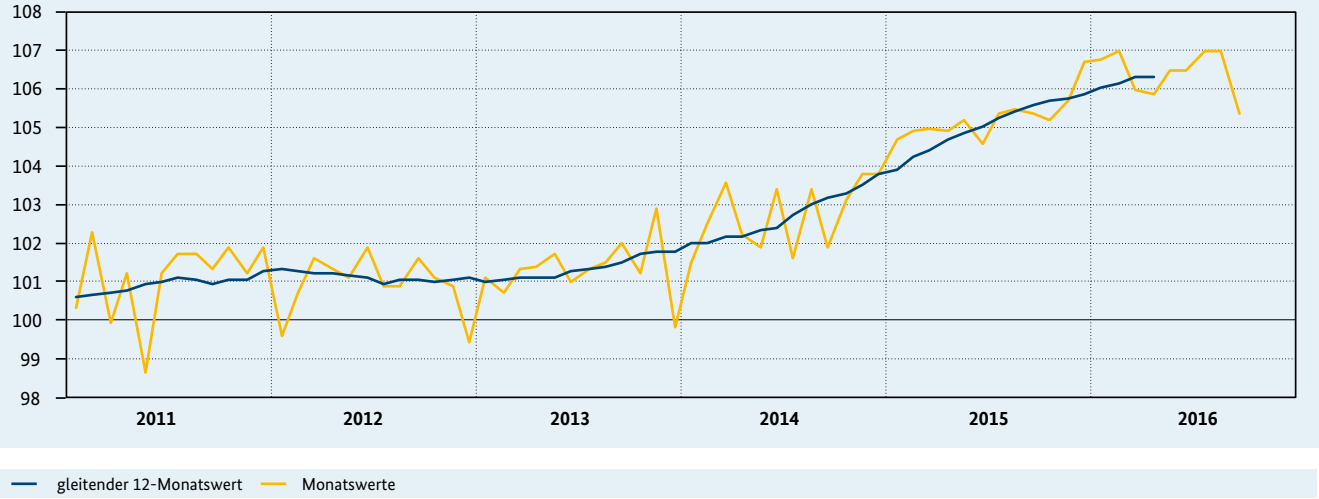
					2014				2015				2016	
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [1]														
Private Konsumausgaben [1]	Index	103,5	104,4	106,5	104,0	104,2	104,6	105,4	105,8	106,3	106,8	107,2	107,6	107,8
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,7	0,9	2,0	0,3	0,2	0,4	0,8	0,4	0,4	0,6	0,4	0,3	0,2
	gg. Vj. in %	0,7	0,9	2,0	0,8	0,7	0,6	1,4	2,1	1,7	2,2	2,1	1,7	2,4
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1672	1710	1763	424	426	429	433	435	440	443	446	446	449
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	1,5	2,3	3,1	0,9	0,3	0,7	1,1	0,4	1,0	0,6	0,8	-0,1	0,7
	gg. Vj. in %	1,5	2,3	3,1	2,2	2,2	2,0	2,6	3,1	3,0	3,2	3,2	2,3	3,0

					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Einzelhandelsumsätze [1]														
Einzelhandel	Index	101,3	102,7	105,3	105,9	106,6	106,3	106,5	106,5	107,0	107,0	105,4	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	0,4	1,4	2,5	0,5	0,7	-0,3	0,2	0,0	0,5	0,0	-1,5	-	-
	gg. Vj. in %	0,5	1,5	2,4	2,2	1,6	1,2	0,9	1,7	1,5	1,3	-0,2	-	-
Lebensmittel, Getränke,	Index	101,3	102,6	104,9	105,3	105,7	105,5	107,1	105,7	107,6	106,9	106,8	-	-
Tabakwaren	gg. Vp. In %	1,0	1,3	2,2	-0,7	0,4	-0,2	1,5	-0,8	1,8	-0,7	-0,1	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	1,4	2,2	1,9	2,1	0,8	1,1	1,7	2,4	-0,3	1,2	-	-
Textilien, Bekleidung,	Index	98,8	99,8	99,3	98,1	97,5	100,7	97,3	99,7	101,2	100,4	90,4	-	-
Schuhe, Lederwaren	gg. Vp. In %	-0,4	1,0	-0,5	-1,0	-0,6	3,3	-3,4	-1,1	1,5	-0,8	-10,0	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	0,8	-0,3	0,5	-2,0	0,4	-1,9	-1,7	0,1	3,4	-8,7	-	-
Geräte der Informations-	Index	117,5	121,7	126,7	126,9	126,4	126,1	123,7	129,5	126,6	124,0	120,5	-	-
und Kommunikationstechnik	gg. Vp. In %	1,6	3,6	4,1	-0,5	-0,4	-0,2	-1,9	4,6	-2,2	-2,1	-2,8	-	-
	gg. Vj. in %	1,6	3,9	3,9	1,0	-0,7	0,5	-2,9	3,9	-1,3	-2,1	-5,3	-	-
Möbel, Raumausstattung,	Index	99,7	98,9	100,9	102,4	101,5	101,1	101,2	100,9	103,3	100,7	99,6	-	-
Haushaltsgeräte, Baubedarf	gg. Vp. In %	-3,0	-0,8	2,0	2,3	-0,9	-0,4	0,1	-0,4	2,4	-2,5	-1,1	-	-
	gg. Vj. in %	-3,0	-0,7	1,9	2,7	1,2	0,6	0,8	0,2	2,2	1,6	-1,1	-	-
Handel mit Kfz einschl.	Index	102,1	104,6	111,4	113,1	116,8	116,0	-	116,5	114,7	118,9	-	-	-
Instandhaltung und Reparatur	gg. Vp. In %	-1,2	2,4	6,5	1,3	3,3	-0,7	-	1,1	-1,5	3,7	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,2	2,3	6,7	6,4	6,8	4,3	-	4,6	2,1	6,9	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe [1]														
Insgesamt	Index	100,8	101,7	102,3	102,8	103,0	103,3	-	103,2	103,1	102,4	-	-	-
	gg. Vp. In %	-1,4	0,9	0,6	-0,3	0,2	0,3	-	1,3	-0,1	-0,7	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,6	0,9	0,8	0,4	2,4	0,9	-	-1,3	0,3	-1,9	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen [2]														
Insgesamt	in Tsd.	2952	3037	3206	798	791	942	822	340	279	245	298	263	-
	gg. Vj. in %	-4,2	2,9	5,6	5,7	4,5	9,4	4,2	8,3	-3,9	8,3	9,4	-5,6	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1120	1099	1098	266	259	344	295	126	99	93	103	93	-
	gg. Vj. in %	-4,8	-1,9	-0,1	4,4	1,4	10,4	11,0	12,4	-3,5	18,7	21,6	-1,9	-
Verbraucherpreise [3]														
Insgesamt	Index	105,7	106,6	106,9	107,0	106,6	107,1	107,6	107,3	107,6	107,6	107,7	107,9	-
	gg. Vj. in %	1,5	0,9	0,2	0,3	0,3	0,1	0,5	0,3	0,4	0,4	0,7	0,8	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	4,4	1,0	0,8	1,8	1,0	0,2	0,8	0,1	1,1	0,9	0,4	0,0	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,3	1,5	1,2	1,1	1,1	1,1	1,2	1,1	1,1	1,2	1,3	1,4	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	4,1	-0,9	-5,5	-6,2	-6,5	-5,6	-4,2	-4,9	-4,7	-4,2	-3,7	-2,3	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-0,5	-0,8	-2,6	-2,5	-2,3	-2,8	-1,6	-2,1	-2,7	-1,9	-0,1	1,3	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel [4]	Salden	1,8	2,9	7,0	8,9	7,7	8,7	6,9	8,1	10,2	2,6	7,9	7,8	-
Geschäftslage	Salden	6,0	8,9	15,7	17,7	16,4	17,4	17,7	15,5	21,9	12,6	18,6	16,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,3	-2,9	-1,3	0,6	-0,7	0,4	-3,4	1,0	-0,9	-7,0	-2,2	-0,7	-
GfK – Konsumklima [5]	Punkte	6,5	8,5	9,7	9,4	9,4	9,6	10,1	9,8	10,1	10,0	10,2	10,0	9,7
Anschaffungsneigung	Punkte	39,9	48,7	54,7	48,7	50,1	53,1	55,6	54,2	55,3	56,0	55,4	53,2	-

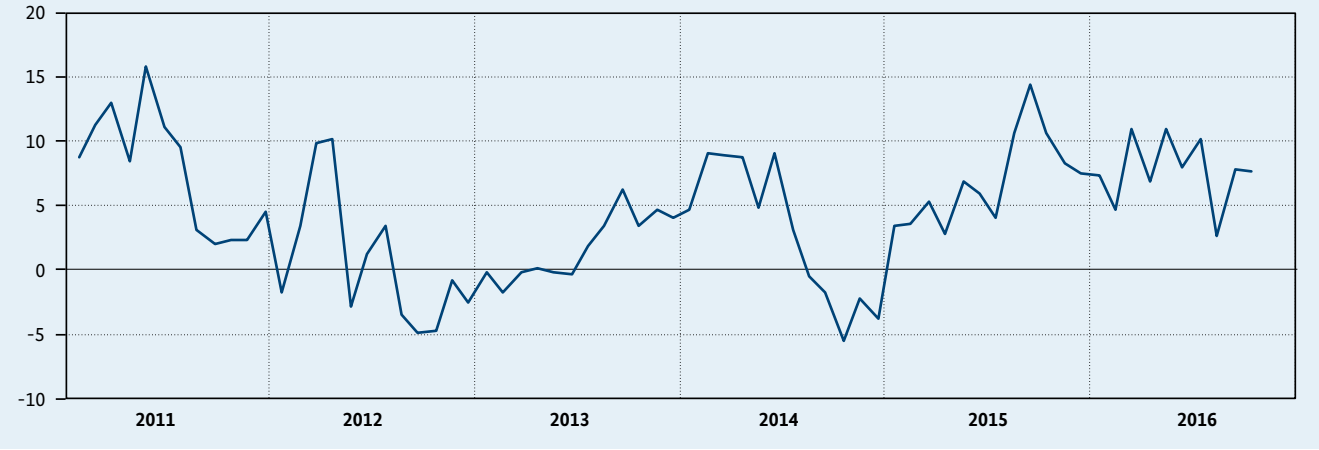
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.
1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;
2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)[1]



Geschäftsklima Einzelhandel – Salden (ifo Institut)[2]



GfK – Indikator Konsumklima (Indikatorpunkte, reale Änderung gegen Vorjahresmonat in %)[3]

Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

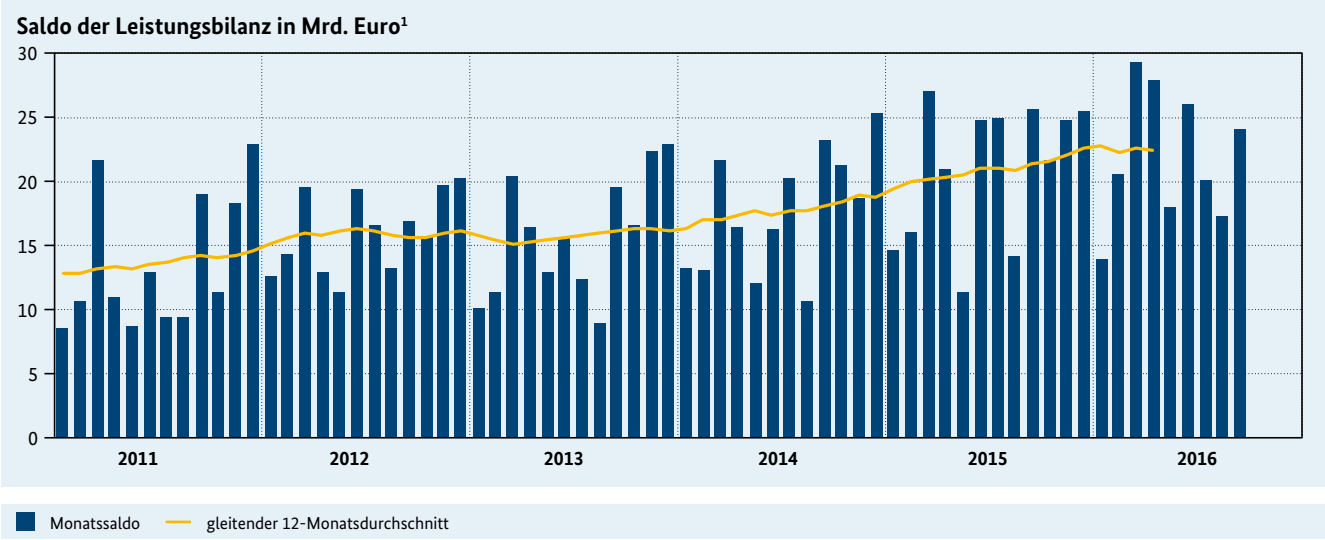
4. Außenwirtschaft

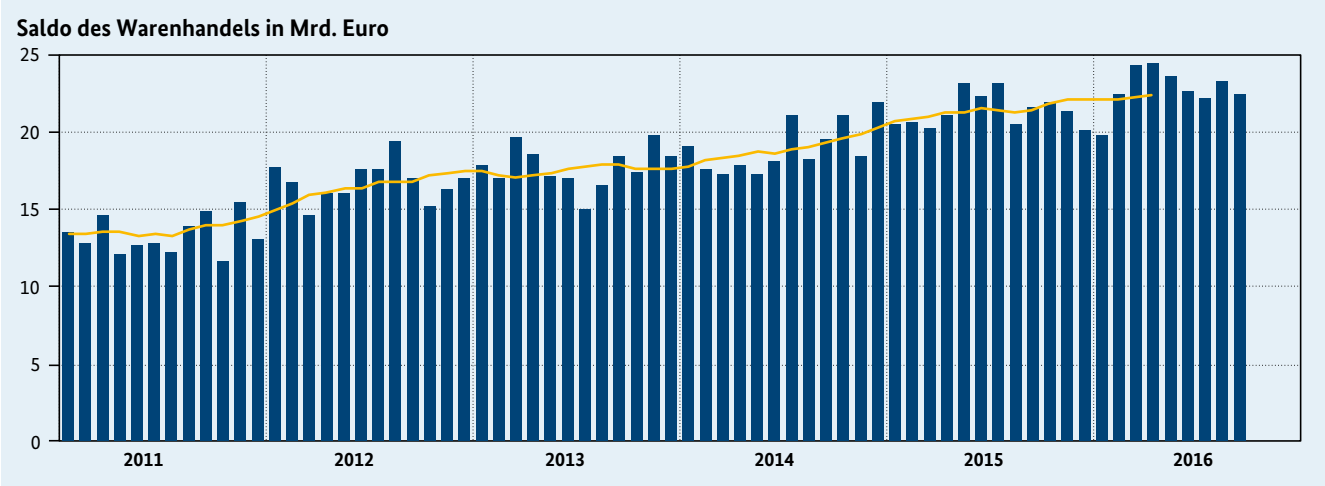
4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

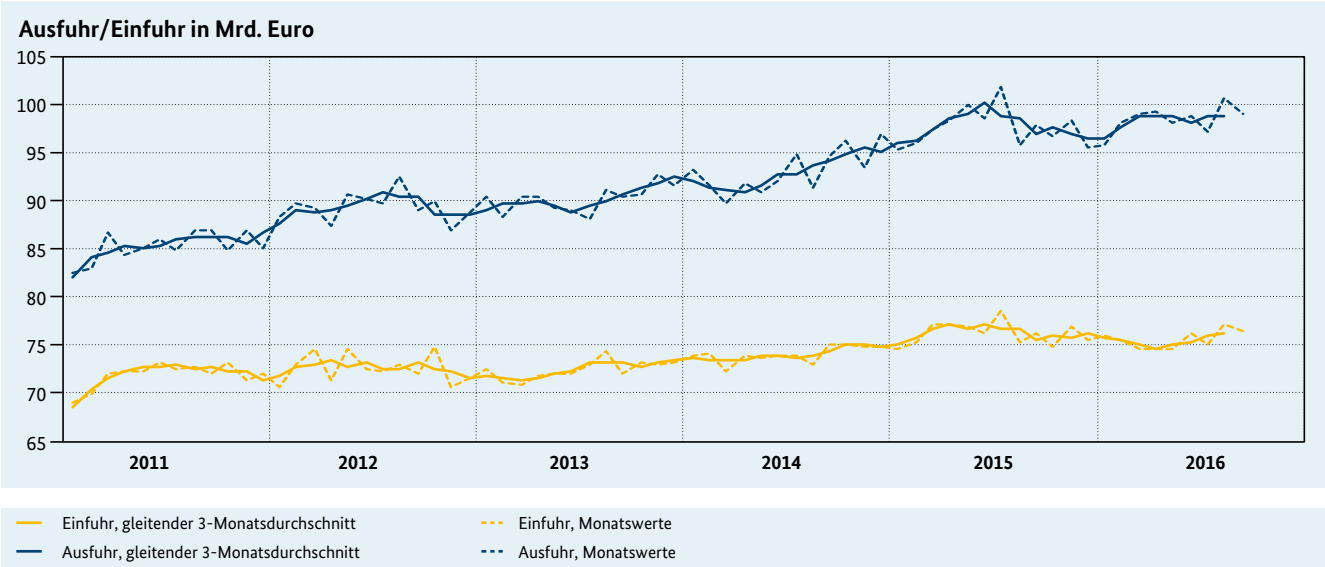
					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)[1]														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	192	216	255	63	75	71	65	25,1	23,7	22,4	22,3	22,7	20,3
	gg. Vp. in %	-1,7	12,3	18,0	-9,1	19,7	-4,9	-8,5	-1,7	-5,3	-5,5	-0,8	1,9	-10,7
Warenhandel	in Mrd. €	214	228	258	64	67	71	68	24,6	23,7	22,7	22,2	23,5	22,6
	gg. Vp. in %	6,0	6,8	12,8	-3,2	5,2	6,2	-3,8	0,6	-3,6	-4,2	-2,1	5,6	-3,6
Ausfuhr	in Mrd. €	1085	1119	1174	291	294	297	297	99,4	98,4	99,1	97,4	100,8	99,2
	gg. Vp. in %	1,0	3,1	4,9	-1,7	0,8	1,1	0,1	0,2	-1,0	0,7	-1,7	3,5	-1,6
Einfuhr	in Mrd. €	871	890	916	228	227	226	229	74,8	74,7	76,3	75,1	77,3	76,5
	gg. Vp. in %	-0,2	2,3	2,9	-1,2	-0,4	-0,4	1,4	0,0	-0,1	2,2	-1,6	2,9	-1,0
Dienstleistungen	in Mrd. €	-43	-35	-31	-10	-7	-6	-7	-2,4	-1,8	-2,3	-2,1	-1,7	-2,8
	gg. Vp. in %	34,8	-17,3	-11,8	27,3	-29,5	-7,4	1,8	0,0	-26,2	25,0	-8,9	-15,1	62,1
Einnahmen	in Mrd. €	205	220	238	60	61	61	62	20,1	20,7	20,5	20,3	21,1	20,2
	gg. Vp. in %	4,1	7,4	8,2	-0,6	2,8	0,0	0,6	-0,4	2,9	-1,0	-0,7	3,8	-4,4
Ausgaben	in Mrd. €	247	255	269	70	68	68	68	22,5	22,5	22,7	22,4	22,8	23,0
	gg. Vp. in %	8,3	3,1	5,4	2,6	-1,8	-0,7	0,7	-0,4	-0,3	1,1	-1,5	2,1	0,7
Primäreinkommen	in Mrd. €	64	63	66	17	18	16	15	5,5	5,0	5,1	5,7	5,6	3,8
	gg. Vp. in %	-2,8	-1,5	5,2	-0,6	2,5	-12,7	-3,7	-8,7	-8,4	1,0	12,2	-2,5	-32,2
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-43	-40	-38	-9	-3	-9	-12	-2,6	-3,2	-3,1	-3,6	-4,6	-3,3
	gg. Vp. in %	6,3	-6,2	-5,1	30,4	-66,7	214,8	29,7	2,4	23,6	-2,5	16,3	27,0	-28,0
Außenhandel nach Ländern[2]														
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1088	1124	1194	300	294	307	299	104,0	97,0	106,5	96,3	96,4	106,4
	gg. Vj. in %	-0,4	3,3	6,2	4,6	0,6	2,2	-0,3	3,9	1,6	1,2	-9,8	9,9	0,9
EU-Länder	in Mrd. €	619	649	693	175	176	181	174	61,2	57,4	62,4	56,1	54,2	63,4
	gg. Vj. in %	-0,2	4,8	6,8	6,2	2,5	3,8	1,2	7,4	2,1	2,1	-7,0	10,0	2,3
Eurozone[1]	in Mrd. €	403	411	434	109	110	113	107	38,4	36,0	38,7	35,4	32,6	39,5
	gg. Vj. in %	-0,8	2,0	5,6	6,2	1,4	2,5	1,2	5,9	1,7	0,1	-6,0	8,8	2,3
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	238	259	66	67	68	66	22,8	21,5	23,7	20,6	21,6	24,0
	gg. Vj. in %	1,2	10,1	8,9	6,0	4,3	6,0	1,2	9,9	2,7	5,6	-8,8	11,8	2,2
Drittländer	in Mrd. €	469	475	501	126	118	126	125	42,8	39,5	44,1	40,2	42,3	43,0
	gg. Vj. in %	-0,8	1,2	5,4	2,6	-2,1	0,0	-2,3	-0,8	1,0	-0,1	-13,4	9,8	-1,0
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	890	910	949	240	236	237	235	78,7	76,2	82,0	76,9	76,5	82,0
	gg. Vj. in %	-1,0	2,2	4,3	4,4	0,4	0,1	-1,2	-0,2	-0,1	0,4	-6,5	5,2	-1,4
EU-Länder	in Mrd. €	575	595	622	158	156	159	155	53,0	51,1	55,2	51,3	48,6	55,3
	gg. Vj. in %	0,7	3,4	4,5	4,8	2,2	1,9	-0,1	2,0	0,2	3,4	-4,5	5,2	-0,3
Eurozone	in Mrd. €	401	411	426	107	106	109	105	35,7	34,8	38,1	35,3	32,5	37,0
	gg. Vj. in %	0,0	2,3	3,7	4,1	1,1	0,7	-1,2	-0,6	-0,8	3,3	-4,5	4,0	-2,2
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	174	184	196	50	50	51	50	17,3	16,3	17,2	16,0	16,0	18,3
	gg. Vj. in %	2,3	6,0	6,2	6,5	4,5	4,6	2,1	7,8	2,5	3,6	-4,7	7,8	3,8
Drittländer	in Mrd. €	315	315	328	82	80	78	80	25,7	25,2	26,8	25,6	27,9	26,8
	gg. Vj. in %	-3,9	0,0	3,9	3,5	-2,9	-3,5	-3,1	-4,4	-0,6	-5,3	-10,3	5,1	-3,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.
1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft







Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

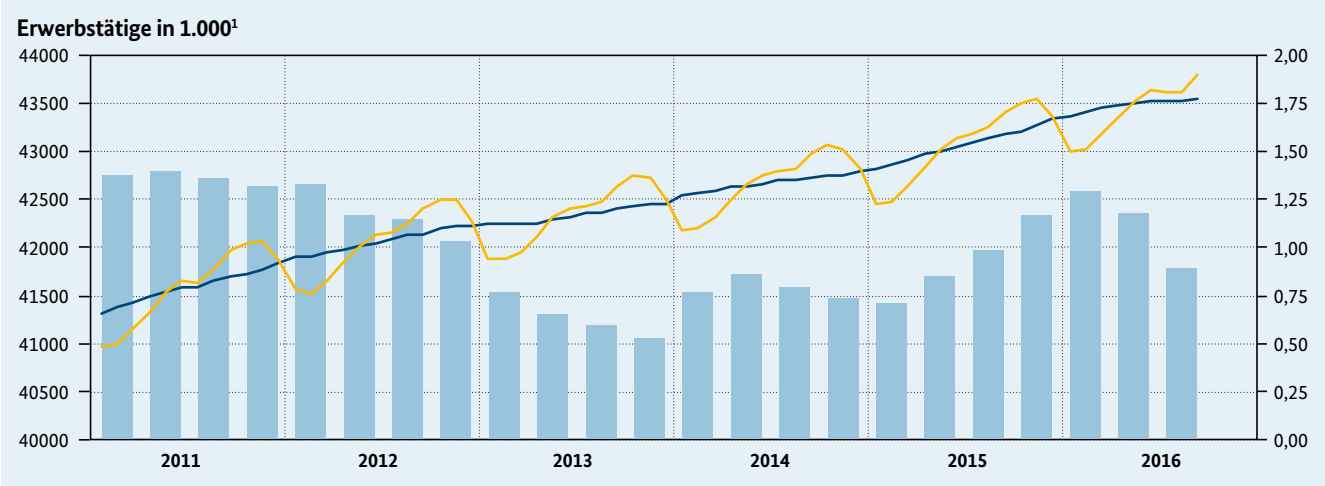
					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige [1]	in Tsd.	42327	42662	43057	43457	43059	43489	43660	43520	43623	43594	43607	43779	-
	gg. Vj. in Tsd.	+266	+335	+395	+499	+547	+504	+388	+518	+489	+417	+375	+371	-
Sozialversicherungspflichtig	in Tsd.	29728	30218	30853	31298	31072	31350	-	31397	31353	31234	31460	-	-
Beschäftigte	gg. Vj. in Tsd.	+367	+490	+635	+728	+690	+638	-	+679	+582	+490	+474	-	-
Erwerbslose [2]	in Tsd.	2182	2090	1950	1898	1915	1776	1763	1770	1782	1841	1797	1651	-
	gg. Vj. in Tsd.	-43	-92	-140	-114	-186	-177	-84	-122	-152	-73	-21	-157	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	4,5	4,5	4,2	4,1	4,2	4,2	4,3	4,2	3,8	-
Arbeitslose insgesamt [3]	in Tsd.	2950	2898	2795	2655	2892	2674	2651	2664	2614	2661	2684	2608	2540
	gg. Vj. in Tsd.	+53	-52	-104	-83	-101	-98	-108	-98	-97	-112	-111	-100	-109
SGB II	in Tsd.	1981	1965	1936	1879	1960	1892	1843	1890	1860	1856	1854	1820	1784
	gg. Vj. in Tsd.	-14	-16	-29	-13	-23	-58	-89	-56	-68	-87	-91	-89	-102
SGB III	in Tsd.	970	933	859	775	932	782	808	774	754	805	830	787	756
	gg. Vj. in Tsd.	+67	-36	-75	-70	-78	-40	-19	-42	-29	-25	-21	-11	-7
Westdeutschland	in Tsd.	2080	2075	2021	1929	2095	1962	1970	1955	1928	1971	1998	1942	1888
	gg. Vj. in Tsd.	+80	-6	-54	-41	-42	-40	-43	-40	-41	-48	-44	-37	-41
Ostdeutschland	in Tsd.	870	824	774	725	797	712	681	709	686	690	687	666	652
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-46	-50	-42	-59	-58	-65	-57	-56	-64	-67	-64	-68
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,0	6,6	6,1	6,0	6,0	5,9	6,0	6,1	5,9	5,8
Westdeutschland	in %	6,1	5,9	5,7	5,5	5,9	5,5	5,5	5,5	5,4	5,5	5,6	5,4	5,3
Ostdeutschland	in %	10,3	9,8	9,2	8,6	9,5	8,5	8,1	8,4	8,2	8,2	8,2	7,9	7,7
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	637	626	600	681	589	653	578	589	658	653	648	642
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	645	647	633	609	627	666	655	657	639	611	630	725	710
Kurzarbeit [4]	in Tsd.	77	49	44	46	50	47	-	45	43	30	25	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	+10	-27	-5	0	-1	0	-	+1	-2	-5	-1	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3901	3803	3631	3485	3687	3555	3552	3551	3522	3560	3569	3527	3506
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-99	-171	-163	-167	-75	-4	-77	-38	-23	-8	+18	+34
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	457	490	569	604	610	653	682	655	665	674	685	687	691
	gg. Vj. in Tsd.	-21	+33	+78	+95	+94	+93	+87	+98	+93	+85	+89	+87	+79
saisonbereinigte Angaben [5]														
Erwerbstätige [1]	gg. Vp. in Tsd.	+266	+334	+394	+131	+146	+88	+24	+41	+19	-15	+4	+29	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+366	+490	+634	+179	+161	+106	-	+52	-10	-14	+34	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-43	-82	-155	-26	-45	-27	-29	-3	-5	-11	-13	-16	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	4,5	4,3	4,2	4,1	4,2	4,2	4,2	4,1	4,1	-
Arbeitslose insgesamt [3]	gg. Vp. in Tsd.	+53	-53	-103	-23	-39	-30	-20	-10	-6	-8	-7	0	-14
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-12	-16	-28	-8	-27	-29	-27	-11	-9	-12	-8	-1	-14
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+65	-37	-75	-15	-12	-1	+8	+1	+3	+4	+2	0	0
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	+80	-7	-54	-8	-16	-14	-6	-7	-2	-3	0	+3	-6
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-27	-46	-49	-14	-23	-17	-13	-4	-4	-4	-6	-4	-8
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,3	6,2	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1	6,0
Westdeutschland	in %	6,0	6,0	5,7	5,7	5,6	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Ostdeutschland	in %	10,3	9,7	9,2	9,0	8,7	8,5	8,4	8,5	8,5	8,4	8,4	8,3	8,2
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-26	-100	-171	-29	-35	+26	+31	+15	+16	+9	+4	+13	+11
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	-21	+33	+78	+30	+21	+17	+17	+13	+4	+3	+8	+6	+6
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	106,1	106,8	108,4	109,7	108,4	108,2	109,0	108,3	108,0	108,1	108,7	110,2	110,7
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	101,6	102,7	103,1	103,4	102,9	102,6	103,4	102,5	102,8	103,1	103,5	103,5	103,4
BA-X Stellenindex	Index	159,1	169,0	192,6	204,3	209,7	214,0	219,0	215,0	216,0	217,0	219,0	221,0	223,0

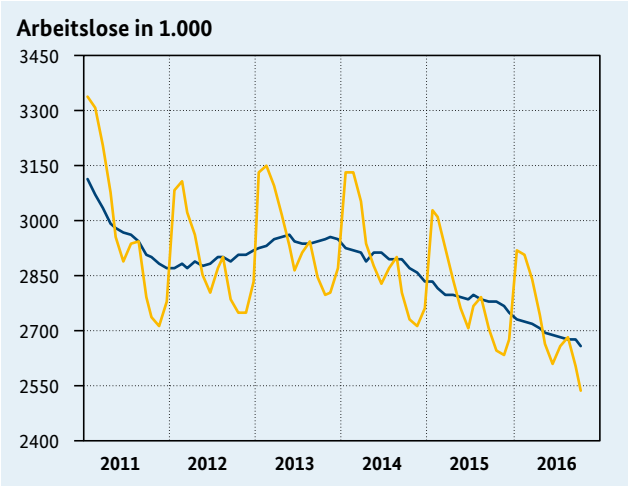
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

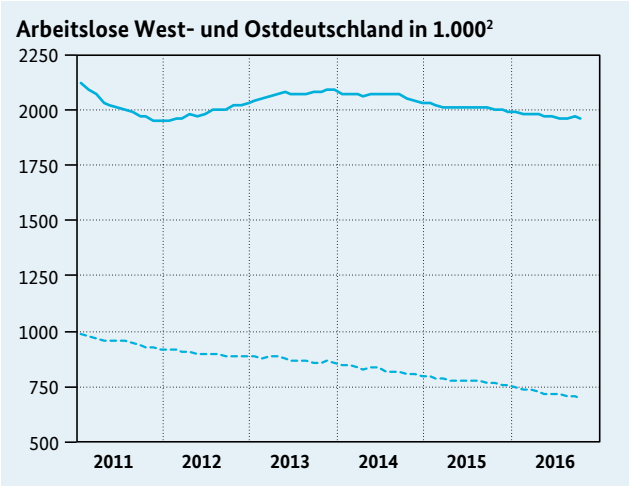
1 Inlandskonzept;
2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

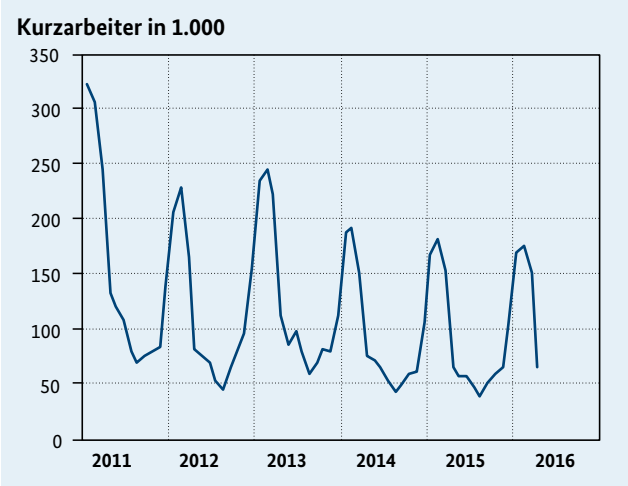
5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

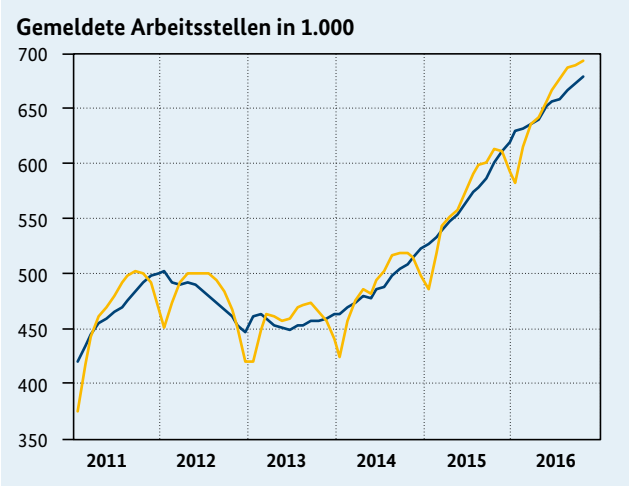
Bundesrepublik Deutschland











Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala) | Ursprungswerte | saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
Arbeitslose Westdeutschland | Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.
1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

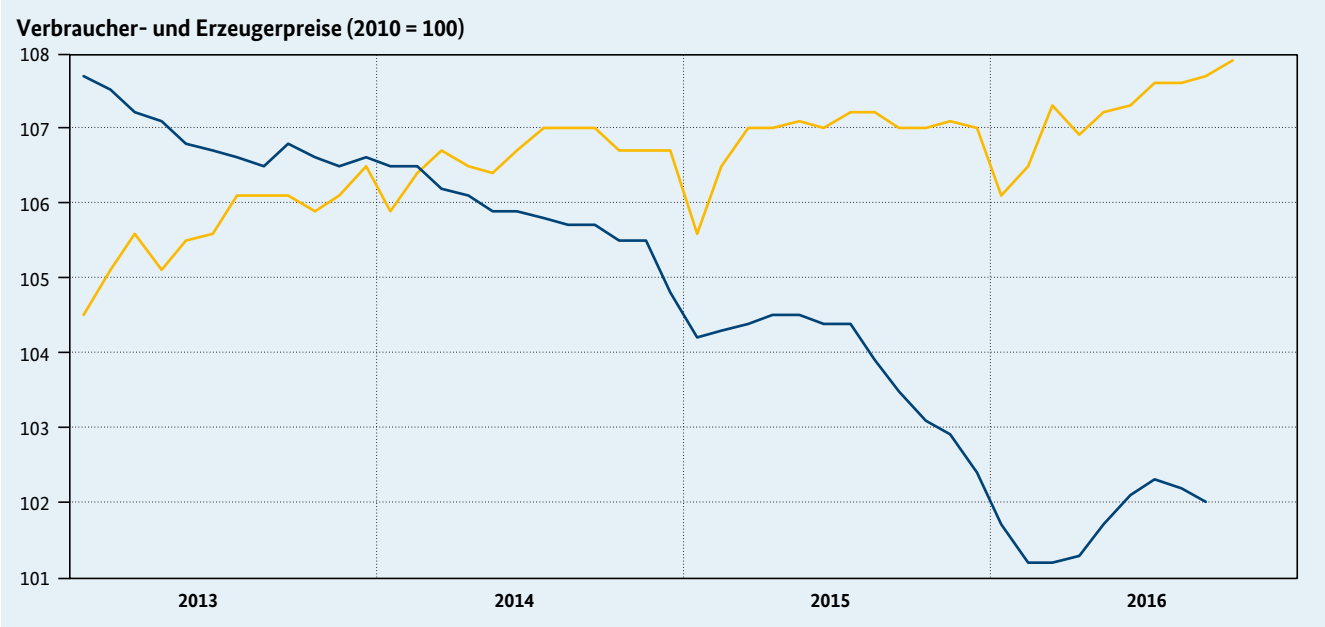
Bundesrepublik Deutschland

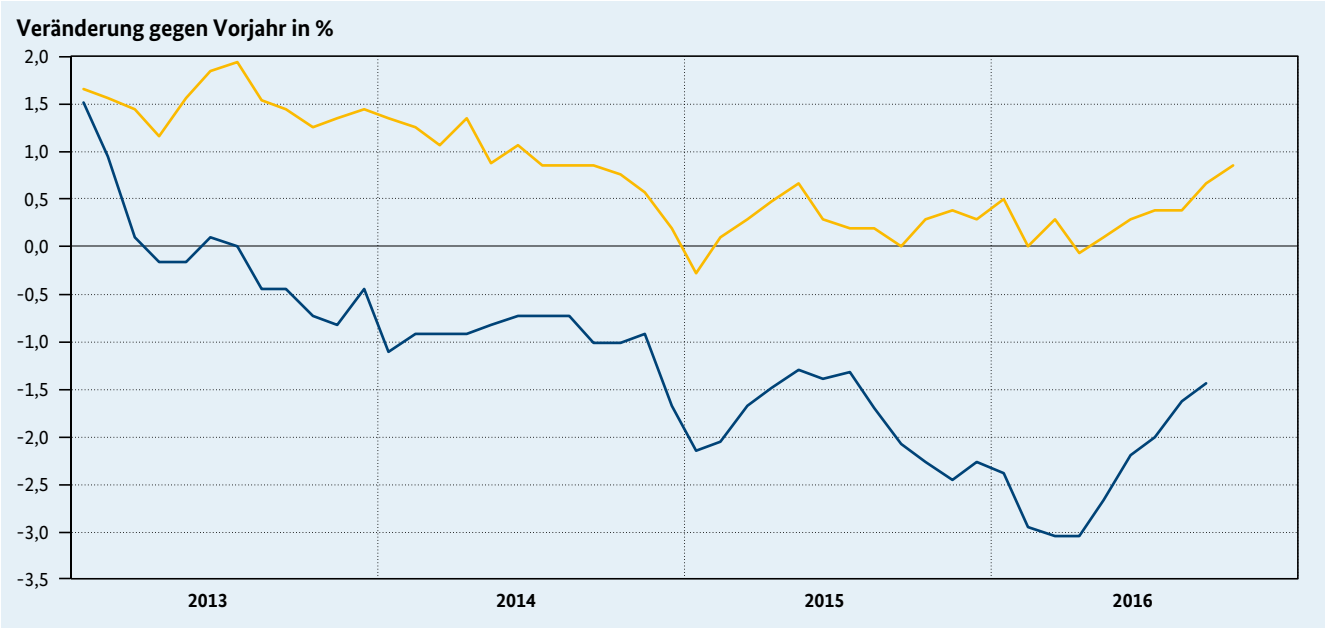
					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Verbraucherpreise [1]														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	105,7	106,6	106,9	107,0	106,6	107,1	107,6	107,2	107,3	107,6	107,6	107,7	107,9
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,3	+0,2	+0,1	+0,5	+0,1	+0,3	+0,4	+0,4	+0,7	+0,8
Waren	Index	107,7	107,9	107,0	106,8	105,5	106,8	106,4	106,9	106,7	106,2	106,1	106,9	107,5
	gg. Vj. in %	+1,7	+0,2	-0,8	-0,7	-0,8	-0,9	-0,5	-0,9	-0,8	-0,7	-0,6	-0,1	+0,4
Verbrauchsgüter	Index	111,5	111,7	110,0	109,0	107,7	108,9	108,8	109,0	109,3	109,0	108,6	108,9	109,5
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,2	-1,5	-1,6	-1,8	-2,0	-1,1	-2,1	-1,6	-1,6	-1,2	-0,5	+0,2
darunter:	Index	110,4	111,5	112,4	112,7	113,1	113,2	112,7	113,2	112,7	113,0	112,5	112,6	112,7
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+4,4	+1,0	+0,8	+1,8	+1,0	+0,2	+0,8	0,0	+0,1	+1,1	+0,9	+0,4	0,0
darunter:	Index	120,6	119,5	112,8	110,3	106,9	108,0	107,5	108,2	108,6	107,8	107,3	107,5	108,6
Haushaltsenergie [2]	gg. Vj. in %	+4,1	-0,9	-5,6	-6,2	-6,6	-5,7	-4,2	-5,7	-4,9	-4,7	-4,2	-3,7	-2,3
Gebrauchsgüter,	Index	104,1	104,8	105,5	107,1	104,8	106,8	105,2	107,1	105,4	103,8	104,3	107,6	108,8
mittlere Lebensdauer	gg. Vj. in %	+1,4	+0,7	+0,7	+0,9	+0,6	+0,9	+0,4	+1,2	+0,4	+0,8	0,0	+0,4	+0,6
Gebrauchsgüter,	Index	97,4	96,9	97,3	97,8	98,2	98,4	98,4	98,4	98,4	98,3	98,5	98,5	98,6
langlebig	gg. Vj. in %	-0,6	-0,5	+0,4	+1,1	+1,4	+1,2	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	+1,1	+1,1	+0,9
Dienstleistungen	Index	103,8	105,5	106,8	107,3	107,6	107,5	108,8	107,6	107,9	108,9	109,0	108,4	108,3
	gg. Vj. in %	+1,4	+1,6	+1,2	+1,2	+1,2	+1,1	+1,4	+1,2	+1,4	+1,4	+1,3	+1,3	+1,3
darunter:	Index	103,8	105,4	106,7	107,1	107,4	107,7	108,1	107,7	107,8	107,9	108,1	108,3	108,5
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,3	+1,5	+1,2	+1,1	+1,1	+1,1	+1,2	+1,1	+1,1	+1,1	+1,2	+1,3	+1,4
Insgesamt ohne Energie	Index	104,2	105,6	106,8	107,4	107,5	107,8	108,3	107,9	107,8	108,3	108,3	108,4	108,4
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,3	+1,1	+1,3	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,1	+1,3	+1,1	+1,2	+1,0
Energie	Index	118,0	115,5	107,4	104,0	99,2	102,0	101,7	102,1	103,3	102,1	101,2	101,9	103,4
	gg. Vj. in %	+1,4	-2,1	-7,0	-7,6	-7,8	-7,6	-5,6	-7,9	-6,4	-7,0	-5,9	-3,6	-1,4
Insgesamt (saisonbereinigt [3])	Index	105,7	106,6	106,9	106,9	106,6	107,3	107,6	107,3	107,5	107,5	107,5	107,7	108,0
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,3	+0,2	+0,2	+0,6	+0,1	+0,4	+0,4	+0,5	+0,7	+0,9
HVPI [4]	Index	99,1	99,9	100,0	100,1	99,6	100,1	100,6	100,2	100,3	100,7	100,6	100,6	100,8
	gg. Vj. in %	+1,6	+0,8	+0,1	+0,2	+0,1	0,0	+0,4	0,0	+0,2	+0,4	+0,3	+0,5	+0,7
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte [5]														
Insgesamt	Index	106,9	105,8	103,9	102,8	101,4	101,7	102,2	101,7	102,1	102,3	102,2	102,0	-
	gg. Vj. in %	-0,1	-1,0	-1,8	-2,4	-2,8	-2,7	-1,6	-2,7	-2,2	-2,0	-1,6	-1,4	-
Vorleistungsgüter	Index	104,6	103,5	102,3	101,2	100,2	100,5	101,0	100,6	100,9	101,1	101,0	101,0	-
	gg. Vj. in %	-1,1	-1,1	-1,2	-2,1	-2,2	-2,3	-1,6	-2,3	-2,0	-1,8	-1,6	-1,2	-
Investitionsgüter	Index	103,0	103,5	104,2	104,4	104,6	104,7	104,9	104,7	104,8	104,8	104,9	104,9	-
	gg. Vj. in %	+0,8	+0,5	+0,7	+0,7	+0,7	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,5	+0,6	+0,6	-
Konsumgüter	Index	108,4	109,0	108,1	108,2	108,2	108,1	108,9	108,1	108,2	108,7	108,9	109,2	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+0,6	-0,8	+0,1	+0,3	-0,1	+0,6	0,0	-0,1	+0,5	+0,7	+0,8	-
Gebrauchsgüter	Index	104,3	105,7	107,1	107,4	108,1	108,4	108,6	108,4	108,5	108,5	108,6	108,6	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+1,3	+1,3	+1,4	+1,4	+1,3	+1,2	+1,3	+1,3	+1,2	+1,2	+1,2	-
Verbrauchsgüter	Index	109,0	109,5	108,3	108,3	108,3	108,1	109,0	108,1	108,2	108,7	109,0	109,3	-
	gg. Vj. in %	+2,1	+0,5	-1,1	-0,1	+0,2	-0,3	+0,6	-0,2	-0,2	+0,4	+0,7	+0,7	-
Energie	Index	112,0	108,5	102,6	99,7	95,3	96,1	96,6	95,9	97,1	97,1	96,7	95,9	-
	gg. Vj. in %	-0,9	-3,1	-5,4	-6,8	-8,6	-7,7	-5,6	-8,0	-6,5	-6,2	-5,5	-5,2	-
Baupreise [6]														
Wohngebäude	Index	107,5	109,4	111,1	111,6	112,5	113,2	113,7	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,8	+1,6	+1,6	+1,7	+2,1	+2,1	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	108,9	110,3	111,4	111,6	111,7	112,1	112,7	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,4	+1,3	+1,0	+0,7	+0,5	+0,7	+1,2	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise





Verbraucherpreise — Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Quelle: Statistisches Bundesamt.

6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Weltmarktpreise für Rohstoffe [1]														
Insgesamt	Index	185,5	172,4	100,1	84,8	70,0	87,9	90,7	88,6	94,0	90,1	90,9	91,2	99,9
	gg. Vj. in %	+0,6	-7,1	-41,9	-39,5	-32,8	-23,0	-6,7	-24,3	-18,5	-14,7	-2,5	-1,8	+7,9
Nahrungs- und Genussmittel	Index	123,4	121,6	100,0	96,2	93,6	105,3	105,0	105,4	111,1	106,7	104,0	104,3	105,5
	gg. Vj. in %	-12,2	-1,5	-17,7	-15,6	-11,4	+5,4	+6,8	+6,5	+10,5	+3,4	+6,8	+10,6	+8,1
Industrie-Rohstoffe	Index	156,2	135,2	100,1	87,8	87,7	95,2	97,5	94,8	93,0	97,2	98,9	96,5	99,2
	gg. Vj. in %	-3,2	-13,4	-26,0	-28,4	-19,9	-10,7	+1,0	-13,2	-12,9	-0,9	+3,5	+0,4	+6,1
Energie-Rohstoffe	Index	192,3	179,2	100,1	83,8	66,8	86,1	89,2	86,9	93,0	88,4	89,2	89,9	99,5
(Rohöl und Kohle)	gg. Vj. in %	+1,5	-6,8	-44,1	-41,7	-35,5	-25,7	-8,3	-26,9	-20,6	-17,0	-3,8	-2,8	+7,9
Außenhandelspreise [2]														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	105,9	103,6	100,9	98,8	96,2	97,2	97,8	97,3	97,8	97,9	97,7	97,8	-
	gg. Vj. in %	-2,6	-2,2	-2,6	-3,5	-5,2	-5,6	-2,8	-5,5	-4,6	-3,8	-2,6	-1,8	-
Güter der	Index	112,6	111,9	112,7	111,8	110,8	111,3	112,4	111,5	111,9	112,0	112,4	112,8	-
Ernährungswirtschaft	gg. Vj. in %	+0,9	-0,6	+0,7	+0,5	-2,4	-2,1	+0,7	-1,8	-1,0	+0,1	+1,1	+1,0	-
Güter der gewerblichen	Index	105,3	102,8	99,7	97,4	94,8	95,7	96,3	95,8	96,4	96,4	96,2	96,2	-
Wirtschaft	gg. Vj. in %	-2,9	-2,4	-3,0	-4,0	-5,4	-6,0	-3,2	-6,0	-4,9	-4,4	-3,0	-2,1	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	118,1	109,0	88,3	79,7	70,4	75,7	77,7	76,1	77,9	77,7	77,7	77,7	-
	gg. Vj. in %	-6,9	-7,7	-19,0	-21,6	-23,0	-21,0	-10,1	-21,3	-17,5	-14,5	-8,7	-6,6	-
Fertigwaren	Index	101,3	100,9	103,3	102,9	102,3	102,0	102,1	102,0	102,1	102,3	102,0	102,0	-
	gg. Vj. in %	-1,4	-0,4	+2,4	+1,4	-0,6	-1,7	-1,4	-1,5	-1,4	-1,5	-1,4	-1,1	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,3	104,0	104,9	104,3	103,6	103,7	104,0	103,7	103,9	104,1	104,0	104,0	-
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,3	+0,9	+0,2	-1,1	-1,6	-0,9	-1,6	-1,3	-1,2	-0,9	-0,6	-
Terms of Trade	Verhältnis	98,5	100,4	103,9	105,6	107,7	106,7	106,3	106,6	106,2	106,3	106,4	106,3	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,9	+3,5	+3,8	+4,3	+4,2	+1,9	+4,2	+3,4	+2,7	+1,7	+1,2	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,33	1,33	1,11	1,09	1,10	1,13	1,12	1,13	1,12	1,11	1,12	1,12	1,10
	gg. Vj. in %	+3,3	+0,1	-16,5	-12,3	-2,2	+2,2	+0,4	+1,4	+0,1	+0,7	+0,7	-0,1	-1,9
in Yen	Kurs	129,7	140,4	134,3	132,9	127,0	122,0	114,3	123,2	118,5	115,3	113,5	114,2	114,5
	gg. Vj. in %	+26,3	+8,3	-4,3	-7,0	-5,3	-9,1	-15,9	-8,6	-14,6	-15,1	-17,2	-15,3	-15,1
in Pfund-Sterling	Kurs	0,85	0,81	0,73	0,72	0,77	0,79	0,85	0,78	0,79	0,84	0,86	0,85	0,89
	gg. Vj. in %	+4,7	-5,0	-10,0	-8,5	+3,6	+9,1	+18,4	+7,8	+9,7	+19,0	+19,7	+16,5	+22,0
Effektive Wechselkurse des Euro [3]														
nominal	Index	101,2	101,8	92,3	92,4	94,1	94,9	95,1	95,1	94,7	94,9	95,2	95,4	95,5
	gg. Vj. in %	+3,6	+0,6	-9,3	-6,7	+1,2	+4,0	+2,6	+3,8	+2,6	+3,9	+2,3	+1,6	+2,0
real, auf Basis von	Index	98,2	97,9	88,4	88,3	89,5	90,3	90,5	90,5	90,2	90,4	90,6	90,7	90,8
Verbraucherpreisen	gg. Vj. in %	+3,3	-0,3	-9,7	-6,9	+0,4	+3,2	+2,1	+3,1	+2,0	+3,3	+1,9	+1,1	+1,4
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft [4]														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,3	98,5	94,7	94,5	94,8	95,2	95,4	95,2	95,0	95,3	95,4	95,5	95,7
	gg. Vj. in %	+2,5	+0,2	-3,9	-3,2	-0,2	+0,8	+0,6	+0,6	+0,3	+1,1	+0,5	+0,4	+0,6
56 Länder	Index	90,3	91,0	86,3	86,6	87,4	87,7	87,5	87,9	87,6	87,4	87,4	87,6	87,4
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,8	-5,1	-3,3	+1,0	+2,7	+0,8	+2,6	+1,7	+2,1	+0,5	-0,2	0,0

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

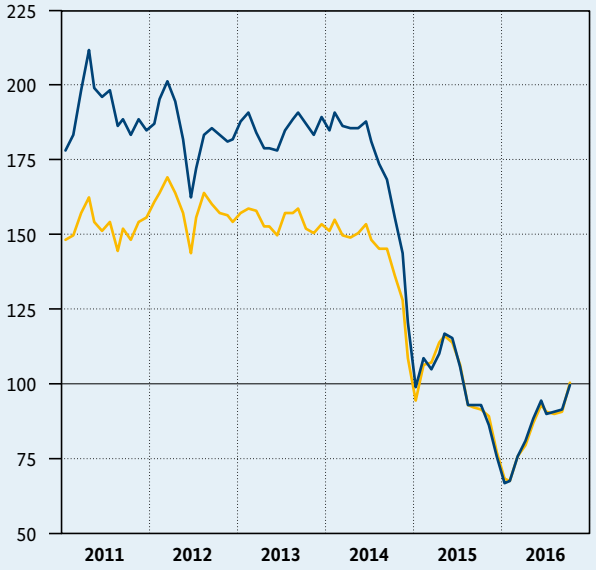
2 Index 2010 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

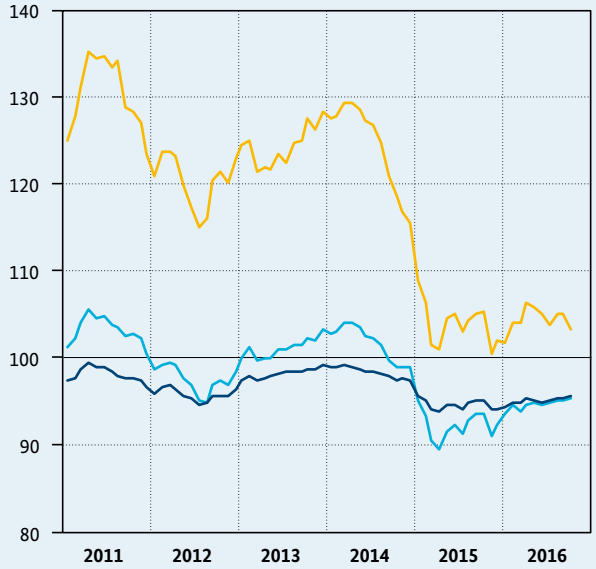
6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro

Index der Weltmarktrohstoffpreise (2015 = 100)



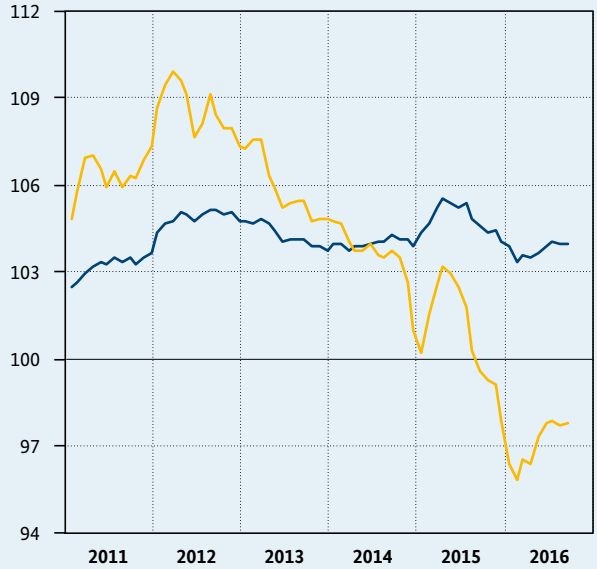
auf Euro-Basis
auf US-Dollar-Basis

Außenwert/Effektiver Wechselkurs des Euro



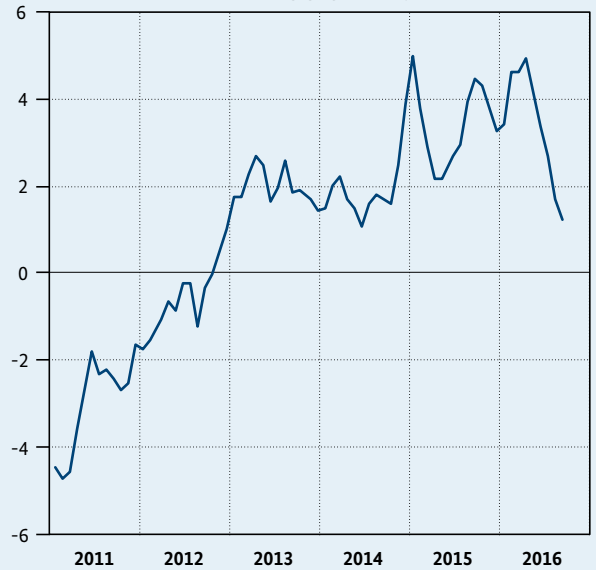
Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro [1]; 1. Quartal 1999 = 100
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit [2]

Außenhandelspreise, Index 2010 = 100



Einfuhrpreise
Ausfuhrpreise

Terms of Trade, Veränderung gegen Vorjahr in %



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;

2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

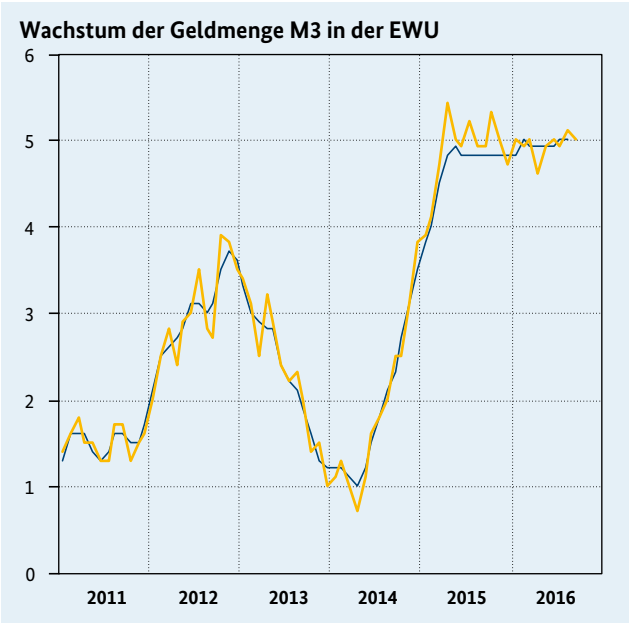
7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz[1]	Zinssatz	-	0,12	-0,13	-0,20	-0,31	-0,38	-0,40	-0,37	-0,39	-0,41	-0,40	-0,40	-0,38
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,22	0,21	-0,02	-0,09	-0,19	-0,26	-0,30	-0,26	-0,27	-0,30	-0,30	-0,30	-0,31
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,34	0,31	0,05	-0,01	-0,10	-0,15	-0,19	-0,14	-0,16	-0,19	-0,19	-0,20	-0,21
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,54	0,48	0,17	0,09	0,01	-0,02	-0,06	-0,01	-0,03	-0,06	-0,05	-0,06	-0,07
Differenz 3M-EURIBOR ./. 3M-Repo-Satz[1]	Zinssatz	-	0,09	0,11	0,11	0,13	0,12	0,10	0,12	0,12	0,11	0,10	0,09	0,08
Umlaufsrendite 3–5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,41	0,22	-0,12	-0,19	-0,36	-0,48	-0,62	-0,45	-0,54	-0,62	-0,61	-0,62	-0,58
Umlaufsrendite 5–8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,94	0,64	0,13	0,08	-0,12	-0,27	-0,45	-0,23	-0,35	-0,46	-0,45	-0,44	-0,37
Umlaufsrendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,57	1,16	0,50	0,53	0,26	0,08	-0,12	0,13	-0,02	-0,15	-0,13	-0,09	0,00
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1[2]	gg. Vj. in %	7,0	6,0	10,9	11,2	10,3	9,2	8,6	9,1	8,7	8,4	8,9	8,5	-
Wachstum der Geldmenge M2[2]	gg. Vj. in %	4,0	2,6	5,0	5,3	5,4	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9	5,2	5,0	-
Wachstum der Geldmenge M3[2]	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,8	5,0	5,0	4,8	5,0	4,9	5,0	4,9	5,1	5,0	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt[2]	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,6	4,8	4,9	4,9	-	4,9	4,9	5,0	5,0	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum[3]	gg. Vj. in %	-0,9	-2,0	+0,4	+0,8	+1,0	+1,3	+1,5	+1,3	+1,5	+1,2	+1,5	+1,9	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	-1,2	-1,6	+0,6	+0,8	+1,0	+1,1	+1,4	+1,1	+1,1	+1,2	+1,3	+1,7	-
an den privaten Sektor in Deutschland[2]	gg. Vj. in %	+0,6	+1,0	+2,5	+2,7	+2,4	+2,9	+2,6	+3,0	+2,9	+2,4	+2,6	+2,9	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+0,6	+0,8	+2,1	+2,5	+2,6	+3,1	+3,2	+3,2	+2,9	+3,1	+3,1	+3,3	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D.[3]	gg. Vj. in %	-0,7	-0,2	-0,6	+0,1	+1,6	+2,2	+2,0	+2,4	+1,7	+1,7	+1,8	+2,3	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-4,5	-2,9	-0,8	-1,6	+0,5	+2,0	-1,3	+3,1	-1,1	+0,3	-2,4	-1,8	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-1,2	+1,1	-1,5	-1,6	+0,4	+1,8	+3,4	+0,6	+2,4	+2,7	+3,5	+4,0	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+0,3	+0,3	-0,4	+0,8	+2,2	+2,4	+2,4	+2,6	+2,2	+1,9	+2,5	+2,9	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland[3]	gg. Vj. in %	+1,0	+1,2	+2,1	+2,6	+2,8	+2,9	+3,0	+2,9	+3,0	+3,0	+2,9	+3,0	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+2,3	+2,2	+3,4	+3,6	+3,5	+3,7	+3,7	+3,6	+3,8	+3,7	+3,7	+3,8	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30)[4]	Index	8307	9537	10969	10630	9674	9963	10332	10008	9859	9961	10530	10504	10619
	gg. Vp. in %	+21,1	+14,8	+15,0	-0,5	-9,0	+3,0	+3,7	-0,2	-1,5	+1,0	+5,7	-0,2	+1,1
Dow Jones Euro Stoxx (50)[5]	Index	2793	3145	3445	3335	2977	2975	2975	2984	2911	2919	2993	3012	3042
	gg. Vp. in %	+15,6	+12,6	+9,5	-1,5	-10,7	-0,1	0,0	-1,6	-2,4	+0,3	+2,5	+0,6	+1,0
Standard & Poor's 500[5]	Index	1642	1931	2061	2053	1949	2076	2161	2067	2084	2147	2177	2159	2143
	gg. Vp. in %	+19,1	+17,6	+6,7	+1,4	-5,1	+6,5	+4,1	-0,4	+0,8	+3,0	+1,4	-0,9	-0,7
Nikkei 225[5]	Index	13540	15475	19166	19037	16870	16389	16502	16549	16069	16184	16593	16730	17036
	gg. Vp. in %	+48,6	+14,3	+23,8	-2,0	-11,4	-2,9	+0,7	0,0	-2,9	+0,7	+2,5	+0,8	+1,8

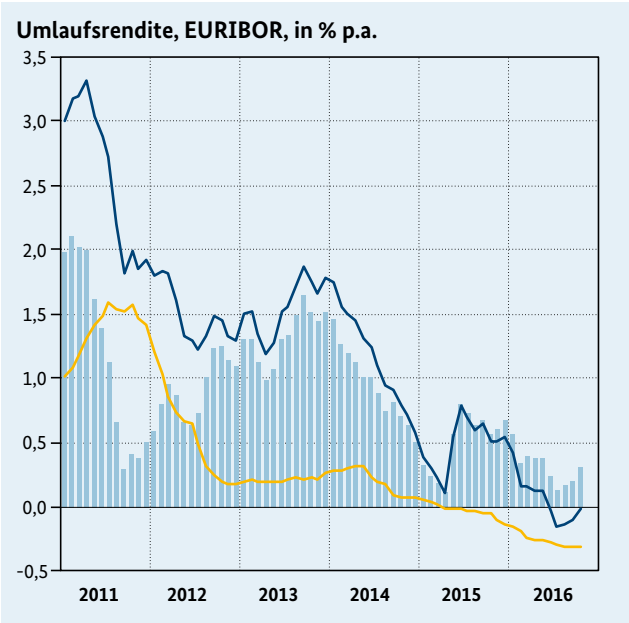
Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
3 Ursprungszahlen;
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
5 Kurs- bzw. Preisindex.

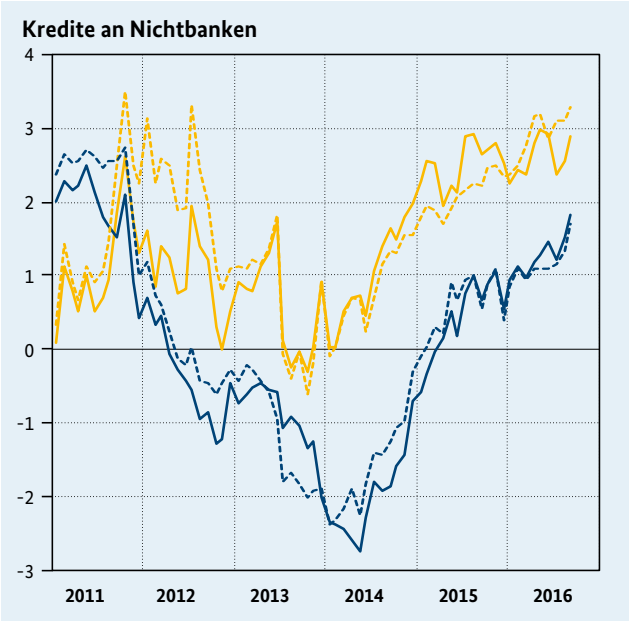
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



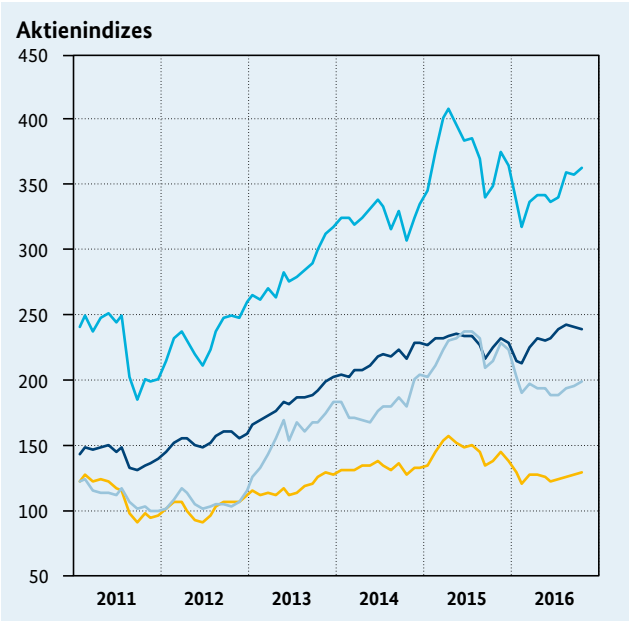
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in % [1]
monatlich
gleitender 3-Monatsdurchschnitt



EURIBOR 3-Monatsgeld [2]
Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit [2]
Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
Deutschland
EWU
Buchkredite Deutschland
Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
DAX 30 [3]
Dow Jones Euro Stoxx (50) [4]
Standard & Poor's 500 [4]
Nikkei 225 [4]

Quelle: Deutsche Bundesbank.
1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
2 Monatsdurchschnitte;
3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzeltatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obgleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Dr. Ulrike Engels
(10. Nationaler IT-Gipfel 2016 in Saarbrücken: Aufbruchssignale für digitale Bildung und digitale Transformation)

Dr. Martin Meurers und Antje Hansen
(Wege zu mehr öffentlichen Investitionen mit einer Infrastrukturgesellschaft – Gutachten gibt Diskussionsanreize)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Dezember 2015	Mindestlohn: Bisher keine Nebenwirkungen! Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz Die Europäische Investitionsinitiative – eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen Netze neu nutzen – Strategie und Initiative Intelligente Vernetzung Technologiespezifische versus technologieoffene Forschungsförderung: Warum beides wichtig ist
Januar 2016	Energieeffizienzstrategie Gebäude Fünf Schaufenster für die intelligente Energieversorgung der Zukunft Modelle für das Energiesystem der Zukunft 9. Nationaler IT-Gipfel 2015 in Berlin: Digitalisierung und Vernetzung weiter ausbauen Keine Beschäftigungsverluste durch Digitalisierung
Februar 2016	Der Jahreswirtschaftsbericht 2016: Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen Das Klimaschutzabkommen von Paris Ladestationen für Elektroautos – einfach, sicher, bedarfsgerecht Einigung auf der 10. WTO-Ministerkonferenz
März 2016	Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss in der Kritik Startschuss für eine Modernisierungsoffensive im Gebäudebereich: das neue Anreizprogramm Energieeffizienz Forschungsprojekt PEGASUS
April 2016	Das Urheberrecht in der digitalisierten Welt Neuer Rechtsrahmen für die Digitalisierung der Energiewende auf dem Weg eBusiness-Standards – Schlüssel zur Digitalisierung Digitalisierung als Chance begreifen
Mai 2016	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung – Stetiges Wachstum dank solider binnenwirtschaftlicher Auftriebskräfte Das Nationale Reformprogramm 2016 Soziales Unternehmertum heute – Unternehmerische Tätigkeit und soziales Engagement verbinden Smarte Netze ermöglichen effizienteren und umweltfreundlicheren Transport Forschungsinitiative UR:BAN – Innovative Fahrerassistenz- und Informationssysteme für die Stadt
Juni 2016	Die Reform des Vergaberechts 2016 Gesundheitswirtschaft: Gesamtdeutscher Wachstumsmotor Bleiben oder Nicht-Bleiben – das ist hier die Frage: Das EU-Referendum im Vereinigten Königreich Wettbewerbliche Ausschreibungen für Stromeffizienz am Start Potenziale für die Wirtschaft: Über den Nutzen von offenen (Geo-)Daten
Juli 2016	Grünes Licht für zügigen Netzausbau 25 Jahre Sanierung der Uranerzbergbau-Gebiete in Sachsen und Thüringen Branchendialog mit der chemischen Industrie

Ausgabe	Fachartikel
August 2016	Datenschutz für das Digitale Zeitalter – Die EU-Datenschutz-Grundverordnung Abschluss des Europäischen Semesters 2016: Rat der Europäischen Union nimmt neue länderspezifische Empfehlungen an Deutschlands neue Aufsicht über Abschlussprüfer Weiterentwicklung der Garantieinstrumente des Bundes zur Außenwirtschaftsförderung
September 2016	Mit gebündelter Kraft auf in neue Märkte Einbindung aufstrebender Exportnationen in internationale Regeln zur Exportfinanzierung Für ein umfassendes, integriertes Konzept der Regionalpolitik ab 2020
Oktober 2016	Investitionen und stabile Staatsfinanzen – kein Widerspruch Von Bitcoin zum Smart Contract Studie „Innovativer Mittelstand 2025 – Herausforderungen, Trends und Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Politik“
November 2016	Bundesregierung nimmt neu Maß Deutsche Wirtschaft: Auf Kurs in schwierigem Fahrwasser Neues Aktionsprogramm Digitalisierung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik finden Sie im Internet unter
http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht

www.bmwi.de